

Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion

Bericht des Netzwerks der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion





Netzwerk der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle

c/o Dr. Lothar Kuntz,
Dipl.-Soz. Sabine Ohnesorg
INFO-Institut
Pestelstraße 6
D-66119 Saarbrücken
www.info-institut.de

Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion 2008/2009

für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion

Im Auftrag von:
Staatsministerium des Großherzogtums Luxemburg,
im Rahmen der luxemburgischen Präsidentschaft
des 11. Gipfels der Großregion

Durchführungszeitraum:
Oktober 2008 – März 2009

Datenstand:
Januar 2009 bzw.
Mitte Februar 2009 (Wirtschaft)

Saarbrücken, im März 2009

Inhalt

Vorwort	II
Ergebnisse im Überblick	IV
1. Gebiet und Bevölkerung	1
2. Wirtschaft	11
2.1 Wirtschaftsleistung und Wirtschaftsstruktur.....	11
2.2 Wissenschaft, Technologie und Innovation	25
3. Beschäftigung und Arbeitsmarkt	33
3.1 Stand und Entwicklung der Beschäftigung	33
3.1.1 Erwerbstätige und Arbeitnehmer (am Arbeitsort).....	33
3.1.2 Beschäftigungsquote	37
3.1.3 Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Großregion	42
3.2 Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit.....	44
4. Bildung	48
4.1 Bildungsstand der Bevölkerung	49
4.2 Bildungsbeteiligung.....	53
5. Lebensbedingungen	58
5.1 Einkommen.....	58
5.1.1 Haushaltseinkommen	58
5.1.2 Einkommen aus unselbständiger Arbeit	62
5.2 Inflation, Verbraucherpreisentwicklung.....	68
5.3 Wohnraum und Mieten	74
Literaturverzeichnis	77
Anhang: Methodische Anmerkungen	81

Vorwort

Der vorliegende Bericht des Netzwerks der Fachinstitute der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA) knüpft unmittelbar an die entsprechende Berichterstattung an, die die IBA für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion im Rahmen des 10. Gipfels erstellt hatte. Der von der luxemburgischen Präsidentschaft des 11. Gipfels der Großregion für den Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion in Auftrag gegebene Bericht, setzt somit diese Arbeit fort.

Hauptanliegen der Berichterstattung ist es, in konzentrierter Form einem breiten Informationsbedürfnis über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Großregion, ihre Leistungsfähigkeit, wichtigsten Problemlagen und Entwicklungstrends im interregionalen wie europäischen Vergleich gerecht zu werden. Als Gesamtüberblick in einer Vielzahl von Themenfeldern, die sonst nur vereinzelt zugänglich sind, ist sie von ihrem Grundverständnis her eine problemorientierte Analyse auf der Grundlage statistisch-quantitativer Indikatoren, die interregional vergleichende Aussagen zulassen und im Sinne einer kontinuierlich fortzuführenden Berichterstattung geeignet sind, Änderungen im Zeitverlauf aufzuzeigen. Die Fülle der aufbereiteten Daten dient so vor allem als Informationsquelle für eine bessere Kenntnis des europäischen Kooperationsraums an Saar, Mosel und Maas. Die Vielfalt der Themenfelder macht deutlich, dass die Großregion weit mehr ist, als ein gemeinsamer Wirtschaftsraum. Dank der stetig zunehmenden Mobilität von Unternehmen und Arbeitnehmer/innen wird sie auch mehr und mehr zu einem gemeinsamen Lebensraum, der sich aufgrund der Überwindung nationaler Grenzen nicht nur durch wirtschaftliche, sondern auch soziale Verflechtungen auszeichnet.

Es liegt auf der Hand, dass nicht alle in Öffentlichkeit und Politik diskutierten Probleme in einem solchen Bericht behandelt werden können. Die Darstellung muss sich auf wichtige Eckdaten und ausgewählte Entwicklungen in den einzelnen Bereichen konzentrieren. Vertiefende Analysen ausgewählter Themen oder Problemlagen können auch weiterhin nur im Rahmen von separaten Studien und Untersuchungen geschehen, wie dies die IBA etwa mit Blick auf den für die Großregion zentralen Bereich des Arbeitsmarktes und der grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität seit rund zehn Jahren über ihre Berichterstattungen an den Gipfel der Großregion erfolgreich praktiziert. Der Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion versteht sich daher als Ergänzung zum regelmäßigen Bericht der IBA zur Arbeitsmarktsituation.

Der vorliegende Bericht des Netzwerks der Fachinstitute der IBA hat im Wesentlichen den gleichen Aufbau wie der Vorgängerbericht und schreibt wesentliche Kennziffern und Aussagen fort. Darüber hinaus wurden jedoch Indikatoren weiterentwickelt bzw. ergänzt, um so dem Informationsbedürfnis auf Basis der verfügbaren Datengrundlage gerecht zu werden. Er gliedert sich in fünf große Themenbereiche: Gebiet und Bevölkerung, Wirtschaft, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Bildung sowie Lebensstandard und Lebensbedingungen. Dabei wird nicht nur eine retrospektive Betrachtung vorgenommen, sondern es wird gleichermaßen versucht, Entwicklungstendenzen aufzuzeigen. Eine Vielzahl von Daten wurde zusammengestellt und analysiert. Das Bearbeitungsteam hat sich dabei um eine größtmögliche Aktualität bemüht. Für grenzüberschreitende Analysen sind allerdings vergleichbare Daten unerlässlich.

lich, die – wenn überhaupt – nur mit gewissen zeitlichen Verzögerungen zur Verfügung stehen. Hier hat sich das Netzwerk der Fachinstitute der IBA im Zuge der kontinuierlichen Berichterstattungen zum Arbeitsmarkt in der Großregion in den zurückliegenden Jahren ein vielfältiges Know-how aufgebaut. Es ist daher weitgehend gelungen, Entwicklungen bis zum Jahr 2007 in den Analysen zu berücksichtigen. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass dies eine Zeit deutlichen Wirtschaftswachstums mit positiven Effekten auf den Arbeitsmarkt und die Lebenssituation der Menschen in weiten Teilen der Großregion war. Inwieweit die Auswirkungen der aktuellen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Perspektiven nachhaltig verändern, kann nach heutigem Kenntnisstand nicht abschließend beurteilt werden. Allerdings hat das Bearbeitungsteam soweit als möglich versucht, aktuelle Ausblicke in die Darstellung ergänzend einzubeziehen.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Großregion entwickelt ihre eigentliche Informationskraft vor allem aus der Fortschreibung wesentlicher Indikatoren und Aussagen. Ziel ist daher die Etablierung eines Indikatorenkatalogs, um kontinuierliche, datengestützte Informationen zu den einzelnen Themenfelder bereitzustellen. Die hierfür verwendeten Datengrundlagen basieren im Wesentlichen auf zwei Quellen der amtlichen Statistik: Zum einen die verdienstvolle und unerlässliche Arbeit der Statistischen Ämter der Großregion, die interregional vergleichbare Daten in dem gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung stellen und mit denen das Bearbeitungsteam seit langem vertrauensvoll zusammenarbeitet. Zusätzlich bzw. ergänzend werden Daten aus den Regionalstatistiken von Eurostat herangezogen.

Wir danken dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der Großregion und seinem Präsidenten Norbert Geisen für das in das Bearbeitungsteam gesetzte Vertrauen und die aktive Begleitung unserer Arbeit. Danken möchten wir auch der Luxemburgischen Präsidentschaft des 11. Gipfels der Großregion für die Beauftragung durch das Luxemburgische Staatsministerium. Unser besonderer Dank gilt den Mitgliedern der unsere Arbeit begleitenden Arbeitsgruppe des WSAGR, unter dem Vorsitz von Adalbert Ewen. Die konstruktiv-kritische Begleitung unserer Arbeit im Zuge dieser Berichterstattung hat wichtige Anregungen und Weichenstellung für den vorliegenden Bericht gegeben.

Saarbrücken, im März 2009

Ergebnisse im Überblick

Kapitel 1: Gebiet und Bevölkerung

► Bevölkerungsentwicklung

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das Bevölkerungswachstum in der Großregion merklich verlangsamt: Zwischen 1998 und 2008 stieg die Zahl der Einwohner um 1,8% auf nunmehr 11,4 Millionen Menschen. Auf europäischer Ebene konnte im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von 3,4% (EU-27) bzw. 5,1% (EU-15) realisiert werden. Ursächlich für die im europäischen Vergleich nur unterdurchschnittliche Entwicklung in der Großregion sind die seit Anfang 2006 rückläufigen Einwohnerzahlen in Rheinland-Pfalz sowie die bereits seit langem schrumpfende Bevölkerung im Saarland. Lothringen verzeichnet eine mehr oder weniger stagnierende Bevölkerungsentwicklung. Insbesondere Luxemburg, aber auch die Wallonie und die DG Belgien weisen dagegen nach wie vor einen stabilen – und im Falle des Großherzogtums sogar weit überdurchschnittlichen – Aufwärtstrend aus, der sich in allen drei Regionen seit 2004 sogar verstärkte. Auf kleinräumiger Ebene gab es in den vergangenen zehn Jahren Bevölkerungszuwächse insbesondere im Einzugsbereich der wirtschaftsstarke Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen. Im Kerngebiet der Großregion sorgt vor allem die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für steigende Bevölkerungszahlen in den angrenzenden Gebieten. Einwohnerverluste sind dagegen in einigen strukturschwachen Gebieten sowie in den weniger zentral gelegenen oder ungünstiger angebundenen Regionen zu verzeichnen.

► Demographische Perspektiven

Entgegen früherer Vorausberechnungen lassen die aktualisierten Projektionen bis 2025 einen weiteren Bevölkerungszuwachs in der Großregion erwarten, der erst nach diesem Zeitpunkt von einem schrittweisen Rückgang der Einwohnerzahlen abgelöst wird. In der Gesamtbilanz ergibt sich im Jahr 2030 gegenüber 2007 immer noch ein Plus von 1,7%. Weitaus bedeutsamer sind aber die bereits heute deutlich erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen: Für die derzeit vorrangig im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen wird in der Großregion bis 2030 mit einem Rückgang um 10,5% oder rund 650.000 Personen gerechnet. Zusätzlich wird sich die Zahl der am Arbeitsmarkt nachrückenden Generationen der unter 20-Jährigen um fast 242.000 Menschen (-9,5%) verringern – eine Entwicklung, die durch das bisherige generative Verhalten bereits vorgezeichnet ist. In beiden Altersgruppen summiert sich dieser Rückgang also auf insgesamt 890.000 Personen, während gleichzeitig die Zahl der über 60-Jährigen bis 2030 um mehr als eine Million ansteigen wird. Infolge des demographischen Wandels werden sich also die Relationen zwischen Alt und Jung stark verändern und auch die Altersstruktur innerhalb der Erwerbsbevölkerung verschiebt sich deutlich in Richtung der Älteren – mit entsprechenden Auswirkungen auf das Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialleben.

Kapitel 2: Wirtschaft

► Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP)

Das BIP als zentraler Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Leistung belief sich in der Großregion im Jahr 2007 auf rund 303 Milliarden Euro (nominal) und ist gegenüber dem Jahr 2000 nominal um ein Viertel gestiegen. Die Wachstumsdynamik war mit Abstand am höchsten in Luxemburg. Es folgt die Wallonie, die in diesem Zeitraum ebenfalls ein Ergebnis über dem Durchschnitt der Großregion erzielen konnte. Die Werte für die übrigen Teilregionen lagen entweder im großregionalen Mittel (Lothringen) oder darunter (deutsche Regionen und DG Belgien). Dieser Zuwachs verteilte sich jedoch sehr ungleichmäßig über den Betrachtungszeitraum hinweg. In der konjunkturschwachen Phase von 2001 bis 2003 hat die Wirtschaftsleistung der Großregion insgesamt nur mäßig zugelegt. Lediglich Luxemburg erzielte selbst im Konjunkturabschwung noch weit überdurchschnittliche Zuwächse. Relativ gut behaupten konnten sich auch die Wallonie und Lothringen, die über dem Durchschnitt der Großregion lagen. Die niedrigsten Raten wiesen die beiden deutschen Regionen aus. Die DG Belgien bewegte sich weitgehend im großregionalen Mittel. Wesentlich günstiger verlief die Entwicklung dagegen ab dem Jahr 2004, das auch weltweit einen deutlichen Konjunkturaufschwung einleitete. Erneut konnte Luxemburg auch zwischen 2004 und 2007 ein weit überdurchschnittliches Wachstum erzielen. Einen deutlichen Aufwärtstrend in dieser Zeit verzeichnete aber ebenso das Saarland, das sich hier im interregionalen Vergleich so an zweiter Stelle platzieren konnte. Knapp über dem Schnitt der Großregion lag die Wallonie, während Lothringen, die DG Belgien und Rheinland-Pfalz darunter verblieben. Mit Ausnahme von Luxemburg fiel über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg die Wachstumsdynamik in der Großregion und ihren Teilräumen schwächer aus als im europäischen Mittel.

Derzeit noch ungewiss sind die konkreten Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise auf die Wirtschaftsentwicklung. Klar ist, dass das Jahr 2008 das vorläufige Ende des Wirtschaftsaufschwungs der vergangenen Jahre markiert und die Krise auch in der Großregion angekommen ist. Alle Teilregionen mussten in der zweiten Jahreshälfte 2008 nach einem in der Regel noch vergleichsweise guten ersten Halbjahr ihre Wachstumserwartungen deutlich nach unten korrigieren. Derzeit herrscht jedoch noch eine hohe Ergebnisunsicherheit, so dass sich weder die Daten für 2008 noch die Prognosen für 2009 auf einem stabilen Fundament bewegen.

► BIP je Einwohner in Kaufkraftstandards (KKS)

Das BIP je Einwohner belief sich 2006 in der Großregion auf rund 24.000 KKS – etwas mehr als im Durchschnitt der EU-27 (23.600 KKS). Absoluter Spitzenreiter im Kooperationsraum wie auch im europäischen Ländervergleich ist das wirtschaftsstarke Luxemburg, dessen Pro-Kopf-BIP rund 2,7-mal so hoch ausfiel wie im EU-Mittel – ein Ergebnis, das aber sehr stark durch Pendlereffekte beeinflusst wird. In allen übrigen Teilgebieten der Großregion fällt demgegenüber das Pro-Kopf-BIP erwartungsgemäß deutlich niedriger aus. Mit einem 12% über dem EU-Niveau liegenden Wert schneidet dabei das Saarland noch am besten ab, gefolgt von Rheinland-Pfalz, das sich weitgehend im Durchschnitt der EU-27 bewegt. Deutlich darunter liegen jedoch die übrigen Teilgebiete. Betrachtet man die Entwicklungsdynamik, so zeigen sich weitgehend ähnliche Relationen wie beim absoluten Niveau. Für die Großregion insgesamt blieb der Zuwachs zwischen 2000 und 2006 deutlich hinter dem europäischen Durchschnitt zurück. Ursächlich hierfür ist der nur mäßige Zuwachs in den bevölkerungsstar-

ken Teilregionen Rheinland-Pfalz, Lothringen und Wallonie. Eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Dynamik wiesen dagegen Luxemburg und das Saarland auf.

► **BIP je Erwerbstätigen in Kaufkraftstandards (KKS)**

In der Großregion lag das BIP je Erwerbstätigen im Jahr 2006 mit einem Wert von 59.000 KKS fast 12% über dem Durchschnitt der EU-27. Spitzenreiter mit einem um 76% höheren Wert ist erneut Luxemburg. Mit deutlichem Abstand folgen die Wallonie und Lothringen. Schlusslichter sind die beiden deutschen Teilregionen, deren Wirtschaftsleistung je Beschäftigten nur geringfügig über dem europäischen Mittel lag. Zu berücksichtigen sind hier allerdings die im interregionalen Vergleich hohen Teilzeitquoten im Saarland und in Rheinland-Pfalz, die bei einer Betrachtung des BIP je Erwerbstätigen (statt je Arbeitsstunde) außen vor bleiben. Interessant ist auch hier wiederum der Blick auf die Wachstumsdynamik: Während das Saarland beim Niveauvergleich noch auf dem vorletzten Platz rangierte, so nimmt es bei der Entwicklung nun die führende Position ein: Im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 hat sich das BIP je Erwerbstätigen (in KKS) in der deutschen Teilregion um ein Viertel erhöht – ein Ergebnis, das sowohl über dem nationalen als auch europäischen Durchschnitt liegt. An zweiter Stelle folgt Luxemburg mit einem Zuwachs von etwas über einem Fünftel. Ein demgegenüber nur eher verhaltenes Wachstum weisen Rheinland-Pfalz, Lothringen und die Wallonie. Daher erzielte auch die Großregion im Betrachtungszeitraum eine insgesamt schwächer ausgeprägte Entwicklungsdynamik als im europäischen Mittel.

► **Wirtschaftsstruktur**

Die Gesamtbruttowertschöpfung in der Großregion, d.h. das BIP abzüglich der Gütersteuern und inklusive der Gütersubventionen, stammte im Jahr 2006 analog zum EU-Durchschnitt zu 72% aus den Dienstleistungsbereichen. Luxemburg und die Wallonie weisen im interregionalen Vergleich die höchsten Dienstleistungsanteile aus. Tragende Säulen des tertiären Sektors im Kooperationsraum sind mit einem Anteil von zusammen rund 29% vor allem das Finanzwesen und die unternehmensnahen Dienstleistungen, die in den vergangenen Jahren auch die kräftigsten Wachstumsimpulse setzten. Dies gilt insbesondere für Luxemburg. Mit rund einem Viertel nehmen in der Großregion insgesamt ebenso die öffentlichen und privaten Dienstleister einen großen – und im europäischen Vergleich leicht überdurchschnittlichen – Stellenwert ein, bei gleichzeitig geringeren Anteilen in Handel und Gastgewerbe. Gegenüber dem Dienstleistungssektor ist der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (inkl. Bau) in der Großregion auf nunmehr 27% gesunken. Im Vergleich zum europäischen Mittel hat die Industrie einen größeren Stellenwert, während der Anteil des Baugewerbes niedriger liegt. Innerhalb der Großregion sind die beiden deutschen Teilregionen am stärksten industriell geprägt.

► **Wissenschaft, Technologie und Innovation**

Die Großregion verfügt heute über eine vielfältige und ausdifferenzierte Forschungslandschaft. Darunter befindet sich auch eine Reihe von Einrichtungen, deren Aktivitäten weit über die Grenzen des Kooperationsraums hinaus Beachtung finden. Dennoch verbleibt im europäischen Vergleich ein gewisser Nachholbedarf, was sich etwa an den Bruttoinlandsaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) festmachen lässt: Die FuE-Ausgaben beliefen sich im Jahr 2005 in der Großregion insgesamt auf 1,55% des BIP – merklich weniger als im europäischen Mittel (EU-27: 1,82%; EU-15: 1,89%). Gegenüber 2003 ist damit im Kooperationsraum wie auch in Europa eine Stagnation bzw. sogar ein leichter Rückgang der Bruttoin-

landsaufwendungen für FuE zu verzeichnen. Dadurch blieb auch der Abstand zwischen der Großregion und dem im weltweiten Vergleich ohnehin eher niedrigen EU-Durchschnitt unverändert. Auf europäischer wie großregionaler Ebene sind somit erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um das im Rahmen der Lissabon-Strategie für 2010 gesteckte 3%-Ziel noch erreichen zu können.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür bilden hoch qualifizierte Arbeitskräfte, die ein wesentliches Fundament von Forschung und Innovation darstellen. Hier kann sich die Großregion im europäischen Vergleich durchaus sehen lassen: Der Anteil der so genannten Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) lag 2007 mit 39,4% über dem europäischen Niveau von 37,1%. Auffallend ist hier jedoch, dass dieses gute Ergebnis vor allem auf die hohen Anteile in der HRST-Untergruppe der Personen mit einem wissenschaftlich-technischen Bildungsabschluss zurückzuführen ist, während demgegenüber die Werte bei den Arbeitskräften, die in diesen Bereichen auch tatsächlich tätig sind, unter dem europäischen Niveau liegen. In der Schlussfolgerung deutet dies darauf hin, dass das Qualifikationspotential im wissenschaftlich-technischen Bereich groß ist, dieses aber derzeit noch nicht durch eine ausreichende Zahl entsprechender Arbeitsplätze abgedeckt wird. Dies bestätigt sich in der Tendenz ebenso bei der Betrachtung der Beschäftigung in den Hochtechnologie-sektoren der wissensintensiven Dienstleistungen und des Verarbeitenden Gewerbes, wo die Großregion mit einem Anteil von 3,7% hinter dem Durchschnitt der EU-27 (4,4%) zurückbleibt. Über dem europäischen Niveau liegt die Großregion allerdings bei den Beschäftigtenanteilen im Verarbeitenden Gewerbe der Spitzen- und mittleren Hochtechnologie. Die leistungsfähige industrielle Basis stellt somit nach wie vor einen wesentlichen Pfeiler der großregionalen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit dar. Sie ist nicht zuletzt auch ein wichtiger Impulsgeber für ein weiteres Wachstum der wissensintensiven Dienstleistungen.

Kapitel 3: Beschäftigung und Arbeitsmarkt

► Stand und Entwicklung der Beschäftigung

In der Großregion gingen im Jahr 2006 rund 4,6 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach, das sind 2,1% aller Erwerbstätigen der EU-27. Rund 88% aller Erwerbstätigen im Kooperationsraum hatten dabei den Status eines Arbeitnehmers, d.h. sie waren abhängig beschäftigt. Sowohl bei den Erwerbstätigen insgesamt als auch bei den Arbeitnehmern verlief die Beschäftigungsentwicklung im Zeitraum zwischen 2000 und 2007 positiv, aber schwächer als im europäischen Durchschnitt. Zudem konnten die Arbeitnehmer auf europäischer Ebene vom Beschäftigungsaufschwung stärker profitieren als in der Großregion. In der Sektoren Betrachtung hat die Zahl der Arbeitnehmer insbesondere in den Dienstleistungsbereichen zugenommen, während im Baugewerbe sowie vor allem in der Industrie Rückgänge zu verzeichnen waren. Eine Ausnahme bildet Luxemburg, das aufgrund seines hohen Arbeitskräftebedarfs in allen Branchen ein durchgängig positives und im interregionalen wie europäischen Vergleich weit überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum aufweisen kann.

Die Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion hat im Jahr 2007 einen Wert von 64,4% erreicht, bleibt damit aber im europäischen Vergleich unter dem Niveau der EU-27 (65,3%) und der EU-15 (66,8%). Über dem großregionalen Mittel lagen Rheinland-Pfalz und das Saarland, während die übrigen Teilgebiete niedrigere Quoten ausweisen. Dies gilt besonders

für die Wallonie. Rheinland-Pfalz hat als erste Region im Kooperationsraum das Lissabon-Ziel von 70% überschritten. Bei den Frauen verlief die Entwicklung in allen Teilregionen sehr dynamisch und der Anstieg der Beschäftigungsquote seit 2000 fiel doppelt so hoch aus wie bei der Gesamtbeschäftigung. Mit einer Quote von derzeit 58,3% liegt die Großregion genau im Mittel der EU-27 und somit in greifbarer Nähe zum Lissabon-Ziel von 60%. Rheinland-Pfalz und Lothringen haben diese Zielvorgabe bereits erreicht. Trotz teilweise überdurchschnittlicher Zuwächse in den vergangenen Jahren verbleibt dagegen die Beschäftigungsquote Älterer in der Großregion mit derzeit 42,4% nach wie vor unter dem europäischen Mittel (EU-27: 44,7%; EU-15: 46,5%). Der Abstand zur Zielvorgabe von 50% im Jahr 2010 beträgt derzeit 7,6 Prozentpunkte, so dass weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Förderung der Beschäftigung Älterer erforderlich sind. Innerhalb der Großregion erreichen lediglich die beiden deutschen Teilgebiete überdurchschnittliche Werte, während die anderen Regionen des Kooperationsraums sehr viel niedrigere Quoten aufweisen. Mit derzeit 35,6% liegt ebenfalls die Beschäftigungsquote der Jugendlichen in der Großregion unter dem EU-Durchschnitt (EU-27: 37,1%; EU-15: 40,7%), wobei insbesondere Luxemburg mit 22,5% weit abgeschlagen ist.

Die grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität in der Großregion wächst weiter an. Mit derzeit insgesamt 196.175 Grenzgängern im Kooperationsraum ist heute vom höchsten und dichtesten Grenzgängeraufkommen in der EU auszugehen. Dabei kommen gut über die Hälfte (55,1%) aus Lothringen und fast drei Viertel (73,4%) arbeiten in Luxemburg. Beide Teilregionen spielen damit eine außerordentlich wichtige Rolle für die Dynamik des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts. Der Grenzgängerstrom ins Saarland zeigt wie schon in den Vorjahren eine weiter rückläufige Tendenz. In Rheinland-Pfalz dagegen weisen die Einpendlerzahlen aus Frankreich wieder ein leichtes Plus aus. Überdurchschnittlich stark angestiegen ist jedoch in beiden Regionen der Strom der nach Luxemburg auspendelnden Grenzgänger. In die Wallonie kommen immer mehr Franzosen an ihren Arbeitsplatz, während inzwischen über drei Viertel der wallonischen Grenzgänger in Luxemburg arbeiten. Auch in der DG Belgien steigt die Zahl der Grenzgänger ins Großherzogtum kontinuierlich an.

► **Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit**

Die Großregion kann im Jahr 2007 mit einer Gesamtarbeitslosenquote von 7,6% eine deutliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen. Sie konnte im Zeitraum 2005-2007 mit einem Rückgang von 2,3 Prozentpunkten auch weiter zum EU-Durchschnitt aufschließen und liegt damit nur noch knapp über dem Wert der EU-27 (7,2%). Das günstige Konjunkturklima der vergangenen Jahre hat sich insbesondere im Saarland und in Rheinland-Pfalz positiv auf den Abbau der Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Auch Lothringen erreichte hier gute Ergebnisse. Nur leicht zurückgegangen ist die Arbeitslosenquote in Luxemburg, das aber mit derzeit 4,1% im interregionalen wie europäischen Vergleich den mit Abstand geringsten Wert aufweist. Nach wie vor schwierig ist die Lage dagegen in der Wallonie, die mit 10,5% eine weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquote zu verzeichnen hat. Die DG Belgien bewegt sich im Schnitt der Großregion, allerdings ist sie das einzige Teilgebiet, in der die Arbeitslosenquote zwischen 2005 und 2007 gestiegen ist.

Differenziert nach Geschlecht haben die Frauen stärker als die Männer vom Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Großregion profitiert. Als Folge dieser Entwicklung hat sich auch das geschlechtsspezifische Gefälle weiter verringert. Mit einer Quote von derzeit 8,2% sind aber

die Frauen immer noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Männer (7,1%). Nach wie vor ein drängendes Problem bleibt die Jugendarbeitslosigkeit in der Großregion. Sie ging zwar im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs seit 2005 deutlich stärker zurück als im EU-Durchschnitt, liegt aber mit derzeit 15,8% mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Zurückgegangen ist ebenso die Langzeitarbeitslosenquote in der Großregion, die aber mit derzeit 3,8% immer noch höher ist als im europäischen Durchschnitt (EU-27: 3,1%, EU-15: 2,4%). Gleichzeitig hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen seit 2005 in der Großregion wieder erhöht, während dieser auf europäischer Ebene rückläufig war.

Kapitel 4: Bildung

Eine gute und qualifizierte Bildung spielt in einer Wissensgesellschaft eine entscheidende Rolle. Nach wie vor sind jedoch die Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifizierung ungleich verteilt, was sowohl aus gesellschaftspolitischer als auch aus ökonomischer Sicht eine große Herausforderung darstellt. Eine qualifizierte Bildung der Bevölkerung ist Grundvoraussetzung für ein hinreichend qualifiziertes Arbeitskräfteangebot und wesentlicher Faktor zur Sicherung des sozialen Zusammenhalts. Bildung ist Zukunft – dies gilt gerade auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Dieser hat in allen Teilgebieten der Großregion zur Folge, dass die Bevölkerung altert und der Anteil der Jüngeren abnimmt. Im schulischen Bereich ist in der Großregion (je nach Teilgebiet unterschiedlich stark ausgeprägt) in den kommenden 10 bis 20 Jahren ein merklicher Rückgang der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter zu erwarten – Veränderungen, die in bildungspolitischer Hinsicht nochmals neue Herausforderungen mit sich bringen. Dazu zählen insbesondere die weitere Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus, die Sicherstellung gleicher Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifizierung sowie die Verbesserung von Qualität und Wirksamkeit der Bildung auf allen Ebenen.

Angesichts dieser Entwicklungen und Herausforderungen besteht in Politik und Gesellschaft ein hoher Informationsbedarf zur aktuellen Situation, den übergreifenden Trends und Problemen im Bildungsbereich. Allerdings werden die Möglichkeiten, diesem Bedarf in einer interregional vergleichenden Perspektive zu genügen, durch das verfügbare Datenmaterial eingeschränkt. In der Großregion grenzen zwei Kulturen, drei Sprachen, fünf Teilräume und vier Schul- und Bildungssysteme aneinander, die verschiedene Wege einschlagen, um die junge Generation auf die Zukunft vorzubereiten. Die Schul- und Bildungssysteme unterscheiden sich in ihrem Aufbau, in ihren Abläufen und Inhalten, den Ausbildungszeiträumen und den jeweiligen Zugangsbedingungen. Dementsprechend schwierig gestaltet sich auch die Zusammenstellung von Bildungsdaten mit vergleichbarem Inhalt.

Auf Basis der Regionalstatistiken von Eurostat können gleichwohl für die Großregion einige wichtige Eckdaten zu Bildungsgrad und Bildungsbeteiligung ausgewiesen werden. Danach zeigt sich, dass in der Großregion im Jahr 2007 rund 74% der Erwachsenenbevölkerung mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügte, was auf internationaler Ebene häufig als Mindestqualifikation für die sich fortentwickelnde Wissensgesellschaft angesehen wird. Im Durchschnitt der EU-27 lag der Vergleichswert bei 70% und in der EU-15 sogar bei nur knapp 67%. Wird nur der Akademikeranteil betrachtet, bewegt sich die Groß-

region weitgehend auf dem europäischen Niveau. Mit Blick auf die Bildungsbeteiligung ist im Kooperationsraum der Prozentsatz der 20- bis 24-Jährigen, die im Jahr 2006 an Hochschulbildungsgängen teilnahmen, etwas geringer als im EU-Durchschnitt (51 gegenüber 55%). Unter dem europäischen Mittel lag ebenso die Beteiligung der Erwachsenenbevölkerung am lebenslangen Lernen. Mit einem Anteil von 6,5% bzw. 10,5% wurde allerdings weder in der Großregion noch im Durchschnitt der EU-15 die 12,5%-Zielvorgabe des Europäischen Rates erfüllt.

Kapitel 5: Lebensbedingungen

► Haushaltseinkommen

Die für die Teilgebiete Saarland, Lothringen, Rheinland-Pfalz und die Wallonie verfügbaren Daten des durchschnittlichen Haushaltseinkommens zeigten im Jahr 2005 eine Spannweite von 13.566 KKKS je Einwohner in der Wallonie bis hin zu 16.527 KKKS im Saarland. Damit lagen alle hier betrachteten Teilgebiete der Großregion über dem europäischen, aber unter ihrem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Innerhalb von Rheinland-Pfalz und der Wallonie, für die jeweils auch Daten auf Ebene NUTS 2 zur Verfügung stehen, lassen sich dabei zum Teil beträchtliche Unterschiede feststellen: So fällt das verfügbare Haushaltseinkommen je Einwohner in der Region Trier merklich geringer aus als in Rheinhessen-Pfalz. Noch deutlicher sind die Einkommensunterschiede zwischen den wallonischen Provinzen: Während die prosperierende Provinz Wallonisch Brabant an der Grenze zur Metropolregion Brüssel sowohl im interregionalen als auch im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Werte aufweist, verbleibt der strukturschwache Hennegau unter dem EU-Mittel und bildet auch im interregionalen Vergleich das Schlusslicht. Bei der Entwicklungsdynamik im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 zeigt Lothringen die höchsten Zuwächse, gefolgt von der Region Trier und dem Saarland. Die geringste Steigerungsrate verzeichnet dagegen die beim absoluten Niveau führende Provinz Wallonisch Brabant. Nur sehr bescheidene Einkommenszuwächse lassen sich darüber hinaus im Hennegau sowie in der Provinz Lüttich beobachten.

► Arbeitnehmerentgelte

Innerhalb der Großregion reichte im Jahr 2004 die Bandbreite der Arbeitnehmerentgelte von durchschnittlich rund 47.000 Euro pro Kopf in Luxemburg bis hin zu knapp 32.000 Euro in Rheinland-Pfalz. Luxemburg zeigte dabei nicht nur im interregionalen, sondern auch im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Werte. Auch bei der Entwicklungsdynamik zwischen 1996 und 2004 nimmt das Großherzogtum eine führende Position ein. Die geringsten Steigerungsraten wiesen die Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden deutschen Teilregionen auf. In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben 2004 in Luxemburg aufgrund der niedrigen Abgabenlast vom Arbeitnehmerentgelt rund 70% als Nettolöhne und -gehälter bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, während in Deutschland und Belgien nur etwas mehr als die Hälfte übrig blieb. Die jahresdurchschnittliche Entwicklung der um die Inflationsrate bereinigten Reallöhne verlief zwischen 1996 und 2004 in Luxemburg, Lothringen und der Wallonie positiv, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden deutschen Teilregionen trotz nominal steigender Verdienste aufgrund der Preisentwicklung reale Einkommensverluste zu verzeichnen hatten.

► Inflation, Verbraucherpreisentwicklung

Die Entwicklung der Verbraucherpreise für die Gesamtlebenshaltung ist in den Regionen des Kooperationsraums in den letzten Jahren zum Teil kräftig gestiegen. Insbesondere 2008 war dabei ein Jahr der Extreme. Aufgrund der massiven Preissteigerungen auf den weltweiten Rohstoffmärkten machte sich die Inflationswelle vor allem in der ersten Jahreshälfte bemerkbar. Im Sommer 2008 ging dieser Preisboom an den internationalen Rohstoffbörsen zu Ende und die Preistendenz kehrte sich in allen Regionen anschließend wieder um. In der Folge zeigten sich zum Jahresende überall wieder deutlich gesunkene Teuerungsraten und ein Rückgang des gesamten Verbraucherpreisindex – ein Trend, der sich nach den ersten vorliegenden Zahlen auch Anfang 2009 weiter fortgesetzt hat. Preistreiber in den vergangenen Jahren waren insbesondere die hohen Energiekosten. Aber auch für Nahrungsmittel mussten die Verbraucher in allen Regionen deutlich tiefer in die Tasche greifen. Billiger geworden sind dagegen vor allem Geräte der Informationsverarbeitung, Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik sowie Foto- und Filmausrüstungen. Da gerade diese Produkte im Alltag allerdings seltener gekauft werden, machten sich die Preisrückgänge in der Wahrnehmung der Verbraucher deutlich weniger bemerkbar als die Teuerungen bei den Gütern des täglichen Bedarfs wie Brot, Butter und Benzin. Die „gefühlte“ Inflation lag daher insbesondere in der Hochphase der Preisentwicklung Mitte 2008 um ein Vielfaches über der tatsächlichen Teuerung. Gerade für Geringverdiener und Familien mit mehreren Kindern haben sich in dieser Zeit die finanziellen Spielräume deutlich verengt, da ihnen angesichts der Preisspirale gar nichts anderes übrig blieb, als einen stetig wachsenden Anteil ihres ohnehin knappen Budgets für die immer teurere Lebenshaltung auszugeben.

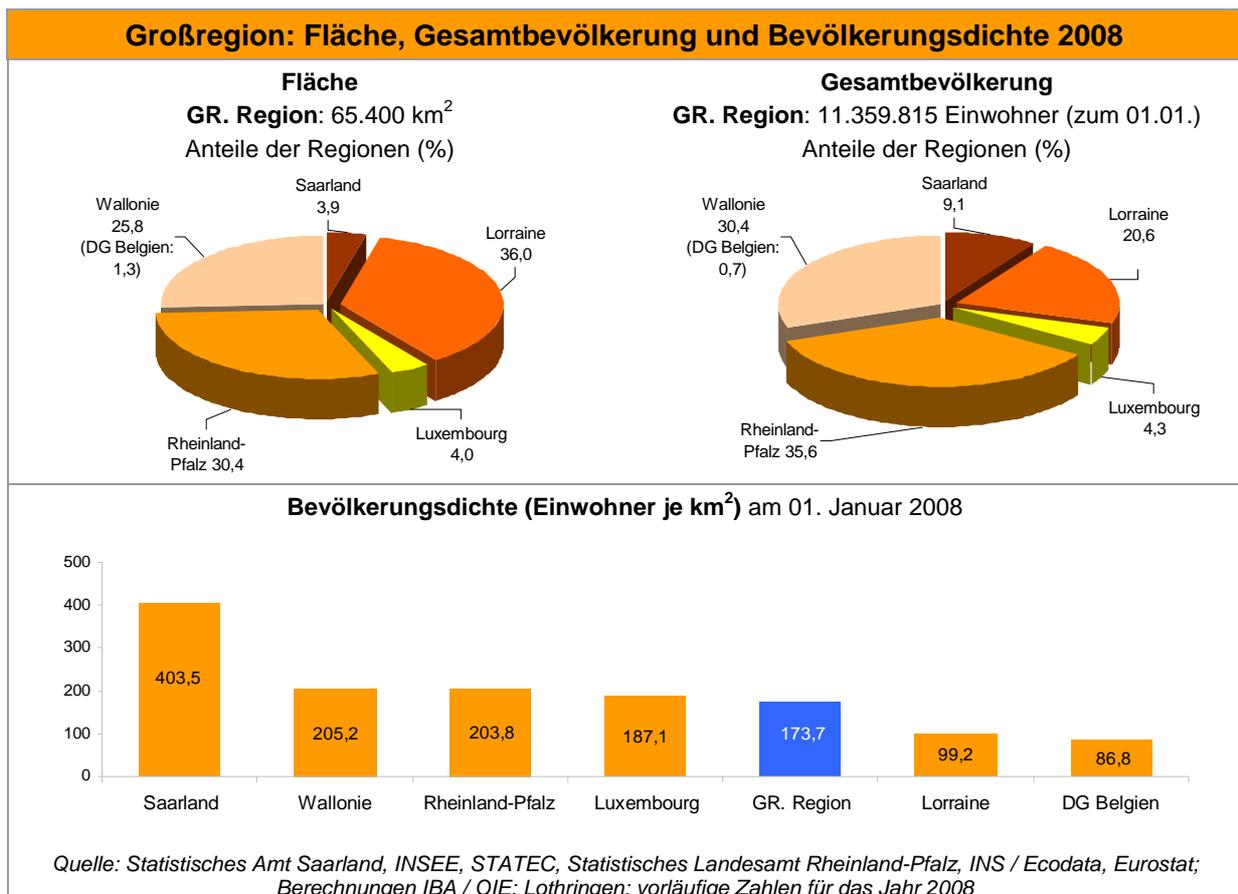
► Wohnraum und Mieten

Die für die Teilgebiete Saarland, Lothringen, Rheinland-Pfalz und die Wallonie verfügbaren Daten zu den Immobilien- und Mietpreisen machen ein Gefälle bei den Wohnimmobilien zwischen den einzelnen Regionen deutlich. Leider ist das insoweit zur Verfügung stehende Datenmaterial sehr heterogen, sodass detaillierte Analysen an dieser Stelle derzeit nicht möglich waren. Grundsätzlich lässt sich aber festhalten, dass das Wohnen in Regionen im Einzugsbereich der wirtschaftlichen Zentren deutlich teurer ist als im Rest der Großregion. Dies wird insbesondere am Beispiel Luxemburgs deutlich. Die hohe Attraktivität Luxemburgs für den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt hat auch die Immobilien- und Mietpreise entlang der Grenze erfasst. Wohnortmobilität als Folge steigender Immobilien- und Mietpreise führt zu einer steigenden Attraktivität von Wohnraum in Grenznähe und entlang der großen Verkehrsachsen. Diese Veränderungen bedeuten nicht zuletzt auch eine Herausforderung für die grenzüberschreitende Raumplanung in der Großregion.

1. Gebiet und Bevölkerung

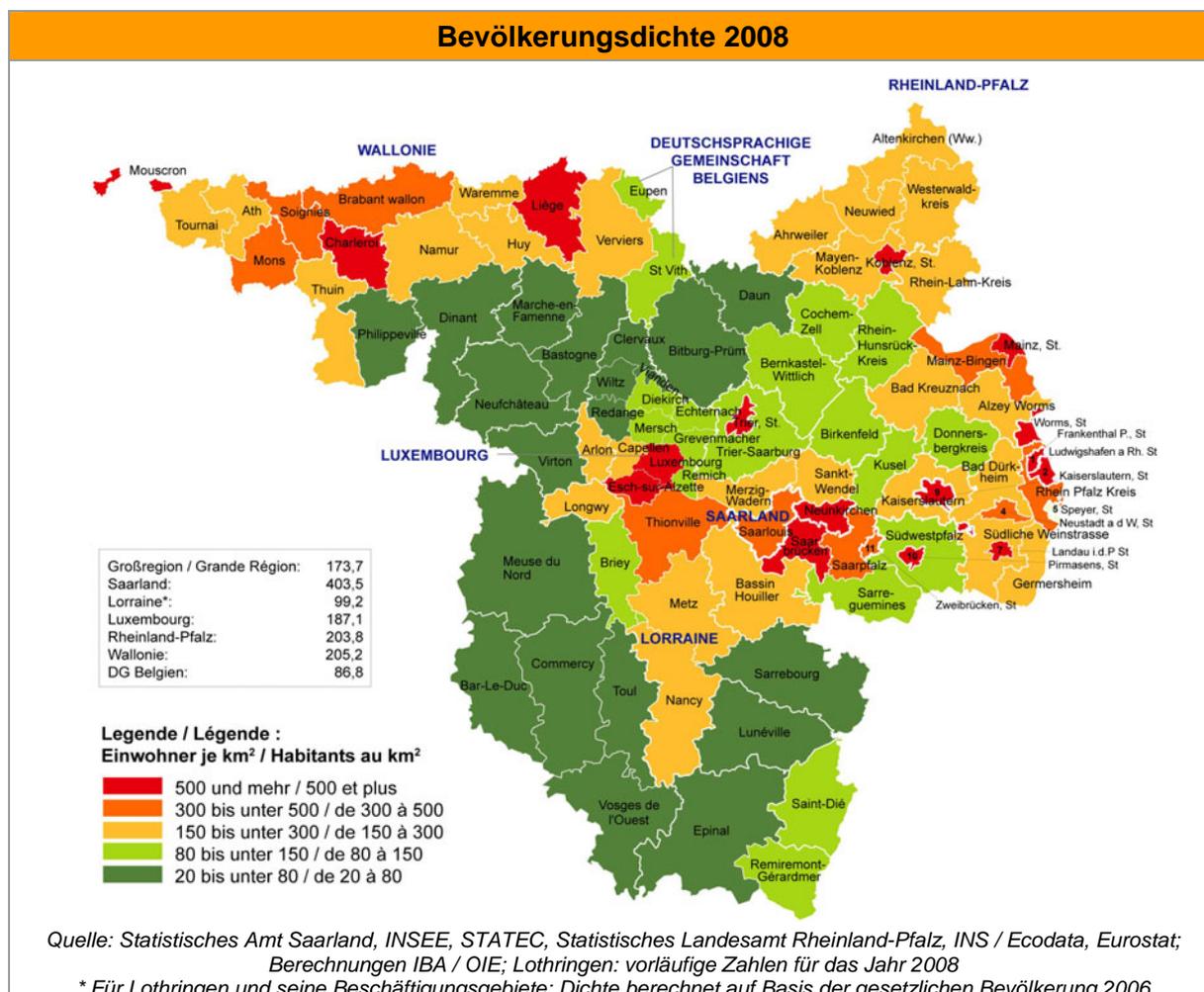
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsdichte

Die Großregion setzt sich zusammen aus den beiden deutschen Bundesländern Saarland und Rheinland-Pfalz, dem Großherzogtum Luxemburg, der französischen Region Lothringen und der belgischen, bundesstaatlich eigenständigen Region Wallonie mit ihren beiden Sprachgemeinschaften (Französische und Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens). Geographisch liegt sie im Herzen des historischen Zentrum Europas zwischen den Ballungsräumen Brüssel, Rhein-Ruhr, Rhein-Main, Basel/Mulhouse und Paris. Mit einer Gesamtfläche von 65.400 km² und rund 11,4 Millionen Einwohnern umfasst der Kooperationsraum rund 1,6% des Gebietes der 27 EU-Mitgliedstaaten und stellt europaweit 2,3% der Bevölkerung. Die Bevölkerungsdichte liegt derzeit bei 173,7 Einwohnern je km². Innerhalb der Großregion lassen sich drei Großräume ausmachen: Neben dem Maastal in Lothringen und der Wallonie sowie der Rheinschiene im Osten von Rheinland-Pfalz steht im Mittelpunkt ein länderübergreifendes Kerngebiet, das alle Teilräume der Großregion umfasst und sich von Nancy über Metz bis Luxemburg und Arlon einerseits und von Saarbrücken bis Trier und Kaiserslautern andererseits erstreckt.



Mit über 4 Millionen Menschen auf einer Fläche von 19.853 km² ist **Rheinland-Pfalz** das bevölkerungsreichste Teilgebiet mit dem zweitgrößten Territorium im Kooperationsraum. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung in der Großregion lebt in diesem deutschen Bundesland, das rund 30% ihrer Gesamtfläche umfasst. Die Bevölkerungsdichte liegt bei 204 Einwohnern je km², verteilt sich aber regional sehr unterschiedlich. Die dicht besiedelten Regionen kon-

zentrieren sich um die größeren Städte und hier vor allem im östlichen Teil des Landes entlang der Rheinschiene. Absolute Spitzenreiter sind Ludwigshafen und Mainz, die mit einer Bevölkerungsdichte von jeweils über 2.000 Einwohnern pro km² mit weitem Abstand die am dichtesten besiedelten Gebiete der Großregion darstellen. Mit mehr als 1.000 Einwohnern je km² folgen Speyer, Frankenthal und Koblenz. In diesen Regionen entlang des Rheins liegen wichtige wirtschaftliche Schwerpunkte des Landes, die sich zudem im Einflussbereich der großen Ballungszentren benachbarter Bundesländer befinden (Köln-Bonn, Rhein-Main, Rhein-Neckar). Dünn besiedelt sind dagegen Teile der Westpfalz an den Grenzen zum Saarland und zu Frankreich sowie die ländlichen Räume Hunsrück und Eifel. Die **Wallonie** stellt mit ihren knapp 3,5 Millionen Einwohnern auf 16.844 km² rund 30% der Bevölkerung und ein Viertel der Gesamtfläche der Großregion. Die Bevölkerungsdichte liegt mit 205 Einwohnern je km² knapp über der von Rheinland-Pfalz. Die Ballungsräume und dicht besiedelten Gebiete befinden sich vor allem im nördlichen Teil der Wallonie und hier insbesondere in den Wirtschaftszentren Charleroi und Liège (763 bzw. 750 Einwohner je km²). Sehr viel stärker ländlich strukturiert ist dagegen der Süden der belgischen Region, wobei das an Luxemburg angrenzende Arrondissement Bastogne mit 42 Einwohnern je km² die geringste Bevölkerungsdichte aufweist. Dünn besiedelt ist ebenso die **DG Belgien**. Anfang 2008 lebten hier rund 74.000 Menschen auf einer Fläche von 854 km², was einer Bevölkerungsdichte von 87 Einwohnern je km² entspricht. Am dichtesten besiedelt ist der nördliche Kanton Eupen, in dem rund 60% der Bevölkerung der DG ihren Wohnsitz haben und sich zugleich die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Region befinden.

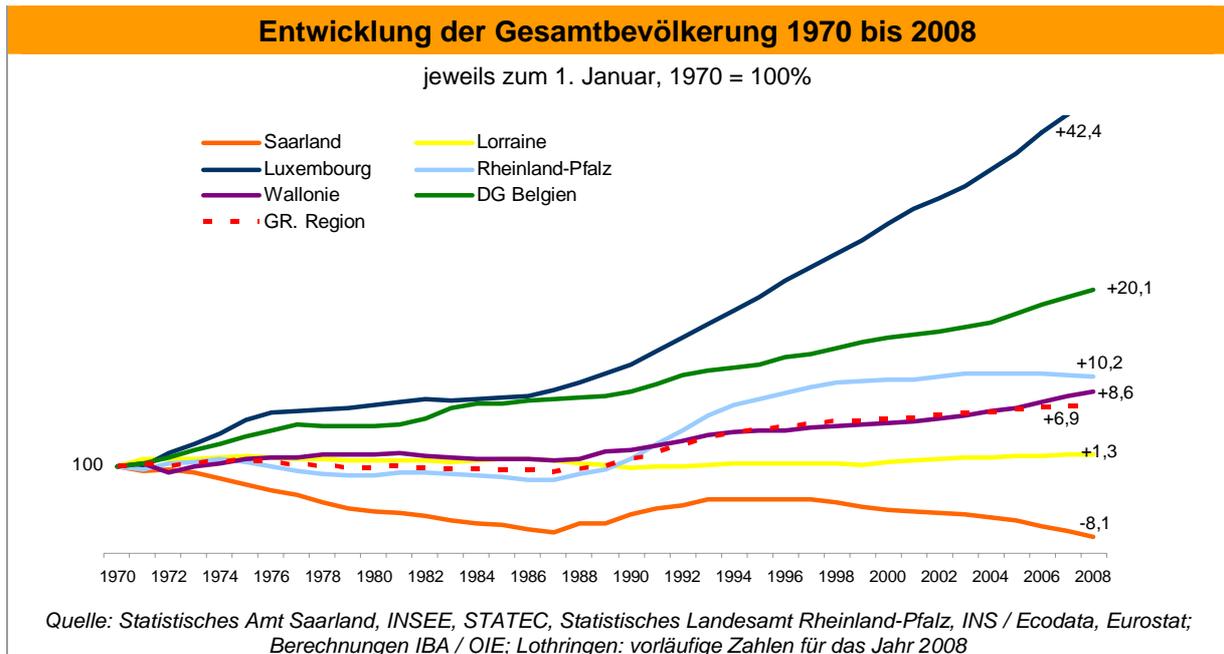


Lothringen besitzt mit einer Fläche von 23.547 km² das bei weitem größte Territorium der Großregion (36% der Gesamtfläche), stellt aber mit derzeit rund 2,3 Millionen Einwohnern nur rund ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Die Bevölkerungsdichte beträgt 99 Einwohner je km². Somit ist Lothringen neben der DG Belgien die am geringsten besiedelte Region im Kooperationsraum. Ähnlich wie in der Wallonie und in Rheinland-Pfalz zeigen sich hier jedoch regional sehr unterschiedliche Verteilungen. Während die Départements Meuse und Vosges mit 31 bzw. 65 Einwohnern je km² eine sehr stark ländliche Struktur aufweisen, konzentriert sich die lothringische Bevölkerung vor allem in den urbanen Räumen und Wirtschaftszentren der Départements Meurthe-et-Moselle und Moselle. Die höchste Bevölkerungsdichte erreicht dabei der Raum Thionville an der Grenze zu Luxemburg (304 Einwohner je km²), gefolgt von Nancy und Metz (282 bzw. 245 Einwohner je km²).

Der im Zentrum der Großregion gelegene Nationalstaat **Luxemburg** stellt mit seinen rund 484.000 Einwohnern auf einer Fläche von 2.586 km² jeweils rund 4% der Bevölkerung und Gesamtfläche der Großregion. Die Bevölkerungsdichte bewegt sich derzeit bei 187 Einwohnern je km². Die Ballungsräume und wichtigen Wirtschaftsstandorte liegen im Zentrum und im Süden des Landes, wobei die Kantone Esch und Luxemburg mit Abstand am dichtesten besiedelt sind (603 bzw. 585 Einwohner je km²). Große Gebiete mit relativ wenigen Bewohnern liegen dagegen vor allem im ländlich geprägten Norden des Großherzogtums. Auf das **Saarland** entfallen mit rund 1 Million Menschen auf 2.569 km² rund 9% der Bevölkerung und knapp 4% der Fläche der Großregion. Die Fläche des Saarlandes ist somit nur unwesentlich kleiner als die des benachbarten Luxemburgs, allerdings leben hier mehr als doppelt so viele Menschen. Mit 404 Einwohnern je km² ist das deutsche Bundesland daher auch die mit Abstand am dichtesten besiedelte Teilregion im Kooperationsraum. Die Ballungsräume liegen insbesondere im südlichen Teil des Landes, wobei der Regionalverband Saarbrücken mit 820 Einwohner je km² klar an der Spitze liegt.

Bevölkerungsentwicklung: Abschwächung der Wachstumsdynamik seit Ende der 1990er Jahre

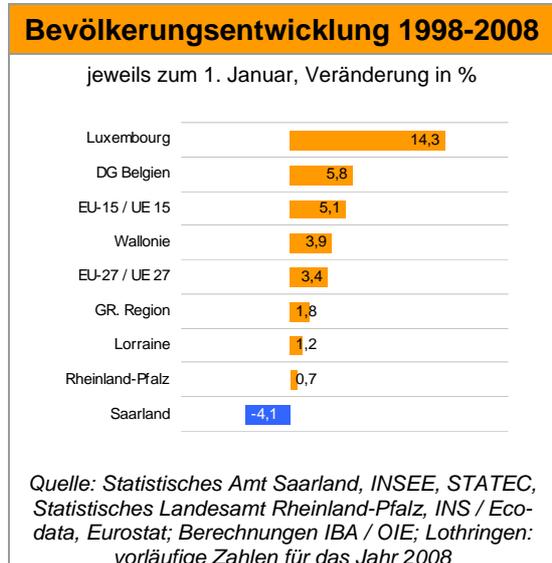
Mit 11,4 Millionen lebten in der Großregion Anfang 2008 rund 730.000 Menschen mehr als 1970 (+6,9%). Dieses Wachstum wurde getragen vom Bevölkerungsanstieg in Luxemburg, Rheinland-Pfalz und der Wallonie (hier auch der DG Belgien), während die Einwohnerzahl in Lothringen weitgehend stagniert und im Saarland rückläufig ist. Verglichen mit der Entwicklung auf dem Gebiet der heutigen EU-27, wo im gleichen Zeitraum ein Zuwachs von 14,7% zu verzeichnen ist, fällt die Bevölkerungsdynamik im Kooperationsraum insgesamt deutlich schwächer aus. Lediglich Luxemburg, dessen Einwohnerzahl aufgrund der hohen Zuwanderung um mehr als 40% seit 1970 angestiegen ist, zeigt einen weit überdurchschnittlichen Aufwärtstrend, der auch heute noch ungebrochen ist. In der Großregion insgesamt hat sich das Bevölkerungswachstum nach der Hochphase zwischen 1987 und 1997 seit Ende der 1990er Jahre merklich verlangsamt: Von 1998 bis 2008 konnte nur noch ein Zuwachs von 1,8% erzielt werden, was erneut merklich unter dem europäischen Durchschnitt lag. Dort stieg die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um 3,4 (EU-27) bzw. 5,1% (EU-15).



Sehr unterschiedliche Trends in den Teilregionen

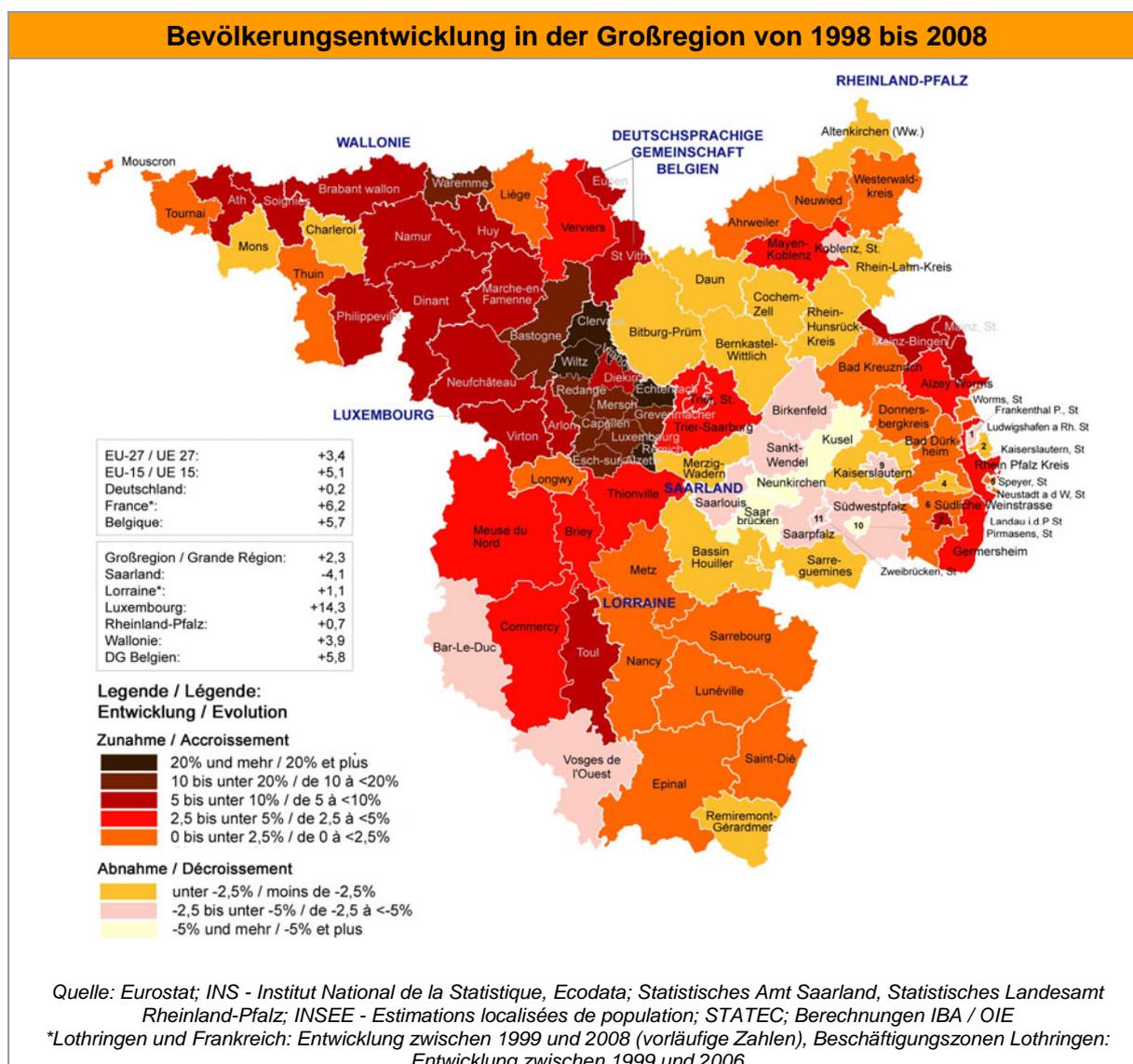
In den einzelnen Teilgebieten verlief die Entwicklung allerdings sehr unterschiedlich: In den letzten zehn Jahren verzeichneten insbesondere Luxemburg (+14,3%) sowie die DG Belgien (+5,8%) und die Wallonie (+3,9%) eine stabile – und im Falle des Großherzogtums sogar weit überdurchschnittliche – Zunahme der Bevölkerung, die sich in allen drei Regionen seit 2004 sogar verstärkte. Eine nur mäßige Wachstumsdynamik war dagegen in Lothringen und Rheinland-Pfalz mit einem Plus von 1,2 bzw. 0,7% zu beobachten. Im Falle Lothringens wurden mit Beginn der Jahrtausendwende nach zwei Jahren mit sinkenden Einwohnerzahlen zunächst wieder merkliche Zuwächse verzeichnet. Allerdings konnte sich dieser Trend nicht stabilisieren und seit 2007 stagniert die Bevölkerung wieder.

Auch das in der vergangenen Dekade nur unterdurchschnittliche Wachstum in Rheinland-Pfalz wurde durch zwei gegensätzliche Entwicklungen geprägt: Nachdem die Einwohnerzahl Anfang 2005 mit 4.061.105 Menschen noch seinen bisherigen Höchststand erreichte, gab es Anfang 2006 erstmals seit 1987 einen Rückgang, der sich in 2007 und 2008 fortsetzte. Schrumpfende Bevölkerungszahlen prägen dagegen seit langem die Situation im Saarland, das so auch als einzige Teilregion im Kooperationsraum in den letzten zehn Jahren eine negative Bilanz aufweist (-4,1%). Seit 2004/2005 hat sich zudem die Situation an der Saar weiter verschärft und im Verlauf des Jahres 2006 wurden die stärksten Einwohnerverluste seit 1978 registriert.



Steigende Einwohnerzahlen rund um wirtschaftsstarke Gebiete und entlang der Hauptverkehrsachsen

In der kleinräumigen Betrachtung sind Bevölkerungszunahmen in den vergangenen zehn Jahren insbesondere im Einzugsbereich der wirtschaftsstarke Gebiete, in der Nähe der regionalen Oberzentren, rund um die großen Universitätsstandorte an den Rändern der Großregion sowie entlang der Autobahnen zu verzeichnen. In den weniger zentral gelegenen oder ungünstiger angelegenen Regionen sowie in strukturschwachen Gebieten sind dagegen die Einwohnerzahlen in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich gesunken. Besonders hohe Verluste gab es in Teilen der Westpfalz (insbesondere Pirmasens mit -11,3%) sowie im Landkreis Neunkirchen und im Regionalverband Saarbrücken. Auch das übrige Saarland sowie Gebiete am Mittelrhein und im Südwesten von Rheinland-Pfalz verzeichnen eine schrumpfende Bevölkerung, allerdings nicht ganz so ausgeprägt. In Lothringen und der Wallonie entwickelten sich vor allem die Zonen Bar-Le-Duc, Vosges-de-l'Ouest sowie die Arrondissements Mons und Charleroi gegen den regionalen Trend.



Wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs sorgt auch für Bevölkerungszuwächse in den angrenzenden Gebieten

Durchweg positiv verlief dagegen die Entwicklung in den Gebieten im Einzugsbereich der großen Wirtschaftszentren – auch über die Grenzen der Großregion hinweg. In Rheinland-Pfalz gibt es besonders starke Bevölkerungszuwächse entlang der Rheinschiene, vor allem in der Nähe von Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet oder dem Rhein-Neckar-Dreieck. In der Wallonie gilt dies vor allem für die Arrondissements im Norden der Region mit Ausrichtung auf Brüssel oder auch Flandern. Im Kerngebiet der Großregion sorgt allerdings in erster Linie die wirtschaftliche Anziehungskraft Luxemburgs für steigende Einwohnerzahlen – im Land selbst wie auch in den umliegenden Gebieten. Absoluter Spitzenreiter im Großherzogtum – und somit auch im Kooperationsraum – war der Kanton Vianden im landschaftlich attraktiven Norden des Landes, der in den letzten zehn Jahren einen Bevölkerungsanstieg von mehr als 50% erzielte. Alle übrigen luxemburgischen Kantone verzeichnen Zunahmen zwischen 9 und knapp 23%. Hohe Lebenshaltungskosten und steigende Immobilienpreise führen allerdings zu einem stetigen Zuzug in die an Luxemburg angrenzenden Gebiete. Auf wallonischer Seite wird dies besonders deutlich in den Arrondissements Bastogne und Arlon, die in der vergangenen Dekade mit einem Plus von jeweils rund 10% beträchtlich über dem Durchschnitt der belgischen Region liegen.

Gegen den regionalen Trend: Steigende Einwohnerzahlen im Raum Trier und in Perl

In Rheinland-Pfalz führt die wirtschaftliche Attraktivität Luxemburgs vor allem im Kreis Trier-Saarburg und in der Stadt Trier zu steigenden Bevölkerungszahlen, die als einzige Gebiete im Westen von Rheinland-Pfalz eine positive Entwicklung aufweisen. Hinter Landau, Mainz, Mainz-Bingen und Alzey-Worms erreichte der Raum Trier dabei im Landesvergleich mit einem Plus von rund 4% in der vergangenen Dekade ein weit überdurchschnittliches Ergebnis.¹ Auf saarländischer Seite wirkt sich der Zuzug einer steigenden Zahl von Luxemburgern (und auch Deutschen) im ländlich geprägten Kreis Merzig-Wadern positiv auf die Entwicklung der Bevölkerungszahlen aus. Gegen den Trend wächst insbesondere die Grenzgemeinde Perl, die in den letzten zehn Jahren ihre Einwohnerzahl um 11,9% erhöht hat, während im gleichen Zeitraum der Kreis Merzig-Wadern insgesamt ein Minus von 0,1% zu verzeichnen hat. Ähnliche Effekte sind in den lothringischen Gemeinden nahe der luxemburgischen Grenze auszumachen, wie z.B. Thionville oder Longwy. Die Anziehungskraft des luxemburgischen Arbeitsmarktes und seine Attraktivität für Zuwanderer beschränkt sich in Lothringen allerdings nicht nur auf die Grenzgemeinden im Norden der Region, sondern hat sich schon seit einigen Jahren deutlich nach Süden in die Gebiete um Metz, Briey und Meuse ausgeweitet.

Demographischer Wandel: fortschreitende Alterung der Bevölkerung

Weitaus stärker als durch Veränderungen in ihrer Gesamtzahl ist die Bevölkerungsentwicklung bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch Verschiebungen in der Altersstruktur gekennzeichnet. Der Geburtenrückgang einerseits und die steigende Lebenserwartung andererseits führen europaweit zu einer dauerhaften Veränderung der Altersstruktur in Richtung

¹ In der Stadt Trier – ebenso wie in Mainz und Landau – beruht ein Teil der Bevölkerungszuwächse in jüngster Zeit allerdings auch auf dem Sondereffekt der Einführung einer sogenannten Zweitwohnungssteuer, wodurch viele Bewohner einer Zweitwohnung ihren Wohnsitz als Hauptwohnsitz registrieren und so die Einwohnerzahlen in der Folge stark ansteigen ließen.

höherer Altersjahre. Dieser Alterungsprozess der Bevölkerung ist die eigentliche Herausforderung des demographischen Wandels. Sie kommt zum Ausdruck in einer stetig zunehmenden Zahl älterer Menschen, denen immer weniger Jüngere gegenüberstehen. Dementsprechend verändern sich auch die Relationen zwischen Alt und Jung: So ist auf Ebene der Großregion der Anteil der unter 20-Jährigen zwischen 1990 und 2007 von 24,1 auf nunmehr 22,4% gefallen, während parallel die Altersgruppe der über 60-Jährigen von 20,5 auf 22,9% gestiegen ist. Der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (20- bis 59-Jährige)² hat sich aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boom-Generation, die derzeit noch voll im Erwerbsleben steht, nur relativ geringfügig von 55,4 auf 54,6% verringert. Im interregionalen Vergleich sind die beiden deutschen Regionen am stärksten vom Alterungsprozess betroffen, wobei insbesondere das Saarland eine ungünstige Altersstruktur aufweist. Aber auch die anderen Teilregionen im Kooperationsraum, die im Gegensatz zu den beiden deutschen Bundesländern deutlich höhere Geburtenraten aufweisen, bleiben von der zunehmenden Alterung der Bevölkerung nicht ausgenommen. In allen Regionen wird die Gruppe derer, die sich im Rentenalter befindet, immer größer, während die jüngeren Altersgruppen immer mehr ausdünnen.

Entwicklung der Altersstruktur: Bevölkerung nach Altersgruppen 1990 und 2007 (in %)

Region	Altersgruppen							
	unter 20 Jahren		von 20 bis 59 Jahren		60 Jahre und älter		80 Jahre und älter	
	1990	2007	1990	2007	1990	2007	1990	2007
Saarland	19,7	18,7	58,8	54,8	21,5	26,5	3,6	5,0
Lorraine	29,0	24,3	53,5	54,6	17,5	21,1	3,0	4,4
Luxembourg	23,2	24,2	57,9	57,2	18,9	18,6	3,1	3,3
Rheinland-Pfalz	21,0	20,5	57,1	54,6	21,8	24,9	3,8	4,9
Wallonie	25,7	24,4	53,3	54,1	21,0	21,5	3,4	4,6
DG Belgien	24,4	24,0	56,8	53,5	18,8	22,5	2,9	4,0
GR. Region	24,1	22,4	55,4	54,6	20,5	23,0	3,5	4,6

Quelle: Statistische Ämter der Großregion, Ecodata, Eurostat

Steigender Alten- und sinkender Jugendquotient

Mit diesen alterstrukturellen Verschiebungen ändern sich auch die Quoten zwischen dem sich aktiv am Erwerbsleben beteiligten Teil der Bevölkerung und jenem Teil, der entsprechend dem Generationenvertrag von den Erwerbstätigen unterhalten werden muss. Betrachtet man etwa den Altenquotienten, der die Zahl der 60-Jährigen und Älteren auf die 20- bis 59-Jährigen bezieht, so hat sich dieser in den vergangenen fast zwei Jahrzehnten in allen Regionen des Kooperationsraums zum Teil deutlich erhöht. Während in der Großregion im Jahr 1990 auf 100 Perso-

Region	Jugendquotient		Altenquotient	
	1990	2007	1990	2007
Saarland	33,5	34,2	36,6	48,4
Lorraine	54,1	44,5	32,7	38,6
Luxembourg	40,0	42,3	32,7	32,6
Rheinland-Pfalz	36,8	37,4	38,2	45,6
Wallonie	48,2	45,1	39,3	39,7
DG Belgien	42,9	44,8	33,0	42,1
GR. Region	43,5	41,1	37,0	42,1

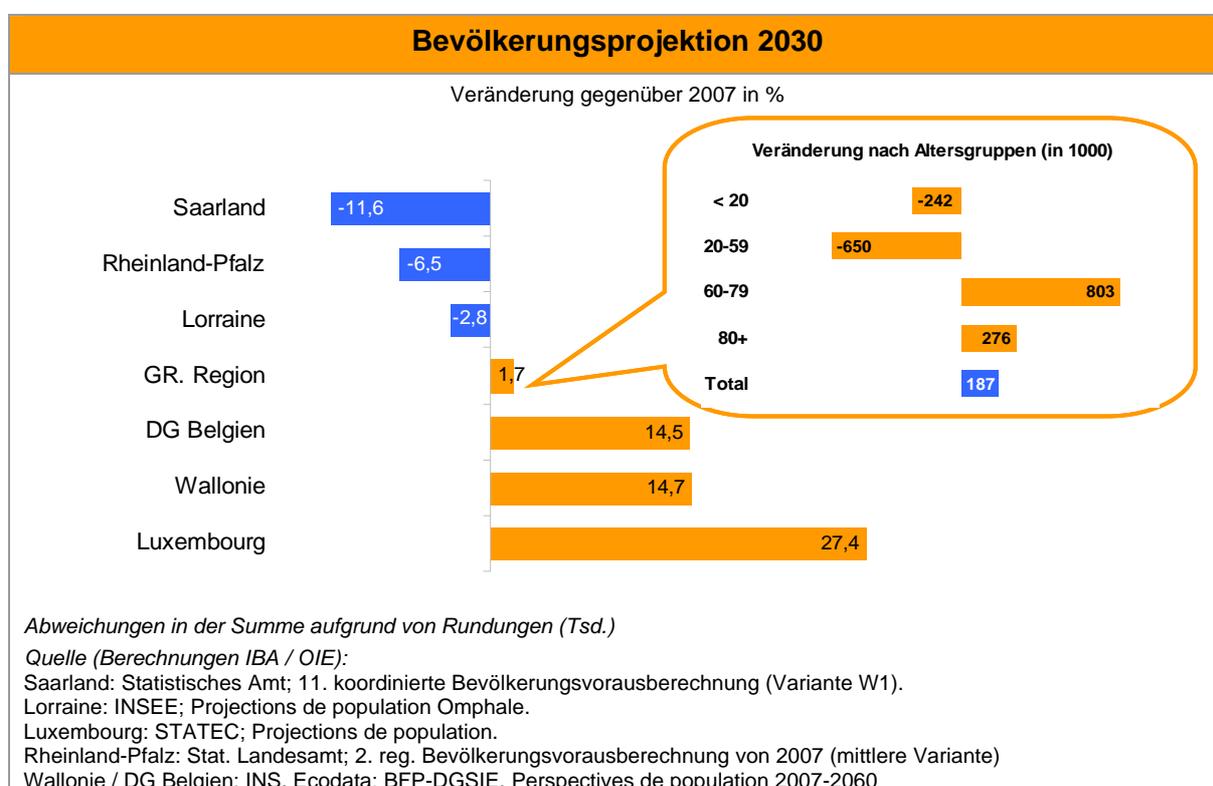
Quelle: Statistische Ämter der Großregion, Ecodata, Eurostat; Berechnungen IBA / OIE

² In der Großregion wird das erwerbsfähige Alter weiterhin in der Abgrenzung von 20 bis (unter) 60 Jahren definiert (vgl. Lübbers, Peter: Bevölkerungsentwicklung in der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 03/2008).

nen im erwerbsfähigen Alter noch 37 Menschen im Alter von über 60 Jahren kamen, ist dieser Wert bis 2007 auf 42 gestiegen. Überdurchschnittlich hoch war 2007 der Altenquotient im Saarland (48) und in Rheinland-Pfalz (46). In der Wallonie (40), Lothringen (39) und Luxemburg (33) lag er unter dem Durchschnitt der Großregion. Die DG Belgien liegt exakt auf dem großregionalen Mittel. Ein anderes Bild ergibt sich mit Blick auf den Jugendquotienten, der die unter 20-Jährigen auf die Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen bezieht: Lag dieser 1990 noch bei 44, so war er bis 2007 schon auf 41 zurückgegangen. Hierin ist allerdings keine Entlastung für die Gesellschaft in der Großregion zu sehen, vielmehr deutet dies langfristig auf eine Verschärfung des ökonomischen Drucks auf die erwerbsfähigen Altersgruppen hin.³

Was bringt die Zukunft? Bevölkerungsprojektion bis 2030

Während frühere Bevölkerungsprojektionen für die Großregion bereits in naher Zukunft eine Trendwende der bis dato positiven Bevölkerungsentwicklung erwarten ließen, so fallen die aktualisierten Vorausberechnungen nunmehr günstiger aus: Danach wird die Einwohnerzahl der Großregion bis 2025 zunächst noch auf voraussichtlich rund 11,54 Millionen anwachsen und anschließend bis zum Jahr 2030 schrittweise auf 11,53 Millionen zurückgehen. Gegenüber dem Bevölkerungsstand von 2007 ergibt sich so ein erwarteter Zuwachs von insgesamt rund 1,7%. Wie bereits in der Vergangenheit dürfte dabei auch in Zukunft das Bevölkerungswachstum im Kooperationsraum schwächer ausfallen als auf dem Gebiet der EU-27. Die neuen Projektionen von Eurostat sagen hier einen weiteren Bevölkerungsanstieg bis zu einem Höchststand im Jahr 2035 voraus und erst danach wird ein Rückgang erwartet. Im Vergleich zur Großregion ergibt sich daher für den Zeitraum 2007 bis 2030 auf europäischer Ebene mit einem Plus von rund 5% eine deutlich günstigere Entwicklung.⁴



³ Vgl. Lübbers 2008, a.a.O.

⁴ Vgl. Eurostat: Bevölkerungsprojektion 2008-2060, Pressemitteilung 119/2008 vom 26. August 2008.

Erhebliche Unterschiede der erwarteten Bevölkerungsentwicklung in den Teilregionen: Saarland, Rheinland-Pfalz und auch Lothringen mit Rückgängen ...

Innerhalb der Großregion lassen die Projektionen der Statistischen Ämter sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamiken erwarten. Danach wird sich insbesondere im Saarland der Bevölkerungsrückgang wohl auch zukünftig fortsetzen: Im Jahr 2016 soll die Einwohnerzahl an der Saar die Millionengrenze unterschreiten und bis 2030 auf rund 922.000 Einwohner zurückgehen. Im Vergleich zu 2007 entspricht dies einer Abnahme um 11,6%. Auch in Rheinland-Pfalz wird von einer recht deutlichen Abnahme der Bevölkerung ausgegangen: Hier wird die 4-Millionen-Grenze voraussichtlich im Jahr 2013 unterschritten und bis 2030 wird ein Rückgang bis auf rund 3,79 Millionen (-6,5%) erwartet. Moderater fällt demgegenüber die vermutliche Bevölkerungsabnahme in Lothringen aus. Dort wird ab 2012 mit rückläufigen Einwohnerzahlen gerechnet, so dass sich bis 2030 die Bevölkerung in der französischen Region auf einen Stand von rund 2,27 Millionen Menschen verringern wird (-2,8% gegenüber 2007).

... DG Belgien, Wallonie und vor allem Luxemburg mit deutlichen Zuwächsen

Eine gegenläufige Entwicklung in Form eines weiteren Bevölkerungswachstums erwarten die Wallonie, die DG Belgien und vor allem Luxemburg. In allen drei Teilregionen liegt nach den Vorausberechnungen das zukünftige Bevölkerungswachstum bis 2030 auch deutlich über dem EU-Durchschnitt. In der Wallonie wird nach den neuen, wesentlich günstigeren Projektionen ein kontinuierlicher Anstieg der Bevölkerung bis auf 3,94 Millionen Menschen im Jahr 2030 (+14,7%) erwartet. Im Jahr 2026 wird die Wallonie so auch vermutlich erstmals die Einwohnerzahl von Rheinland-Pfalz übersteigen, das bis dato das bevölkerungsreichste Gebiet der Großregion darstellte. Eine mit einem Plus von 14,5% in der Gesamtbilanz ähnliche Entwicklung wird für die DG Belgien angenommen. Hier wird vermutlich im Jahr 2016 erstmals die Grenze von 80.000 Einwohnern überschritten werden und bis 2030 wird mit einer Bevölkerungszahl von 84.376 Menschen gerechnet. Luxemburg erwartet aufgrund der hohen Geburtenrate und einem weiter anhaltenden Zuwandererstrom bis 2030 sogar eine Steigerung um 27,4% auf dann über 606.000 Einwohner. Das Großherzogtum gehört damit innerhalb der Europäischen Union neben Zypern und Irland zu den Ländern mit dem größten Bevölkerungswachstum.

Schrumpfendes Erwerbspersonenpotential bei wachsender Gesamtbevölkerung

Als Folge der rückläufigen Geburtenraten und der längeren Lebenserwartung werden sich europaweit die bereits heute erkennbaren altersstrukturellen Verschiebungen weiter fortsetzen und die Relationen zwischen Alt und Jung stark verändern. Damit verbunden sind erhebliche Auswirkungen auf Umfang und Altersstruktur des Erwerbspersonenpotentials. Für die derzeit vorrangig im Erwerbsleben stehende Altersgruppe der 20- bis 59-Jährigen wird nach den aktuell vorliegenden Projektionen in der Großregion im Zeitraum zwischen 2007 und 2030 ein Rückgang um 10,5% oder rund 650.000 Personen erwartet. Zusätzlich wird sich die Zahl der am Arbeitsmarkt nachrückenden Generationen der unter 20-Jährigen um fast 242.000 Menschen (-9,5%) verringern – eine Entwicklung, die durch das bisherige generative Verhalten bereits vorgezeichnet ist. Bei einem unveränderten Erwerbsverhalten und einer Fortschreibung der bisherigen Trends bei den Wanderungsbewegungen würde somit das Erwerbspersonenpotential in der Großregion bei immer noch wachsender Gesamtbevölke-

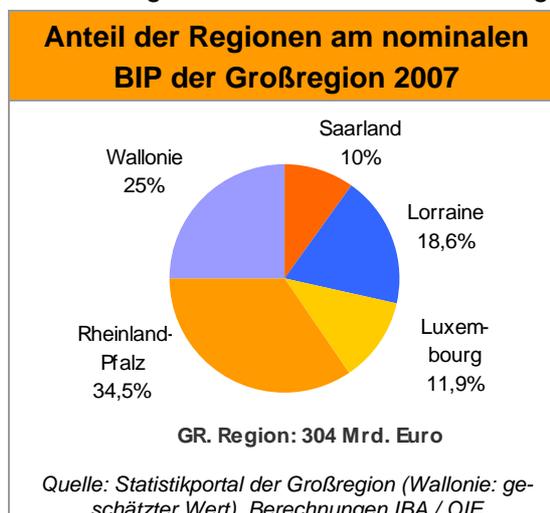
rung nicht nur weiter altern, sondern auch deutlich schrumpfen. Nach den vorliegenden Projektionen summiert sich in der Großregion der Rückgang in den beiden Altersgruppen bis 60 Jahren auf insgesamt rund 890.000 Personen bei einem gleichzeitigen Anstieg der Zahl der über 60-Jährigen um mehr als eine Million. Die Erwerbsbevölkerung wird somit zukünftig auch einer wachsenden Zahl älterer Menschen gegenüberstehen – ein Prozess, der mit dem Eintritt der geburtenstarken Baby-Boom-Generation in das Rentenalter nochmals verstärkt wird. Dies zeigt auch die erwartete Entwicklung des Altenquotienten, der bis zum Jahr 2020 voraussichtlich auf knapp 54 und bis 2030 auf gut 66 ansteigen wird.

2. Wirtschaft

2.1 Wirtschaftsleistung und Wirtschaftsstruktur

Stand und Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als zentraler Maßstab für die gesamtwirtschaftliche Leistung belief sich in der Großregion im Jahr 2007 auf rund 303 Milliarden Euro (nominal). Somit wurden rund 2,5% aller in der Europäischen Union (EU-27) produzierten Güter und Dienstleistungen im Kooperationsraum erwirtschaftet. Den größten Beitrag zum großregionalen BIP leistete Rheinland-Pfalz mit knapp 105 Mrd. Euro oder 34,5%. Es folgen die Wallonie mit fast einem Viertel bzw. 76 Mrd. Euro sowie Lothringen mit gut 56 Mrd. Euro (18,6%). Luxemburg und das Saarland steuerten mit rund 36 bzw. 30 Mrd. Euro jeweils 11,9% bzw. 10% zur Wirtschaftsleistung der Großregion bei.

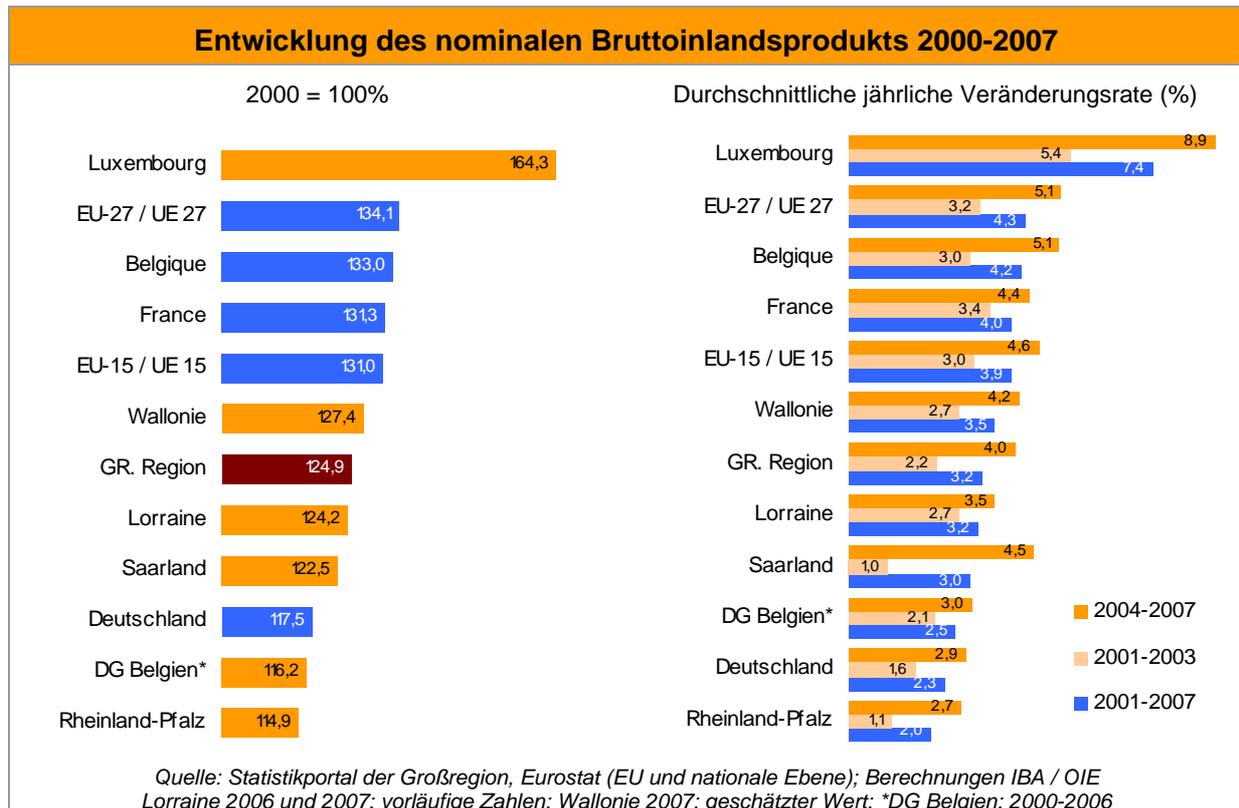


Wachstumsdynamik der Großregion schwächer als im EU-Durchschnitt

Das BIP ist in der Großregion von 2000 bis 2007 nominal um ein Viertel gestiegen, was einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 3,2% entspricht. Luxemburg verzeichnete mit einem nominalen Wachstum von durchschnittlich 7,4% pro Jahr in diesem Zeitraum das mit Abstand beste Ergebnis. Es folgt die Wallonie, die mit einer Rate von 3,5% über dem Durchschnitt im Kooperationsraum lag, während die Werte für die übrigen Teilregionen entweder im großregionalen Mittel (Lothringen) oder darunter angesiedelt waren. Dieser Zuwachs beim nominalen BIP verteilt sich jedoch sehr ungleichmäßig über den Betrachtungszeitraum hinweg. In der konjunkturschwachen Phase von 2001 bis 2003 hat die Wirtschaftsleistung der Großregion mit einem durchschnittlichen Plus von lediglich 2,2% pro Jahr nur mäßig zugelegt. Lediglich Luxemburg, das zu den weltweit wirtschaftsstärksten Regionen zählt, erzielte selbst im Konjunkturabschwung noch weit überdurchschnittliche Zuwächse (nominal +5,4% jährlich). Relativ gut behaupten konnten sich in dieser Zeit auch die Wallonie und Lothringen, die mit einem Wachstum von jeweils 2,7% pro Jahr über dem Durchschnitt der Großregion lagen, aber gleichzeitig unter ihrem jeweiligen nationalen Mittel verblieben. Die niedrigsten Raten mit einer durchschnittlichen Veränderung von jeweils nur rund 1% jährlich wiesen die beiden deutschen Regionen aus. Die DG Belgien, für die zum Zeitpunkt der Berichterstellung nur Daten bis 2006 verfügbar waren, bewegte sich weitgehend im großregionalen Mittel (durchschnittlich 2,1% pro Jahr).

Wesentlich günstiger verlief die Entwicklung dagegen ab dem Jahr 2004, das auch weltweit einen deutlichen Konjunkturaufschwung einleitete. Im Zeitraum von 2004 bis 2007 stieg so das nominale BIP in der Großregion um jährlich 4%, wobei das Wirtschaftswachstum in Luxemburg mit einer durchschnittlichen Rate von 8,9% mehr als doppelt so hoch ausfiel. Einen deutlichen Aufwärtstrend in dieser Zeitperiode verzeichnete ebenso das Saarland, das im

interregionalen Vergleich mit einem jährlichen Plus von durchschnittlich 4,5% das zweitbeste Ergebnis erzielte. Auch gegenüber der nationalen Entwicklung hat das Saarland hier wesentlich besser abgeschnitten. Knapp über dem Schnitt der Großregion lag die Wallonie mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 4,2%, während Lothringen, die DG Belgien⁵ und Rheinland-Pfalz darunter lagen. Mit Ausnahme von Luxemburg fiel über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg die Wachstumsdynamik in der Großregion und ihren Teilräumen schwächer aus als im europäischen Mittel.

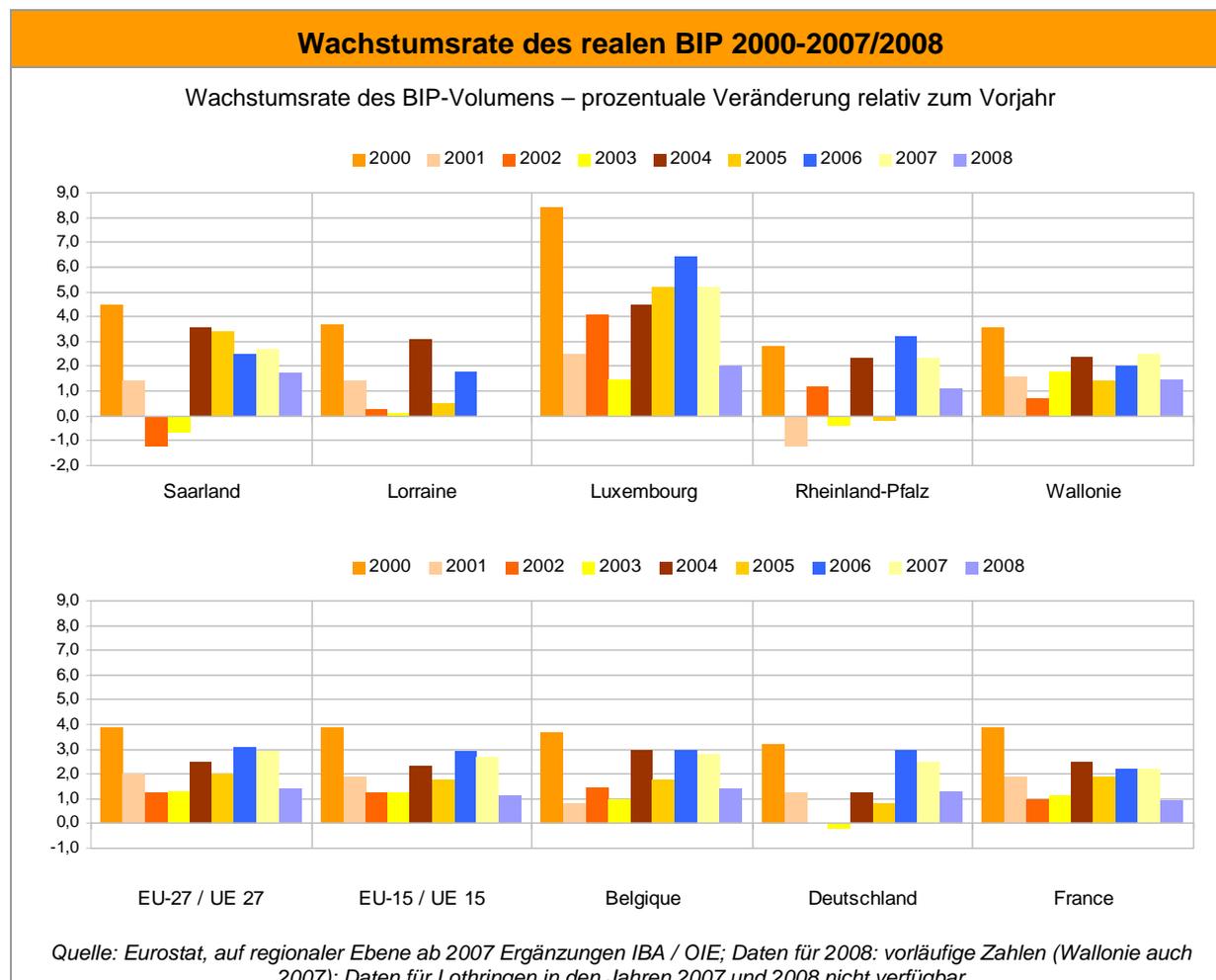


Wachstumsrate des realen BIP: Luxemburg deutlicher Spitzenreiter

Dieses Gesamtbild bestätigt sich weitgehend bei der Betrachtung der realen, d.h. preisbereinigten BIP-Wachstumsraten: Klarer Spitzenreiter ist auch hier **Luxemburg**, dessen Wirtschaft nach Überwindung der konjunkturellen Flaute der Jahre 2001-2003 ab 2004 wieder deutlich expandiert ist. 2006 wurde so insbesondere aufgrund des starken Wachstums der Finanz- und Dienstleistungsbranche erstmals wieder die 6%-Prozentmarke durchbrochen und mit einem Plus von 6,4% das beste Ergebnis seit fünf Jahren erzielt. Dieser positive Trend hielt in 2007 zunächst noch an, verlangsamte sich dann aber in der zweiten Jahreshälfte. Hinter den (hohen) Erwartungen zurück blieb hier insbesondere der luxemburgische Finanzsektor, der als Hauptträger der luxemburgischen Wirtschaftsentwicklung nach drei Jahren überdurchschnittlichen Wachstums im Zuge der einsetzenden weltweiten Finanzmarkturbulenzen wieder etwas an Dynamik einbüßte. Aufgrund des verlangsamten Wachstums in der zweiten Jahreshälfte wurde so auch mit einem realen Zuwachs von 5,2% für das Gesamtjahr 2007 das sehr gute Vorjahresergebnis unterschritten. Im Vergleich zur Entwick-

⁵ Zeitraum zwischen 2004 und 2006.

lung auf europäischer und großregionaler Ebene hat die luxemburgische Wirtschaft gleichwohl auch in 2007 weit überdurchschnittlich abgeschnitten.



Große interregionale Unterschiede der realen BIP-Wachstumsrate

Wie bereits bei der Betrachtung der Veränderungsrate des nominalen BIP hat sich ebenso nach Ausschaltung der Preisveränderungen die **wallonische Wirtschaft** im interregionalen Vergleich nach Luxemburg am günstigsten entwickelt. Insbesondere während der weltweiten Konjunkturflaute 2001-2003, die in den anderen Teilregionen des Kooperationsraums teilweise zu tiefen Einschnitten geführt hat, konnte sich die Wallonie mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 1,4% gut behaupten. Im Jahr 2003 erreichte die belgische Region sogar ein besseres Ergebnis als das Großherzogtum. Auch im Vergleich zur nationalen und innerbelgischen Entwicklung war das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr stärker ausgeprägt. Vom anschließend einsetzenden Konjunkturaufschwung hat die Wallonie dagegen in etwas schwächerem Ausmaß profitiert, so dass die durchschnittliche Wachstumsrate für den Zeitraum 2004 bis 2007 unter dem belgischen Mittel verblieb und die Wallonie sich anders als in den Vorjahren im interregionalen Vergleich nur auf Platz drei hinter Luxemburg und dem Saarland positionieren konnte.

Lothringen und die deutschen Teilregionen weisen im Betrachtungszeitraum innerhalb der Großregion die schwächste Wirtschaftsdynamik auf. Während **Lothringen** zwischen 2001 und 2003 mit einem durchschnittlichen Plus von 0,6% pro Jahr noch deutlich besser ab-

schnitt als die beiden deutschen Regionen, so lagen in den Folgejahren die Zuwachsraten der französischen Region zum Teil deutlich unter denen des Saarlandes. Im Vergleich zu Rheinland-Pfalz konnte lediglich im Aufschwungsjahr 2004 ein höheres Wirtschaftswachstum realisiert werden. In diesem Jahr lag Lothringen auch über dem nationalen Durchschnitt und erreichte im interregionalen Vergleich hinter Luxemburg und dem Saarland mit einem realen Plus von 3,1% den dritten Platz. 2005 schwächte sich das Wirtschaftswachstum jedoch wieder deutlich ab und auch 2006 konnte Lothringen trotz einer spürbaren Belebung nicht mit den anderen Teilregionen Schritt halten.⁶

Deutlich besser stellt sich demgegenüber die wirtschaftliche Situation im **Saarland** dar. Nach den Einbrüchen in 2002 und 2003 erlebte die Saarlwirtschaft in den Folgejahren einen deutlichen Aufschwung. Mit einem realen Plus von jeweils deutlich über 3% erzielte das Saarland in den Jahren 2004 und 2005 im interregionalen Vergleich hinter Luxemburg das zweitbeste Ergebnis und lag damit auch an der Spitze der deutschen Bundesländer. In 2006 schwächte sich die Wirtschaftsleistung allerdings wieder etwas ab und verblieb mit einem Wachstum von 2,5% unter dem Bundesdurchschnitt. Im interregionalen Vergleich konnte sich das Saarland damit aber immer noch im Mittelfeld hinter Luxemburg und Rheinland-Pfalz positionieren. Etwas stärker zugelegt hat die Saarlwirtschaft dann wieder im Jahr 2007 mit einem realen Plus von 2,7%. Wird der gesamte Zeitraum 2004-2007 betrachtet, so lag das Wachstum bei durchschnittlich 3,1% pro Jahr und damit deutlich besser als im europäischen und nationalen Vergleich.

Merklich weniger günstig hat sich demgegenüber die Wirtschaft im benachbarten **Rheinland-Pfalz** entwickelt. Innerhalb der Großregion weist Rheinland-Pfalz in den Jahren 2001 bis 2007 das schwächste Wirtschaftswachstum auf. Ähnlich wie in den anderen Regionen legte die rheinland-pfälzische Wirtschaft nach der Konjunkturflaute im Jahr 2004 wieder deutlich zu. Mit einem realen Plus von 2,3% lag sie auch über dem Bundesdurchschnitt, erreichte im interregionalen Vergleich jedoch nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis. Gegen den Trend schrumpfte dagegen die rheinland-pfälzische Wirtschaft im Jahr 2005, erlebte dann allerdings in 2006 einen beträchtlichen Aufschwung, der mit einem Zuwachs von 3,2% im interregionalen wie nationalen Vergleich überdurchschnittlich ausfiel. Dieses positive Ergebnis konnte in 2007 nicht ganz gehalten werden und die Wachstumsrate lag mit einem Plus von 2,3% sowohl unter den Werten der anderen Regionen als auch unter dem Bundesdurchschnitt.

Reale Wachstumsrate des BIP

- durchschnittliche jährliche Veränderung in % -

	2001-2007	2001-2003	2004-2007
Saarland	1,7	-0,2	3,1
Lorraine* (bis 2006)	1,2	0,6	1,8
Luxembourg	4,2	2,7	5,3
Rheinland-Pfalz	1,0	-0,1	1,9
Wallonie	1,8	1,4	2,1
EU-27 / UE 27	2,1	1,5	2,6
EU-15 / UE 15	2,0	1,4	2,4
Belgique	2,0	1,1	2,7
Deutschland	1,2	0,3	1,9
France	1,8	1,3	2,2

Quelle: Eurostat; auf regionaler Ebene für 2007 Ergänzungen IBA / OIE; Berechnungen IBA / OIE; * für Lothringen Daten nur bis 2006 verfügbar.

⁶ Für Lothringen waren zum Zeitpunkt der Berichterstattung keine Wachstumsraten des realen BIP für 2007 (oder 2008) verfügbar.

Ausblick: Vorläufiges Ende des Wirtschaftsaufschwungs in 2008 infolge der Finanzkrise

Nach mehrjährigem hohem Wachstum verlor die Wirtschaft weltweit bereits im Jahr 2007 an Dynamik. Die im zweiten Halbjahr 2007 durch die Hypothekenkrise in den Vereinigten Staaten ausgelösten Finanzmarkturbulenzen haben in der Folge auch die Weltwirtschaft erfasst und führten in 2008 zu einem vorläufigen Ende des mehrjährigen Wirtschaftsaufschwungs. Spätestens seit Ende 2008 standen alle Indikatoren auf Rezession und aus ganz Europa kamen zum Teil gravierend schlechte Konjunkturdaten. Auch in der Großregion ist die Krise mittlerweile angekommen, wenngleich zum jetzigen Zeitpunkt ihre konkreten Auswirkungen und die weitere Entwicklung für 2009 noch kaum abzuschätzen sind. Alle Teilregionen mussten bereits für 2008 nach einem in der Regel noch vergleichsweise guten ersten Halbjahr ihre Wachstumserwartungen teilweise deutlich nach unten korrigieren. Selbst das wirtschaftsstarke Luxemburg, das etwa in der Krise der Jahre 2001-2003 immer noch Zuwächse verzeichnen konnte, wies im 3. Quartal 2008 nur ein Nullwachstum auf. Bereits im ersten Halbjahr 2008 zeigte sich aufgrund der Entwicklung im Finanzsektor, der im Großherzogtum am stärksten von der Krise betroffen ist, eine merklich verlangsamte Wirtschaftsaktivität. Auf Basis der im Januar 2009 verfügbaren neuesten Daten und Revisionen⁷ rechnet das Großherzogtum derzeit für 2008 insgesamt nur noch mit einem Wachstum um die 1%-Marke. Noch im Dezember 2008 war STATEC von einem Plus in Höhe von 2% ausgegangen.⁸

Deutlicher Einbruch in der Industrie ab Herbst 2008 in allen Teilgebieten der Großregion

Auch in den anderen Teilregionen hat sich die Krise in der realwirtschaftlichen Entwicklung ab Herbst 2008 deutlich niedergeschlagen. Auf Basis der ersten vorläufigen Berechnungen konnten sich insbesondere das Saarland und die Wallonie aufgrund der vergleichsweise guten Ergebnisse im ersten Halbjahr mit einem Gesamtwachstum von 1,7 bzw. 1,5% in 2008 noch relativ gut behaupten und schnitten hier auch besser ab als der jeweilige nationale Durchschnitt. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft erzielte demgegenüber mit einem Plus von 1,1% gegenüber dem Vorjahr einen schwächeren Zuwachs. Daten für Lothringen sind derzeit noch nicht verfügbar. Erste Trends bei den Produktions- und Auftragseingängen zeigen jedoch, dass sich das ohnehin eher raue Konjunkturklima in der französischen Region durch die derzeitige Krise nochmals weiter verschlechtert. In allen Regionen betrifft der Einbruch vor allem die Industrie, die im Jahresabschlussquartal deutliche Rückgänge hinnehmen musste.⁹

Im Saarland kam es etwa ab Oktober zu einem schlagartigen Einbruch von Auftrageingängen, Produktion und Umsatz in den bis dato so robusten industriellen Stützpfählern der Saarländischen Wirtschaft. Von einem Monat zum anderen schrumpften die Indikatoren fast aller wichtigen Branchen um 20 bis über 30%.¹⁰ Besonders stark betroffen ist die Automobil- und Zulieferin-

⁷ Entwicklung bis zum 3. Quartal 2008 einschließlich erster Revisionen für die beiden ersten Quartale.

⁸ Vgl. conjuncture flash, janvier 2009. In der zuvor ausgewiesenen Grafik mit den realen BIP-Wachstumsraten ist für Luxemburg noch der 2%-Wert eingetragen, um eine Verzerrung im Vergleich zur Entwicklung auf europäischer Ebene zu vermeiden.

⁹ Auch die luxemburgische Industrie ist von einem deutlichen Rückgang betroffen, was insbesondere im Automobilbereich – wie in den anderen Regionen auch – zu einem bisher nicht gekannten Ausmaß der Kurzarbeit geführt hat.

¹⁰ Vgl. Presse-Info des Statistischen Amtes Saarland vom 06.02.09.

dustrie, die sich momentan weltweit in der Krise befindet. Beträchtliche Auswirkungen zeigen sich auch an den anderen Automobilstandorten in der Großregion, etwa in Lothringen. Derzeit sind in der französischen Region mehr als 110 Unternehmen mit zusammen 20.000 Arbeitnehmern in der Automobilindustrie tätig. Deutliche Produktions- und Auftragsrückgänge zeigen sich aktuell insbesondere bei den Ausstattern. Aber auch die Hersteller bleiben nicht verschont, wenngleich hier die Entwicklung nicht einheitlich ist: Während wichtige Standorte der lothringischen Automobilindustrie nunmehr verstärkt zur Kurzarbeit greifen (z.B. SOVAB in Batilly, PSA in Tremery und Metz), profitiert hingegen Smart von der Krise und den gestiegenen Ölpreisen. 2008 verzeichnete Smart Rekordzahlen beim weltweiten Absatz und der Auftragsbestand zu Beginn des Jahres 2009 lässt auch ein weiteres erfolgreiches Geschäftsjahr erwarten.

BIP je Einwohner

Bei vergleichenden Analysen regionaler Wirtschaftsentwicklung wird häufig das BIP pro Kopf herangezogen, da Berechnungen auf Basis je Einwohner den Vergleich von Volkswirtschaften und Regionen erheblich unterschiedlicher absoluter Größe ermöglichen. Wird das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt, so werden die Unterschiede der Preisniveaus zwischen den Ländern ausgeschaltet. Das regionale BIP je Einwohner in KKS ist zudem die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der NUTS-Ebene-2-Regionen im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union.

Pendlerströme beim Pro-Kopf-BIP als Einflussgröße berücksichtigen

Gleichwohl ist dieser Indikator nicht ganz unproblematisch und entsprechend vorsichtig zu interpretieren. Zu berücksichtigen ist, dass das BIP je Einwohner in einigen Regionen durch die Pendlerströme erheblich beeinflusst werden kann. Die Nettozahl der Personen, die täglich in diese Regionen pendeln, erhöht die Produktion auf ein Niveau, das von der dort ansässigen Erwerbsbevölkerung alleine nicht erreicht werden könnte. Dies führt dazu, dass das BIP je Einwohner in diesen Regionen überschätzt und in Regionen mit einem negativen Pendlersaldo unterschätzt wird. Das BIP je Einwohner darf daher nicht mit dem Primäreinkommen gleichgesetzt werden. Es kommt hier also auf den Unterschied zwischen Wohn- und Arbeitsort an – ein Faktor, der in der Großregion mit ihrer hohen grenzüberschreitenden Arbeitnehmermobilität besonders bedeutsam ist, insbesondere mit Blick auf Luxemburg und die daran angrenzenden Gebiete.

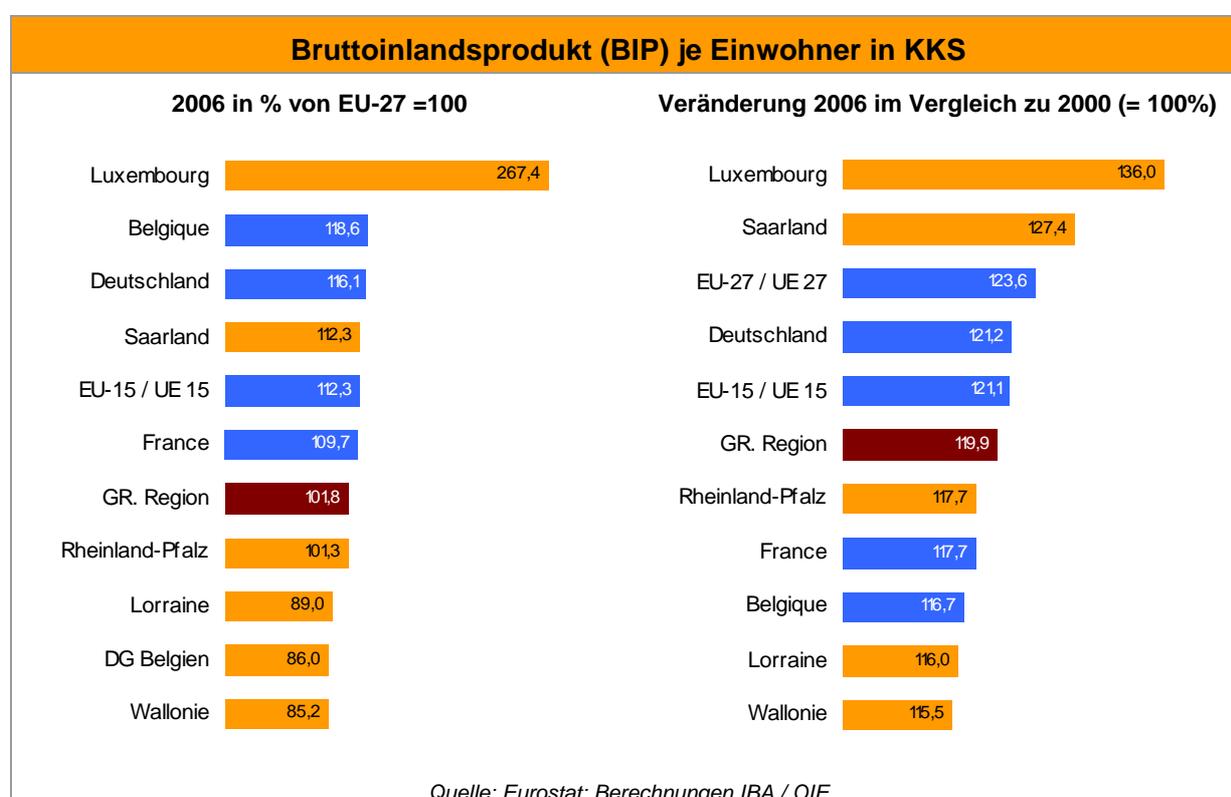
Großregion beim BIP je Einwohner leicht über dem Niveau der EU-27

Das BIP je Einwohner belief sich 2006 in der Großregion auf rund 24.000 KKS – etwas mehr als im Durchschnitt der EU-27 (23.600 KKS). Absoluter Spitzenreiter im Kooperationsraum wie auch im europäischen Ländervergleich ist das wirtschaftsstarke Luxemburg. Ausgedrückt in KKS, womit den relativ hohen Lebenshaltungskosten Rechnung getragen wird, war das Pro-Kopf-BIP im Großherzogtum mit 63.100 KKS rund 2,7-mal so hoch wie im europäischen Mittel. Mit Blick auf anderen Regionen in Europa (NUTS-Ebene 2) erreichte lediglich Inner London mit 79.400 KKS noch höhere Werte. An dritter und vierter Stelle folgen die Hauptstadtregion Brüssel (55.100 KKS) und Hamburg (47.200).¹¹ Allen diesen Regionen

¹¹ Vgl. Eurostat (Hrsg.): Regionales BIP je Einwohner in der EU-27, Pressenotiz 23/2009 vom 19. Februar 2009.

gemeinsam ist der Umstand, dass sie aufgrund ihrer herausgehobenen wirtschaftlichen Bedeutung starke Einpendlerströme zu verzeichnen haben. In Luxemburg machen die Grenzgänger mittlerweile rund 44% der Erwerbstätigen aus.

In allen übrigen Teilgebieten der Großregion fällt demgegenüber das Pro-Kopf-BIP erwartungsgemäß deutlich niedriger aus, wobei das Saarland – ebenfalls eine Einpendlerregion – mit einem 12% über dem EU-Niveau liegenden Wert noch mit Abstand am besten abschneidet. Es folgt Rheinland-Pfalz, das sich weitgehend im Durchschnitt der EU-27 bewegt. Deutlich darunter liegen jedoch Lothringen, die Wallonie und die DG Belgien, deren Pro-Kopf-BIP mehr als 10% niedriger ausfiel als im europäischen Mittel. Alle Teilgebiete erzielten auch im Vergleich zu ihrem jeweiligen nationalen Durchschnitt merklich schlechtere Werte. In der Wallonie gilt dies insbesondere für den vom Strukturwandel stark betroffenen Hennegau, dessen Pro-Kopf-BIP in KKS im Jahr 2006 nur 77% des EU-Niveaus erreichte.



Entwicklungsdynamik in der Großregion insgesamt unter dem EU-Mittel

Betrachtet man die Entwicklungsdynamik des Pro-Kopf-BIP (in KKS), so zeigen sich weitgehend ähnliche Relationen wie beim absoluten Niveau. Für die Großregion insgesamt ist festzuhalten, dass der Zuwachs zwischen 2000 und 2006 deutlich hinter dem europäischen Durchschnitt zurückblieb. Ursächlich hierfür ist der nur mäßige Zuwachs in den bevölkerungsstarken Teilregionen Rheinland-Pfalz, Lothringen und Wallonie.¹² Eine im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Dynamik wiesen dagegen Luxemburg und das Saarland aus, deren BIP je Einwohner (in KKS) seit 2000 um 36 bzw. 27% gestiegen ist.

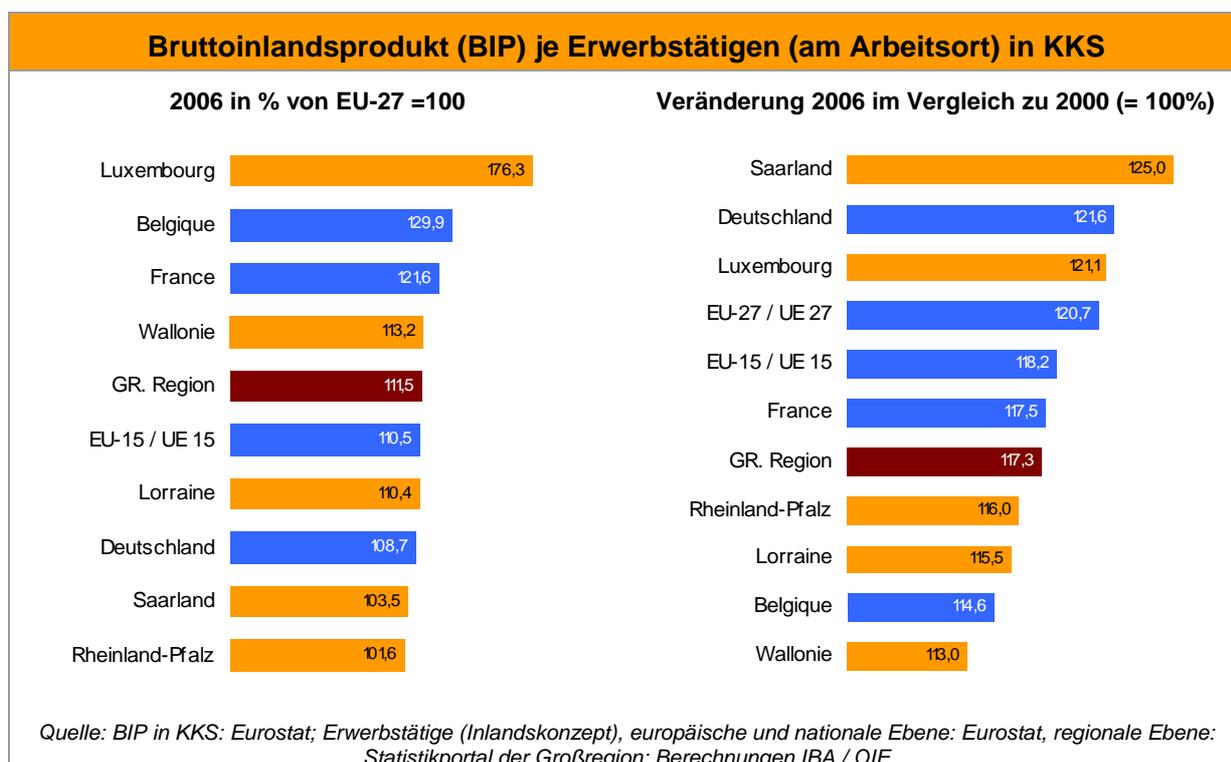
¹² Daten für die DG Belgien erst ab 2004 verfügbar.

BIP je Erwerbstätigen

Ein Indikator, der das BIP nicht in Relation zu Gesamtbevölkerung setzt, sondern in Beziehung zu denjenigen, die es tatsächlich erwirtschaften, ist das BIP je Erwerbstätigen (am Arbeitsort). Diese Größe bleibt somit unbeeinflusst von Pendlerbewegungen und ist daher als Maß für die Wirtschaftsleistung einer Region besser geeignet als das BIP je Einwohner.

BIP je Erwerbstätigen in der Großregion im europäischen Vergleich überdurchschnittlich

In der Großregion lag das BIP je Erwerbstätigen im Jahr 2006 mit einem Wert von 59.000 KKS fast 12% über dem Durchschnitt der EU-27. Spitzenreiter mit einem um 76% höheren Wert ist erneut Luxemburg. Im Großherzogtum wurden 2006 mehr als 93.000 KKS je Erwerbstätigen erwirtschaftet. Mit deutlichem Abstand folgen die Wallonie und Lothringen. Schlusslichter sind die beiden deutschen Teilregionen, deren Wirtschaftsleistung je Beschäftigten nur geringfügig über dem europäischen Mittel liegt. Im Vergleich zum jeweils nationalen Niveau schneiden alle Teilregionen schwächer ab.



Unterschiedlich lange Arbeitszeiten und Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung als Einflussfaktoren

Aber auch bei diesem Indikator gilt es bei der Interpretation Einschränkungen zu berücksichtigen: Gegenüber dem BIP je Einwohner fällt zwar die Verzerrung durch Pendlerströme weg, da die Wirtschaftsleistung einer Region in Bezug zum Faktor Arbeit gesetzt wird. Gleichzeitig bleiben aber die unterschiedlich langen Arbeitszeiten sowie das Ausmaß der Teilzeitbeschäftigung außen vor – Faktoren, die in der Großregion durchaus Unterschiede verzeichnen. In Rheinland-Pfalz und dem Saarland waren 2006 27 bzw. 28% aller Beschäftigten in Teilzeit tätig. In den übrigen Teilregionen, die ein deutlich höheres BIP je Erwerbstätigen aufweisen,

schwankt die Quote dagegen von 17% in Luxemburg über knapp 19% in Lothringen bis hin zu 21% in der Wallonie.

Saarland bei Entwicklung seit 2000 vorne

Interessant ist auch hier wieder der Blick auf die Wachstumsdynamik: Während das Saarland beim Niveauvergleich noch auf dem vorletzten Platz rangierte, so nimmt es bei der Entwicklung nun die führende Position ein: Im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 hat sich das BIP je Erwerbstätigen (in KKS) in der deutschen Teilregion um ein Viertel erhöht – ein Ergebnis, das sowohl über dem nationalen als auch europäischen Durchschnitt liegt. An zweiter Stelle folgt Luxemburg mit einem Zuwachs von etwas über einem Fünftel. Ein demgegenüber nur eher verhaltenes Wachstum weisen Rheinland-Pfalz, Lothringen und die Wallonie auf. Daher erzielte auch die Großregion im Betrachtungszeitraum eine insgesamt schwächer ausgeprägte Entwicklungsdynamik als im europäischen Mittel.

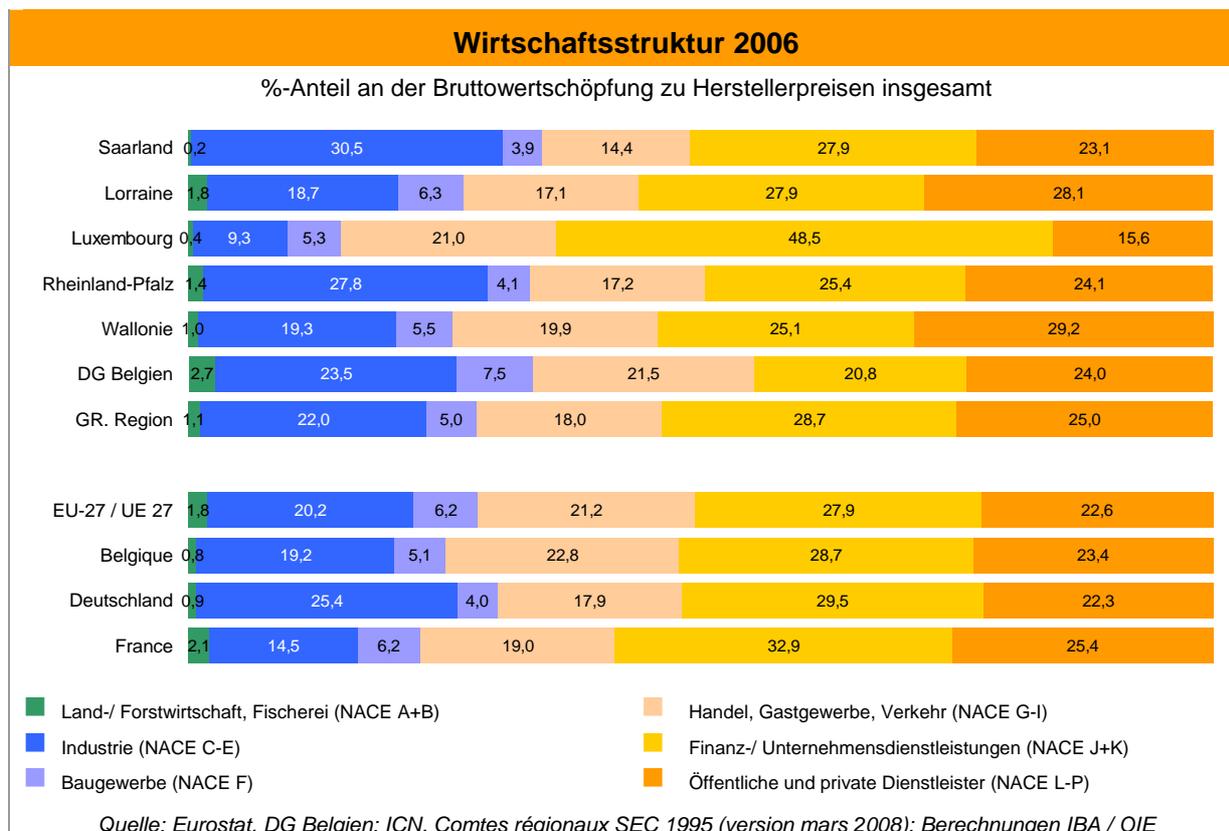
Struktur der Bruttowertschöpfung

Die Struktur der großregionalen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Ehemals dominierende und historisch gewachsene Produktionsbereiche haben infolge einschneidender Strukturkrisen einen massiven Arbeitsplatzabbau vollzogen und sind dabei entweder fast gänzlich von der Bildfläche verschwunden (z.B. der Bergbau) oder wurden durch eine radikale Modernisierung und Produktivitätssteigerung wieder international wettbewerbsfähig gemacht (z.B. die Stahlindustrie). Parallel haben aufstrebende Wirtschaftszweige neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen, die die Verluste der traditionellen Produktionsbereiche weitgehend ausgleichen konnten. Wesentliche Motoren dieser strukturellen Erneuerungen sind vor allem zukunftsweisende Branchen der industriellen Weiterverarbeitung und moderne Dienstleistungsanbieter, die heute das wirtschaftliche Leben im Kooperationsraum bestimmen.

Verteilung der großen Wirtschaftssektoren weitgehend im europäischen Mittel

Im Laufe der vergangenen Dekaden ist so der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes in allen Teilregionen zurückgegangen und im Gegenzug stieg jener der meisten Dienstleistungssektoren. Die Gesamtbruttowertschöpfung in der Großregion, d.h. das BIP abzüglich der Gütersteuern und inklusive der Gütersubventionen, stammt gegenwärtig analog zum EU-Durchschnitt zu rund 72% aus den Dienstleistungsbereichen, die in den vergangenen Jahren auch die kräftigsten Wachstumsimpulse setzten. Tragende Säulen sind mit einem Anteil von zusammen rund 29% vor allem das Finanzwesen und die unternehmensnahen Dienstleistungen. Darunter finden sich wertschöpfungsintensive Branchen, die als wesentliches Element einer wissensbasierten Wirtschaft gelten, zumal sie wichtige Vorleistungsfunktionen für Produktionsunternehmen erbringen und vielfach integraler Bestandteil von Forschung und Entwicklung (FuE) sind. Mit einem Wertschöpfungsanteil von rund einem Viertel nehmen im Kooperationsraum ebenso die öffentlichen und privaten Dienstleister einen großen – und im europäischen Vergleich leicht überdurchschnittlichen – Stellenwert ein, bei gleichzeitig geringeren Anteilen in Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Gegenüber dem Dienstleistungssektor ist der Wertschöpfungsanteil des Produzierenden Gewerbes (inkl. Bau) im Kooperationsraum auf nunmehr 27% gesunken. Im Vergleich zum europäischen

Mittel nimmt die Industrie einen größeren Stellenwert ein, während der Anteil des Baugewerbes niedriger liegt.



Luxemburg mit weit überdurchschnittlichem Dienstleistungsanteil

Aufgrund der weit überdurchschnittlichen Bedeutung des Finanzsektors als wesentlicher Triebfeder des Strukturwandels, in dessen Sog sich weitere wichtige Wachstumspole im tertiären Sektor herausgebildet haben, weist die luxemburgische Wirtschaft innerhalb der Großregion die mit Abstand stärkste Dienstleistungsorientierung auf. Über den großregionalen und auch europäischen Anteilswerten liegt ebenso die Wallonie, wobei hier – ähnlich wie in Lothringen – der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen überrepräsentiert ist. Auch in der eher ländlich und stark mittelständisch geprägten DG Belgien hat der Dienstleistungssektor sein Gewicht für Wertschöpfung und Beschäftigung kontinuierlich gesteigert. Gegenüber der Wallonie insgesamt hat der tertiäre Sektor in der DG Belgien geringere Anteile, während der der Industrie im Vergleich höher ausfällt. Trotz steigender Dienstleistungsanteile ist der Kanton Eupen vorwiegend ein industrieller Produktionsstandort. Dagegen wird die Wirtschaft im südlichen, stark landwirtschaftlich geprägten Kanton St. Vith neben dem Agrar- und Holzsektor vor allem durch den naturnahen Tourismus bestimmt.

Deutsche Teilgebiete mit höchstem Industriebesatz der Großregion

Innerhalb der Großregion am stärksten industriell geprägt sind die beiden deutschen Regionen. Der sekundäre Sektor hatte 2006 im Saarland einen Anteil von 34% und stellte in Rheinland-Pfalz fast 32% der Bruttowertschöpfung. Im interregionalen Vergleich hat dabei in beiden Regionen, insbesondere dem Saarland, die Industrie eine weit überdurchschnittliche Bedeutung für die Wirtschaftsleistung – bei gleichzeitig unterdurchschnittlichen Anteilen des

Baugewerbes. In der Saarwirtschaft dominieren vor allem der Fahrzeugbau und die Metallindustrie. In Rheinland-Pfalz stellt insbesondere die am Rhein konzentrierte chemische Industrie eine tragende Säule des sekundären Sektors dar. Es folgen der Fahrzeugbau, die Metallindustrie und das Ernährungsgewerbe. In Lothringen stellt der sekundäre Sektor rund ein Viertel der Bruttowertschöpfung. Der Beitrag Industrie ist dabei mittlerweile auf derzeit rund 19% gesunken. Im nationalen Vergleich ist ihr Gewicht für die Wirtschaftsleistung der französischen Region aber nach wie vor überdurchschnittlich. In etwa auf gleicher Höhe bewegt sich der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in der Wallonie. Auch hier wurden im Zuge des Strukturwandels sukzessive neue und zusätzliche Standbeine in zukunftsweisenden Produktionsbereichen aufgebaut (z.B. Nahrungsmittelindustrie, Chemie, Metallbe- und -verarbeitung). Dennoch werden die Wirtschaftsleistungen der belgischen Region immer noch stark von den weiterhin rückläufigen Industrien im Bereich Textil, Stahl sowie Be- und Verarbeitung von Steine und Erden bestimmt. Ganz anders die Situation in Luxemburg: Dank der parallel zur Krise von Kohle und Stahl forcierten Diversifizierungspolitik verfügt die luxemburgische Industrie heute über eine zwar wesentlich kleinere, gleichwohl aber breitgefächerte und leistungsfähige industrielle Basis. Neben einer modernisierten und hoch produktiven Stahlindustrie wird sie wesentlich geprägt von Branchen wie Chemie, Maschinen- und Fahrzeugbau, Glas, Keramik, Textilerzeugung oder Lebensmittelproduktion. Der Industrieanteil an der Bruttowertschöpfung beträgt rund 9%.

Illustration des Strukturwandels – Produktivitäts- und Beschäftigungsentwicklung in der Industrie und im Bereich der Finanz-/ Unternehmensdienstleistungen

Stellte die Industrie vor gut zehn Jahren noch den führenden Sektor mit der größten Bruttowertschöpfung dar, haben mittlerweile die Finanz- und Unternehmensdienstleistungen diese Position übernommen. Ihr Beitrag zur gesamten Bruttowertschöpfung betrug 2006 in der Großregion fast 29%, während der Anteil der Industrie auf 22% zurückgegangen ist. Ein anderes Verhältnis zeigt sich dagegen noch beim Beschäftigungsgewicht dieser beiden Wirtschaftssektoren: Mit einem Anteil von 18% an allen Erwerbstätigen hat die Industrie nach wie vor eine höhere Bedeutung für die Gesamtbeschäftigung als die Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, die 2006 knapp 15% der Erwerbstätigen ausmachten. Betrachtet man jedoch die Entwicklung in den vergangenen Jahren, so ist deutlich erkennbar, dass sich diese Relation absehbar ändern wird.

Wachstumsmotor Finanz- und Unternehmensdienstleistungen

Die Finanz- und Unternehmensdienstleistungen haben in der Großregion zwischen 2000 und 2006 mit durchschnittlich 1,8% pro Jahr für die höchsten Zuwächse in der Beschäftigung gesorgt. Dieses Plus fiel dreimal höher aus als das Wachstum der Gesamtbeschäftigung (+0,6%). So wurden in diesem Sektor mehr als 67.000 Arbeitsplätze geschaffen – rund 45% des Gesamtwachstums der Beschäftigung in diesem Zeitraum. Mit jährlich 4,9% war gleichzeitig auch das Wachstum der Bruttowertschöpfung zwischen 2000 und 2006 überdurchschnittlich stark ausgeprägt. Zusammengenommen hat somit dieser Sektor in den letzten Jahren für einen beträchtlichen Anstieg von BWS und Beschäftigung gesorgt und stellt damit in der Großregion wie auch europaweit einen der wichtigsten Wachstumsmotoren dar. Demgegenüber hat die Industrie in diesem Zeitraum bei den Beschäftigten insgesamt einen Rückgang zu verzeichnen, der sich im Durchschnitt auf ein Minus von 1,5% pro Jahr belief.

Das bedeutet einen Verlust von rund 81.500 Arbeitsplätzen in der Großregion. Bei der Bruttowertschöpfung legte die Industrie zwischen 2000 und 2006 um 1,8% pro Jahr zu.

Das für die Großregion gezeichnete Bild wiederholt sich im Wesentlichen auch für die einzelnen Teilregionen. So lag der Zuwachs der Bruttowertschöpfung im Bereich der Finanz- und Unternehmensdienstleistungen fast durchgängig über dem Wachstum der Gesamtwirtschaft und dem des industriellen Sektors. Letzterer hat dagegen in nahezu allen Regionen bei der Bruttowertschöpfung in geringerem Maße zugelegt als die Wirtschaft insgesamt. Eine Ausnahme ist hier das Saarland, wo die Industrie einen weit überdurchschnittlichen Zuwachs von jährlich 4,8% realisieren konnte, der erheblich höher ausfiel als das BWS-Wachstum der Gesamtwirtschaft (+2,5%) und der Finanz- und Unternehmensdienstleistungen (+2%).

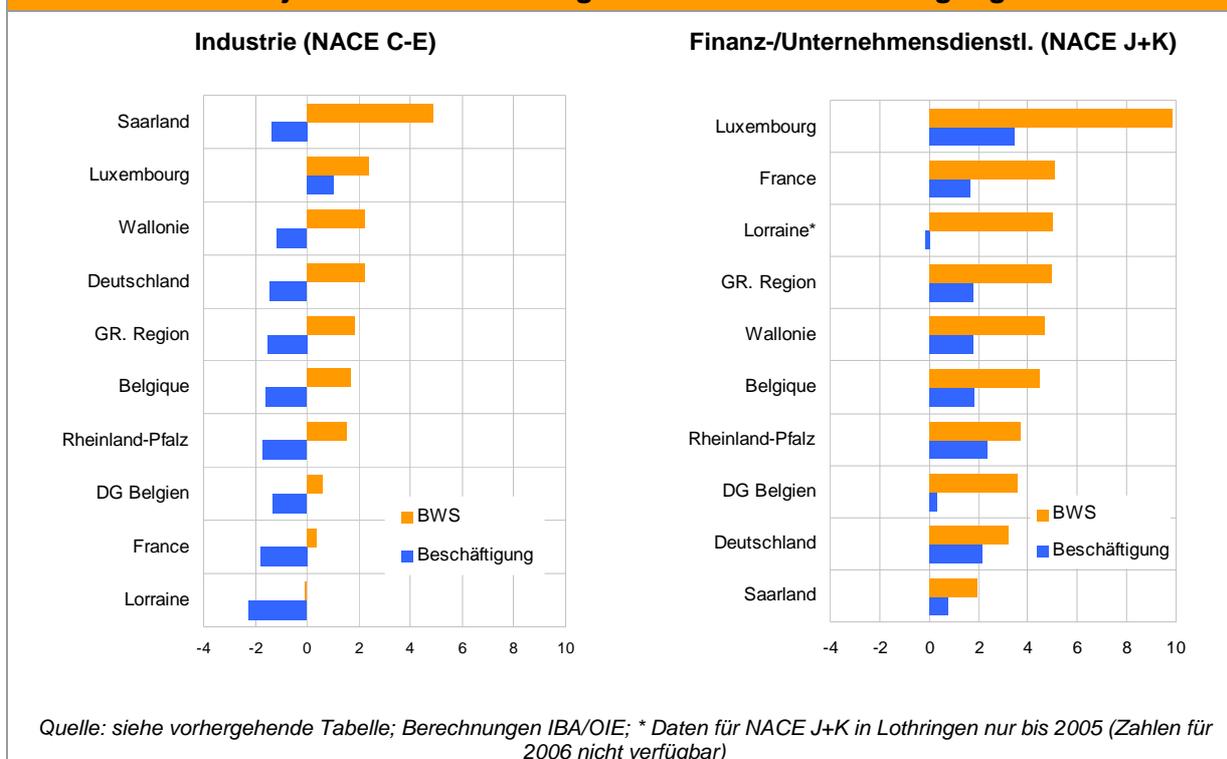
Gesamtveränderung der BWS und der Beschäftigung zwischen 2000 und 2006

- durchschnittliche jährliche Veränderung in % -

	BWS	Erwerbstätige
Saarland	2,5	0,0
Lorraine	2,9	0,1
Luxembourg	7,7	3,2
Rheinland-Pfalz	1,6	0,3
Wallonie	3,8	0,8
DG Belgien	2,6	-0,3
GR. Region	3,1	0,6
Belgique	4,0	0,7
Deutschland	2,0	0,0
France	3,8	0,7

Quelle BWS: Eurostat, DG Belgien: ICN, Comtes régionaux SEC 1995 (version mars 2008; Berechnungen IBA / OIE
 Quelle Beschäftigung (Erwerbstätige, Inlandskonzept): Eurostat (EU, Frankreich und Lothringen) sowie eigene Ergänzungen auf Basis der nationalen / regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (deutsche Regionen: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder); Berechnungen IBA / OIE

Durchschnittliche jährliche Veränderung von BWS und Beschäftigung 2000-2006 in %



Quelle: siehe vorhergehende Tabelle; Berechnungen IBA/OIE; * Daten für NACE J+K in Lothringen nur bis 2005 (Zahlen für 2006 nicht verfügbar)

Ein in der Gesamtstruktur ähnliches Bild zeigt sich bei der Beschäftigungsentwicklung: Während die Finanz- und Unternehmensdienstleistungen in allen Regionen eine teilweise sehr starke Zunahme der Erwerbstätigen verzeichnen konnten, die zudem in der Regel auch deutlich besser ausfiel als die Beschäftigungsentwicklung insgesamt, war die Zahl der Er-

werbstätigen im industriellen Sektor fast durchgängig rückläufig. Ausnahme hier ist Luxemburg, das entgegen dem großregionalen wie auch europäischen Trend im industriellen Sektor zusätzliche Arbeitsplätze schaffen konnte.

Arbeitskosten

Ein viel beachteter und meist sehr kontrovers diskutierter Indikator im Bereich Wirtschaft stellen die Arbeitskosten dar. Sie sind ein wichtiger Bestandteil der Produktionskosten für Waren und Dienstleistungen und geraten daher immer wieder in den Fokus von Debatten um die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten, vor allem in den Hochlohnländern Westeuropas. Bei einer isolierten Betrachtungsweise wird aber häufig vergessen, dass für die Standortwahl eines Betriebes die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit sicherlich eine relevante, nicht aber alleine ausschlaggebende Größe darstellen. Gerade unter Wettbewerbsgesichtspunkten sind Kriterien wie Produktivität, das Vorhandensein von gut ausgebildeten Fachkräften, Steuerbedingungen oder das jeweilige Infrastrukturangebot von mindestens gleichwertiger Bedeutung. Gute Arbeit kostet gutes Geld. In den Arbeitskosten von Ländern und Regionen spiegelt sich also letztendlich die dahinter stehende Produktivität wider. Hohe Arbeitskosten stehen daher vor allem für eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft und moderne Produktionstechnologie.

Begriffsdefinition „Arbeitskosten“

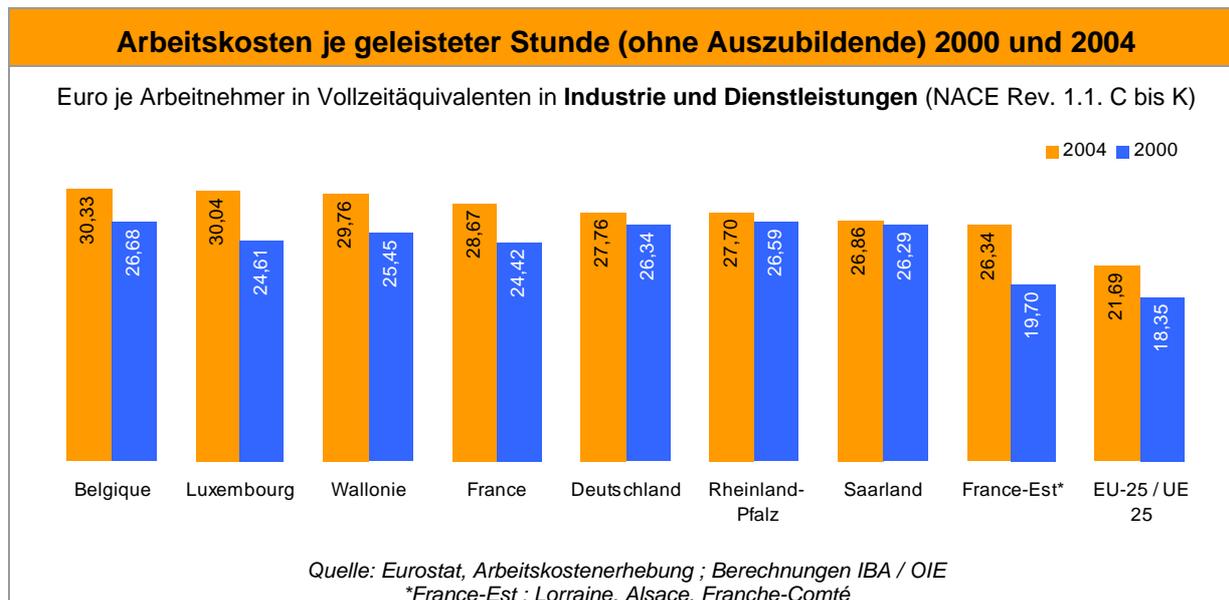
Der Begriff Arbeitskosten umfasst die Gesamtheit aller von den von den Arbeitgebern in Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen. Dazu gehören das Arbeitnehmerentgelt mit den Löhnen und Gehältern in Form von Geld- oder Sachleistungen und den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber, die Kosten der beruflichen Bildung, sonstige Aufwendungen (wie Einstellungskosten und Ausgaben für Arbeitskleidung) sowie als Arbeitskosten geltende Steuern abzüglich erhaltener Subventionen. Die Quelle für die Informationen über die regionalen Arbeitskosten bis hinunter auf die NUTS-1-Ebene ist die Arbeitskostenerhebung der EU. Diese Erhebung wird alle vier Jahre durchgeführt und umfasst in ihrer Grundgesamtheit alle Unternehmen mit mindestens zehn Arbeitnehmern.

Deutliche Angleichung der Arbeitskostenniveaus innerhalb der Großregion

In den einzelnen Teilgebieten der Großregion bewegte sich im Jahr 2004 die durchschnittliche Höhe der Arbeitskosten je geleisteter Stunde in der Privatwirtschaft (Produzierendes Gewerbe und marktfähige Dienstleistungen, NACE Rev, 1.1 C-K) in einer Bandbreite von 26,34 Euro in France-Est¹³ bis hin zu 30,04 Euro in Luxemburg. Der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Durchschnittsarbeitskosten belief sich in diesem Jahr somit auf ganze 3,7 Euro je Stunde. Im Jahr 2000 war dieser dagegen mit 6,99 Euro je Stunde noch fast doppelt so hoch. Zwischen den einzelnen Teilgebieten der Großregion ist somit in der Gesamtschau eine deutliche Angleichung festzustellen. Dies bestätigt sich auch bei Betrachtung der relativen Veränderung zwischen 2000 und 2004: Danach sind die Arbeitskosten in der französischen Region France-Est zwischen 2000 und 2004 um rund ein Drittel gestiegen, während die beiden deutschen Regionen, die zur Jahrtausendwende noch die

¹³ France-Est: Lothringen, Elsaß und Franche-Comté. Da die EU-Arbeitskräfteerhebung nur bis auf NUTS-1-Ebene durchgeführt wird, sind keine separaten Daten für Lothringen (NUTS 2) verfügbar.

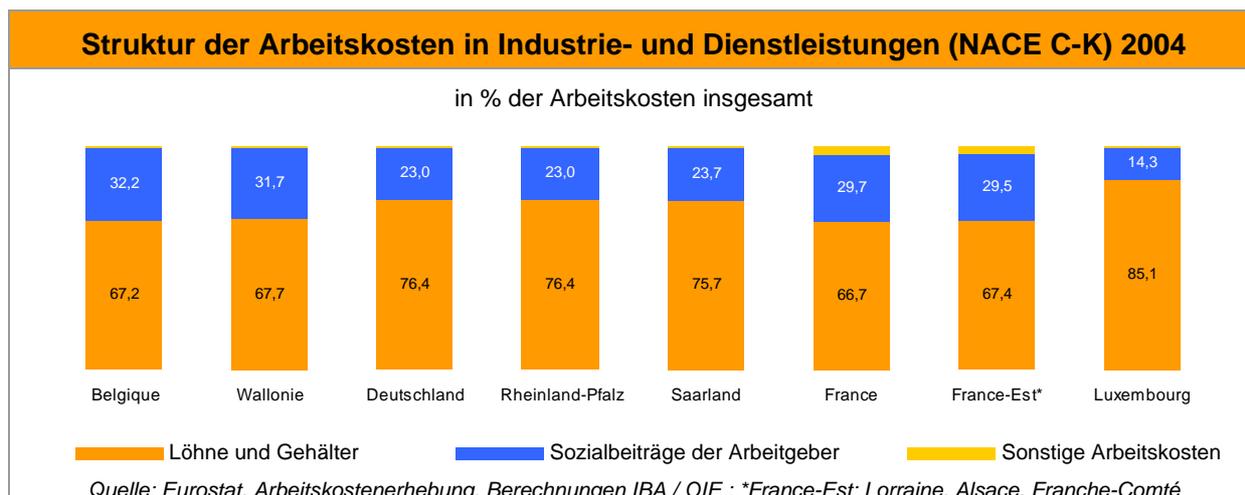
relativ höchsten Arbeitskosten je Stunde aufwiesen, nur Zuwächse zwischen 2,2% (Saarland) und 4,2% (Rheinland-Pfalz) verzeichnen.



Die Höhe der hier ausgewiesenen Arbeitskosten für die Privatwirtschaft insgesamt ist aber nur sehr bedingt aussagekräftig, da zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen beträchtliche Unterschiede bestehen. Über alle Regionen hinweg sind sie mit Abstand am höchsten im Kredit- und Versicherungsgewerbe und am geringsten im Handel. Die jeweilige regionale Wirtschaftsstruktur und der Beitrag der einzelnen Sektoren zu Bruttowertschöpfung und Beschäftigung beeinflussen daher naturgemäß sehr stark das Niveau der Arbeitskosten insgesamt. Zudem ist es von Bedeutung zu wissen, ob die hinsichtlich der Arbeitskostenhöhe betrachteten Regionen eher wissens-, kapital- oder arbeitsintensive Wirtschaftsbereiche beherbergen.

Struktur der Arbeitskosten

Bei der Beurteilung von Arbeitskostenniveaus ist darüber hinaus die jeweilige Struktur der Arbeitskosten zu berücksichtigen. Die Bruttoverdienste machen zwar den größten Anteil der Arbeitskosten aus. Dazu kommen aber noch die so genannten Lohnnebenkosten, die zum größten Teil die Aufwendungen der Arbeitgeber zur Finanzierung des Sozialschutzes der Arbeitnehmer umfassen. In der Struktur der Arbeitskosten spiegelt sich somit die unterschiedliche Ausgestaltung der jeweiligen nationalen Gesetzgebungen und Sozialversicherungsmodelle wider. Im Jahr 2004 waren die Sozialbeiträge der Arbeitgeber mit einem Anteil von 31,7% an den Arbeitskosten insgesamt am höchsten in der Wallonie, dicht gefolgt von France-Est mit 29,5%. Erheblich niedriger fallen dagegen diese Anteilswerte in den deutschen Regionen sowie insbesondere in Luxemburg aus.



2.2 Wissenschaft, Technologie und Innovation

Angesichts des fortschreitenden Strukturwandels hin zu einer wissensbasierten Wirtschaft nimmt die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie stetig zu. Neue Technologien, qualifizierte Arbeitskräfte und eine ausgeprägte Innovationsfähigkeit stellen wesentliche Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit dar und sind gleichzeitig Indikatoren für die Wandlungs- und Erneuerungsfähigkeit der Wirtschaft. Der Europäische Rat hat so auch im März 2005 Wissen und Innovation für Wachstum zu einem der drei Haupt-Aktionsbereiche im Rahmen der erneuerten Lissabon-Strategie erklärt und Wissenschaft, Technik und Innovation in den Mittelpunkt von EU-Politik, EU-Finanzierung und Wirtschaft gestellt.

Auf europäischer Ebene wurde zur statistischen Erfassung und Messung von Innovations- und Technologiepotentialen ein umfangreiches Set an Indikatoren entwickelt, die jährlich erhoben und aktualisiert werden. Ein (kleinerer) Teil dieser Indikatoren ist in harmonisierter Form auch auf regionaler Ebene verfügbar, wodurch zumindest hinsichtlich einiger Eckdaten interregionale Vergleiche möglich sind. Für die Großregion und ihre Teilräume geschieht dies nachfolgend – jeweils auch im Vergleich zum europäischen Durchschnitt – anhand von Daten zu Forschung und Entwicklung, zu den Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie sowie zur Beschäftigung in Hochtechnologiesektoren und wissensintensiven Dienstleistungen. Gleichwohl bleibt anzumerken, dass sich das Innovationspotential einer Region sicherlich nicht in einigen wenigen Messziffern ausdrücken lässt, sondern immer Ergebnis des komplexen Zusammenspiels einer Vielzahl von Faktoren darstellt. Die nachfolgenden Ergebnisse zeigen somit nur einen Ausschnitt aus dem komplexen Innovationsgefüge.

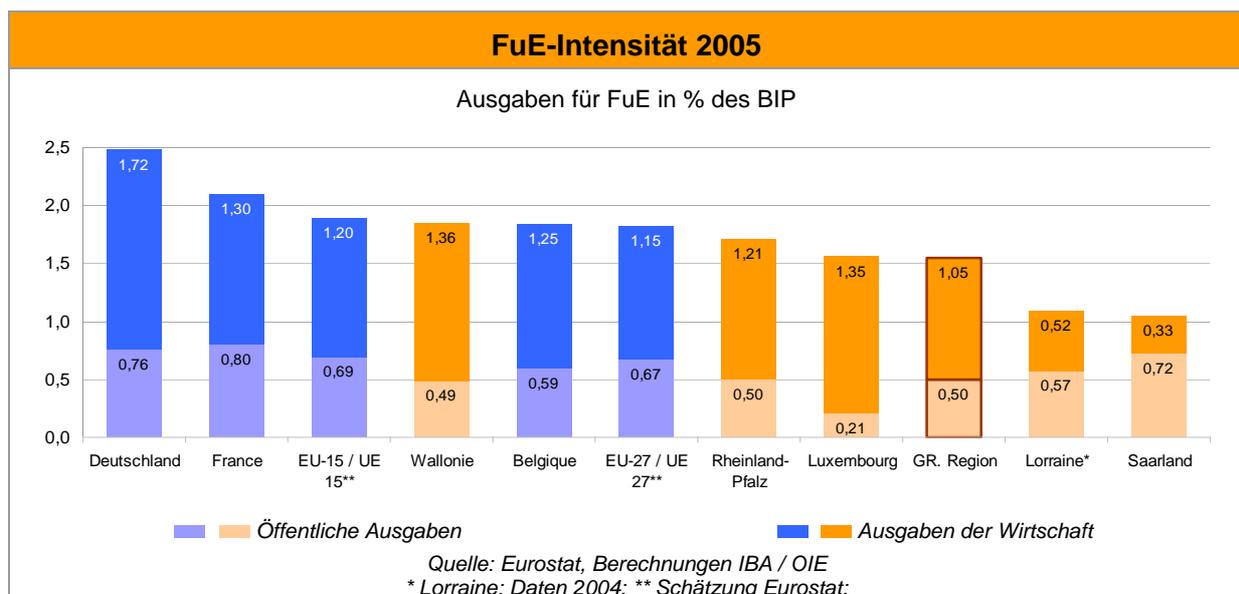
Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) werden allgemein als zentrale Indikatoren zur Beschreibung der Innovationsorientierung einer Volkswirtschaft herangezogen. Zu unterscheiden ist dabei zwischen dem öffentlich finanzierten Sektor und den FuE-Aufwendungen der Wirtschaft. Letztere gelten als wesentlicher Bestandteil des Entwicklungspotentials von Regionen und als eine maßgebliche Bestimmungsgröße regionaler Wettbewerbsfä-

higkeit. Im Rahmen der Lissabon-Strategie hat sich die EU so auch zum Ziel gesetzt, den Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahr 2010 auf 3% zu steigern, wovon die Wirtschaft zwei Drittel und der öffentliche Sektor ein Drittel beisteuern soll.

Keine Fortschritte bei der Erhöhung der FuE-Intensität in den letzten Jahren

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung beliefen sich in der Großregion im Jahr 2005 auf 1,55% des Bruttoinlandsprodukts – merklich weniger als im europäischen Mittel (EU-27: 1,82%; EU-15: 1,89%). Gegenüber 2003 ist damit im Kooperationsraum wie auch in Europa eine Stagnation bzw. sogar ein leichter Rückgang der Bruttoinlandsaufwendungen für FuE zu verzeichnen, wodurch auch der Abstand zwischen der Großregion und dem im weltweiten Vergleich ohnehin eher niedrigen EU-Durchschnitt unverändert blieb. Um das in der Lissabon-Strategie für 2010 gesteckte 3%-Ziel noch erreichen zu können, müsste somit die FuE-Intensität innerhalb von fünf Jahren fast verdoppelt werden. Eine Erhöhung des Ausgabenniveaus ist insbesondere im Wirtschaftssektor erforderlich, dessen FuE-Anteil am BIP in der Großregion mit derzeit 1,05% etwas hinter den Ergebnissen von 2003 (1,11%) zurückfiel. Weitgehend unverändert blieb demgegenüber der Anteil des öffentlichen Sektors, der sich auch im Jahr 2005 auf 0,5% belief.



Weiterhin großes Gefälle in der FuE-Intensität zwischen den Regionen

Auch die Entwicklungen in den einzelnen Teilgebieten des Kooperationsraums folgen dem großregionalen und europaweiten Trend. D.h. im Vergleich zu 2003 war überall das Ausgabenniveau des öffentlichen und auch des privatwirtschaftlichen Sektors entweder unverändert oder hat sich leicht rückläufig entwickelt. Damit blieben auch die großen Unterschiede in der Forschungsintensität der Teilregionen bestehen. Auffallend ist hier insbesondere das große Gefälle zwischen der Wallonie, Rheinland-Pfalz und Luxemburg einerseits sowie dem Saarland und Lothringen andererseits. Nicht nur die Gesamtaufwendungen für FuE variieren deutlich zwischen diesen beiden Gruppen, sondern ebenso die jeweiligen Anteile der öffentlichen und privatwirtschaftlichen Sektoren. Während die relativ hohen FuE-Anteile am BIP in der Wallonie, in Rheinland-Pfalz und dem Großherzogtum vorwiegend auf die Forschungsaktivitäten der Unternehmen zurückgehen, ist im Saarland und in Lothringen der FuE-Beitrag

des öffentlichen Sektors vergleichsweise hoch – bei weit unterdurchschnittlichen Aktivitäten der Privatwirtschaft. Auch im Verhältnis zum jeweiligen nationalen Durchschnitt zeigen beide Regionen eine insgesamt nur sehr schwach ausgeprägte FuE-Intensität. In diesem Ergebnis dürfte sich nicht zuletzt auch ein struktureller Aspekt niederschlagen: In beiden Regionen haben gerade im industriellen Bereich Großunternehmen nach wie vor ein hohes Gewicht für Wirtschaft und Beschäftigung. Allerdings handelt es sich in vielen Fällen um Produktionsstätten und Tochterbetriebe weltweit agierender Konzerne mit Stammsitz außerhalb der Großregion – und dort findet in der Regel auch ein Großteil der FuE-Aktivitäten statt.

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik

Hochqualifizierte Arbeitskräfte sind das Fundament von Forschung und Innovation. Sie sind somit ein entscheidender Faktor, um die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes oder einer Region zu erhalten bzw. vor allem in qualitativer Hinsicht weiter zu entwickeln. Dies erfordert einerseits gute Ausbildungsmöglichkeiten und andererseits Arbeitsplätze, an denen das erworbene Wissen eingesetzt werden kann. Als wichtiger Indikator in diesem Zusammenhang gelten die Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie (HRST).¹⁴ Hierzu gehören alle Personen, die über einen Hochschulabschluss verfügen und/oder in einem wissenschaftlichen oder technischen Beruf beschäftigt sind, für den ein solcher Abschluss üblicherweise gefordert wird. Dieser Indikator umfasst somit alle Arbeitskräfte, die aufgrund ihrer Ausbildung oder Berufstätigkeit mit der Entstehung, Verbreitung und Anwendung von wissenschaftlichem und technologischem Wissen zu tun haben. Die Daten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung, beziehen sich also auf den Wohn- und nicht auf den Arbeitsort.

HRST-Anteil in der Großregion über dem europäischen Niveau, bei allerdings geringerer Entwicklungsdynamik

Die regionale Ausstattung mit Humanressourcen in Wissenschaft und Technik wird so auch häufig als aussagekräftiger Indikator für das Wachstum(spotential) der wissensbasierten Wirtschaft betrachtet. Gemessen an der Erwerbsbevölkerung im Alter zwischen 15 und 74 Jahren verfügt die Großregion hier über eine durchaus zufriedenstellende Ausgangsposition: Mit einem Anteil von 39,4% im Jahr 2007 lag der Kooperationsraum über dem europäischen Niveau von 37,1%.

Differenziert nach den einzelnen HRST-Untergruppen¹⁵ zeigt sich jedoch, dass die Großregion lediglich bei den Humanressourcen mit einem wissenschaftlich-technischen Bildungsabschluss (HRSTE) Werte über dem europäischen Niveau erreicht. Unterdurchschnittlich ausgeprägt sind demgegenüber die Anteile bei

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) und ihre Untergruppen

- Anteil an der Erwerbsbevölkerung (15-74 Jahre) in % -

HRST und Untergruppen	GR. Region		EU-27 / UE 27	
	2007	Veränderung 2000-2007 in %-Punkten	2007	Veränderung 2000-2007 in %-Punkten
HRST	39,4	3,2	37,1	5,3
HRSTE	28,4	3,5	25,2	4,7
HRSTO	26,2	1,9	27,7	3,5
HRSTC	15,3	2,2	15,9	2,9

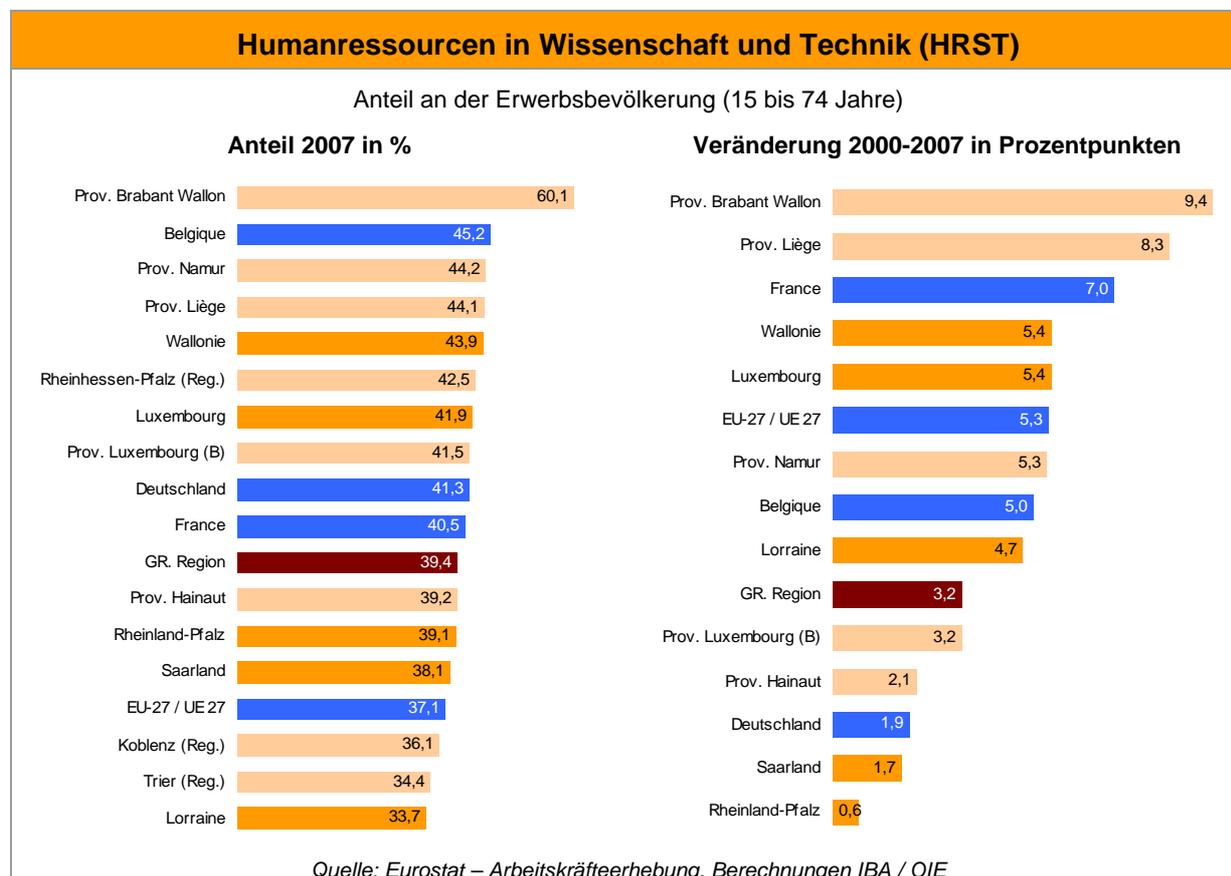
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen IBA / OIE

den Arbeitskräften mit wissenschaftlich-technischer Berufstätigkeit (HRSTO) sowie beim HRST-Kernbestand, d.h. bei den Personen, die über einen Tertiärabschluss verfügen und

¹⁴ HRST – Human Resources in Science and Technology.

¹⁵ Zur genauen Begriffsdefinition vgl. die methodischen Anmerkungen im Anhang.

gleichzeitig auch in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind. Merklich unter dem Mittel der EU-27 liegt die Großregion ebenso bei der Entwicklungsdynamik: Während der Anteil der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik europaweit seit dem Jahr 2000 um 5,3 Prozentpunkte gestiegen ist, fiel der Zuwachs in der Großregion mit einem Plus von 3,2 Prozentpunkten sichtlich niedriger aus – ein Trend, der sich in der Grundtendenz ebenso bei den einzelnen HRST-Untergruppen verzeichnen lässt.



Regionale Verteilung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik sehr ungleichmäßig

Innerhalb der Großregion zeigen sich bei der Verteilung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik große Unterschiede. Mit Anteilen von knapp 44 bzw. 42% weisen die Wallonie und Luxemburg¹⁶ eine im interregionalen Vergleich überdurchschnittliche Konzentration von hoch Qualifizierten auf. Beide Regionen haben hier gleichzeitig seit 2000 mit einem Plus von jeweils 5,4 Prozentpunkten am stärksten zugelegt. Die deutschen Teilgebiete und vor allem Lothringen lagen dagegen merklich unter diesen Ergebnissen. Anders als in der französischen Region ist zudem in Rheinland-Pfalz und im Saarland in den vergangenen Jahren eine nur sehr mäßige Entwicklungsdynamik zu verzeichnen. Eine sehr ungleichmäßige Verteilung der Humanressourcen in Wissenschaft und Technologie lässt sich darüber

¹⁶ Luxemburg zeigt dabei im europäischen Ländervergleich eine auffallende Besonderheit: Bezogen auf die Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen (am Wohnort) waren 2006 im Großherzogtum fast die Hälfte (46%) der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik ausländische Staatsangehörige. In Europa insgesamt waren es dagegen gerade mal 6%. Auch die Schweiz, die den zweitgrößten Anteil an ausländischen Staatsangehörigen aufweist, erreicht noch nicht einmal die Hälfte des luxemburgischen Anteils (vgl. Eurostat (Hrsg.): Wie mobil sind hochqualifizierte Humanressourcen in Wissenschaft und Technik? Reihe „Statistik kurz gefasst“, Nr. 75/2007).

hinaus innerhalb von Rheinland-Pfalz¹⁷ und der Wallonie feststellen, für die auch auf Ebene der ehemaligen Regierungsbezirke sowie der Provinzen Daten verfügbar sind. In der deutschen Region ist so die HRST-Konzentration in Rheinhessen-Pfalz, wo sich insbesondere entlang des Rheins wichtige wirtschaftliche Schwerpunkte des Landes befinden, deutlich höher als in den Regionen Koblenz und Trier, die sogar hinter dem europäischen Durchschnitt zurückbleiben. Noch ausgeprägter gestalten sich die regionalen Unterschiede in der Wallonie: Den mit Abstand höchsten HRST-Anteil weist Wallonisch Brabant auf, wo rund 60% der Bevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren über einen Tertiärabschluss verfügen und/oder in einem wissenschaftlichen oder technischen Beruf tätig sind. Damit gehört die wallonische Provinz, die im unmittelbaren Einflussbereich der angrenzenden Metropolregion Brüssel liegt und Standort einer großen Universität ist, auch europaweit zu den führenden Regionen. Mit Anteilen von jeweils rund 44% erreichen auch die Provinzen Namur und Lüttich überdurchschnittlich hohe Werte. Belgisch Luxemburg sowie insbesondere der Hennegau fallen demgegenüber zurück.

¹⁷ Bei den NUTS-2-Regionen in Rheinland-Pfalz weist Eurostat für die Jahre 2000 und 2001 keine Daten aus, so dass hier die Entwicklungsdynamik nicht dargestellt werden konnte.

Hochtechnologiesektoren und wissensintensiven Dienstleistungen

Von besonderer Bedeutung für Wachstum und Innovation sind die Hochtechnologiesektoren der wissensintensiven Dienstleistungen und des Verarbeitenden Gewerbes, die zusammenfassend als „High-Tech-Branchen“ bezeichnet werden.¹⁸ Zu den wissensintensiven Dienstleistungen gehören dabei die Teilsektoren „Nachrichtenübermittlung“, „Datenverarbeitung und Datenbanken“ sowie „Forschung und Entwicklung“. Die Hochtechnologiebereiche des Verarbeitenden Gewerbes umfassen die Herstellung chemischer Erzeugnisse, der Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen.¹⁹

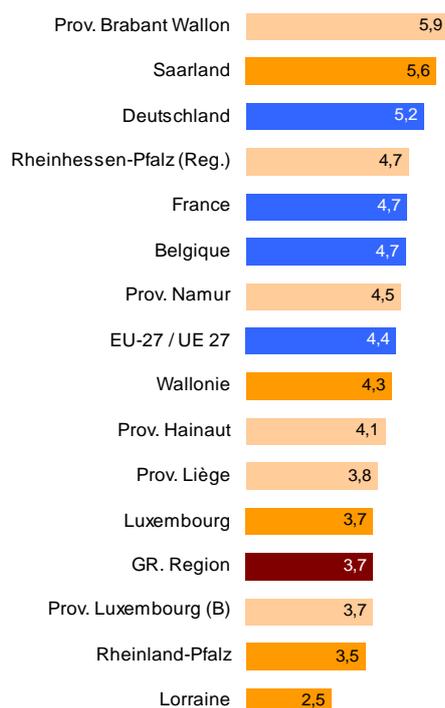
Anteil der High-Tech-Beschäftigten in der Großregion etwas unter dem europäischen Mittel

Im Jahr 2007 entfielen in der Großregion auf diese so genannten High-Tech-Branchen zusammen 3,7% aller Arbeitskräfte – etwas weniger als im Schnitt der EU-27, die hier 4,4% ausweist. Einen im interregionalen wie europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil erreicht dabei das Saarland, wo 5,6% der Arbeitskräfte in Hochtechnologiesektoren tätig sind. Alle übrigen Teilgebiete der Großregion liegen dagegen unter dem europäischen Mittel, wobei insbesondere Rheinland-Pfalz und Lothringen mit Werten von 3,5 bzw. 2,5% merklich abfallen.²⁰ In Rheinland-Pfalz ebenso wie in der Wallonie

werden dabei allerdings auf Ebene NUTS-2 wieder deutliche Unterschiede sichtbar. So erreicht in der deutschen Region wie schon bei den Humanressourcen in Wissenschaft und Technik der ehemalige Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz erneut weit überdurchschnittliche Ergebnisse.²¹ Gleiches gilt für die Provinz Wallonisch Brabant, die abermals klar an der Spitze der hier betrachteten Regionen und Länder liegt.

Beschäftigung in den High-Tech-Branchen insgesamt im Jahr 2007

Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %



Quelle: Eurostat, Daten aus versch. amtl. Quellen (Arbeitskräfteerhebung, Statistiken über die Unternehmensstruktur etc.)

¹⁸ Aggregate zur Hochtechnologie oder zu den wissensbasierten Dienstleistungen sind in der Regel über die FuE-Intensität definiert, die als Verhältnis aus FuE-Ausgaben für den entsprechenden Wirtschaftszweig und seiner Wertschöpfung berechnet wird. Die Wirtschaftsindikatoren sind dabei aus der strukturellen Unternehmensstatistik abgeleitet; die Beschäftigtendaten stammen aus der Arbeitskräfteerhebung.

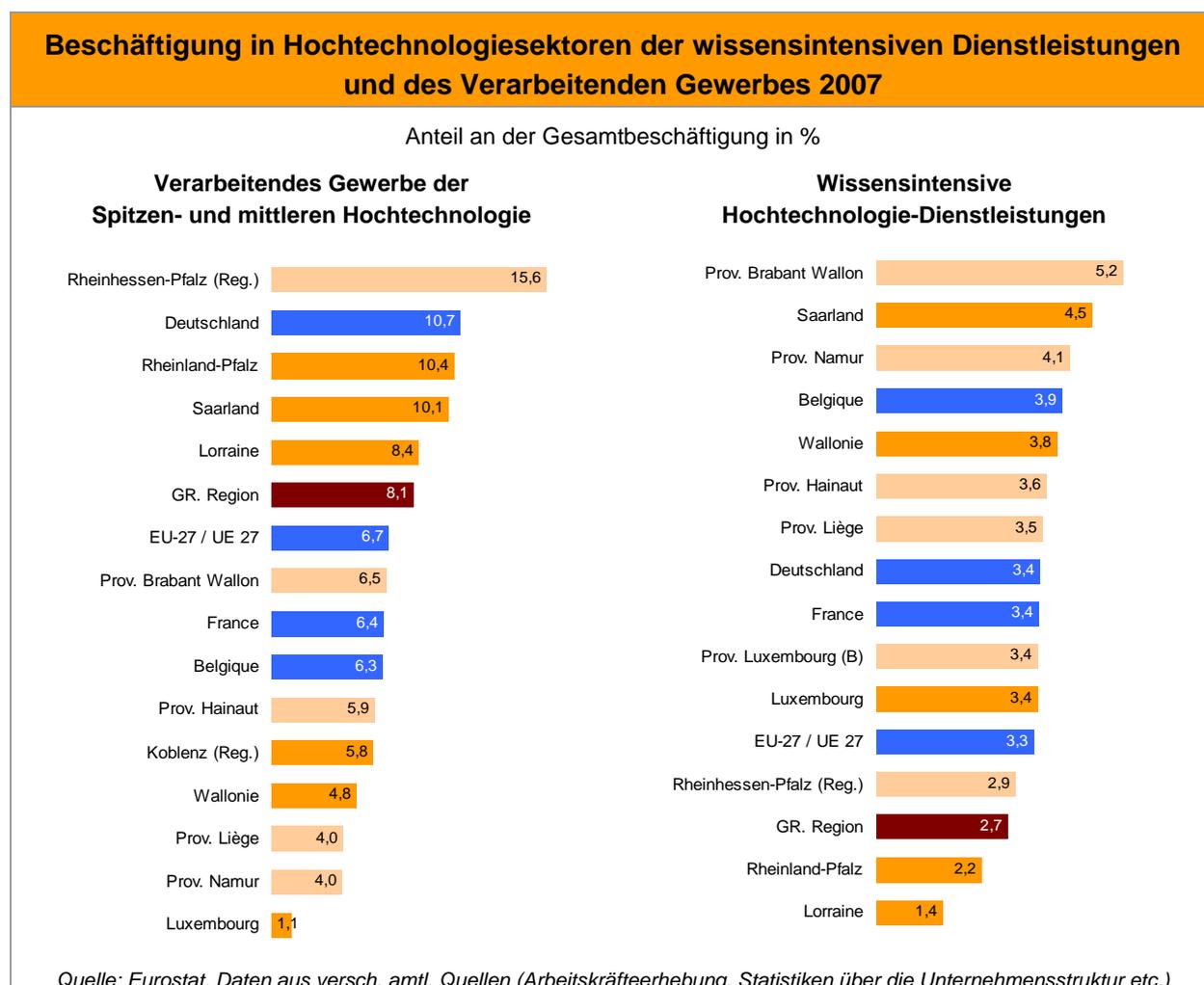
¹⁹ Zu den einzelnen Untergliederungen gemäß der NACE-Systematik vgl. ausführlich die methodischen Anmerkungen im Anhang.

²⁰ Mit Blick auf Luxemburg muss berücksichtigt werden, dass sich die Daten nur auf die Inländerbeschäftigung ohne Grenzgänger beziehen.

²¹ Daten für die Regionen Trier und Koblenz nicht verfügbar.

Deutliche Unterschiede bei der Einzelbetrachtung der beiden High-Tech-Sektoren

In der Einzelbetrachtung der beiden Hochtechnologie-Sektoren zeigen sich dagegen für die Großregion insgesamt wie auch für die einzelnen Teilgebiete im interregionalen und europäischen Vergleich geänderte Rangfolgen. So liegt die Großregion beim Beschäftigtenanteil in den Hochtechnologiebereichen des Verarbeitenden Gewerbes mit derzeit 8,1% deutlich über dem Durchschnitt der EU-27 (6,7%). Zurückzuführen ist dies auf die hohen Werte in Rheinland-Pfalz, im Saarland und in Lothringen, die sich hier aufgrund ihrer stärker industriell geprägten Wirtschaftsstruktur in der Spitzengruppe wiederfinden. Ausschlaggebend dürfte hier hauptsächlich das hohe Gewicht der Automobil- und Zulieferindustrie sein. Insbesondere in Rheinland-Pfalz kommt die chemische Industrie hinzu, die den bedeutendsten Wirtschaftszweig des Landes ausmacht und vor allem entlang des Rheins konzentriert ist. Daraus erklärt sich auch der überdurchschnittlich ausgeprägte Beschäftigtenanteil in der Region Rheinhessen-Pfalz, die beim Verarbeitenden Gewerbe der Spitzen- und mittleren Hochtechnologie die mit Abstand führende Position einnimmt.



Eine geänderte Rangfolge der Regionen des Kooperationsraums ergibt sich ebenso in der gesonderten Betrachtung der wissensintensiven Hochtechnologie-Dienstleistungen. Einzige Ausnahme ist hier das Saarland, das in beiden Listen in der Spitzengruppe auftaucht. Der mit derzeit 4,5% auch im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohe Beschäftigtenanteil in den wissensintensiven Hochtechnologie-Dienstleistungen dürfte dabei vor allem auf

die Informatik und die Nanotechnologie zurückzuführen sein, wo das Saarland in Forschung wie Anwendung über ausgewiesene Kompetenzen und Schwerpunkte verfügt. Aufgeschlossen haben hier jedoch auch die Wallonie und Luxemburg, die mit Anteilen von 3,8 bzw. 3,4% im Bereich der High-Tech-Dienstleistungen ebenfalls über dem europäischen und großregionalen Durchschnitt rangieren. Rheinland-Pfalz und Lothringen liegen demgegenüber mit 2,2 bzw. 1,4% merklich darunter.

3. Beschäftigung und Arbeitsmarkt

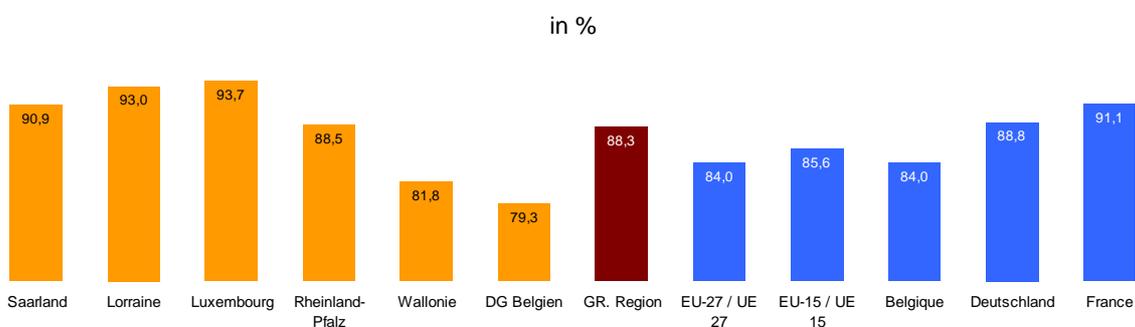
3.1 Stand und Entwicklung der Beschäftigung

3.1.1 Erwerbstätige und Arbeitnehmer (am Arbeitsort)

Große Unterschiede beim Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen

In der Großregion gingen im Jahr 2006 rund 4,6 Millionen Menschen einer Erwerbstätigkeit nach, das sind 2,1% aller Erwerbstätigen der EU-27. Rund 88% aller Erwerbstätigen im Kooperationsraum hatten dabei den Status eines Arbeitnehmers, d.h. sie waren abhängig beschäftigt.²² Auf europäischer Ebene lag dieser Anteil mit 84% (EU-27) bzw. rund 86% (EU-15) etwas niedriger. Innerhalb der Großregion zeigen sich hier jedoch deutliche Unterschiede: In Luxemburg und Lothringen zählten 2006 rund 94 bzw. 93% der Beschäftigten zu den Lohnempfängern. Das Saarland und Rheinland-Pfalz bewegten sich mit Werten von rund 91 bzw. 89% leicht über dem Mittel der Großregion. Deutlich darunter lagen jedoch die Wallonie und die DG Belgien, wo nur 82 bzw. 79% aller Erwerbstätigen abhängig beschäftigt waren. Das heißt im Umkehrschluss, dass insbesondere in der DG Belgien die Selbständigenquote im Vergleich zu den übrigen Teilgebieten überdurchschnittlich hoch ausfällt. Eine Erklärung hierfür dürfte in der spezifischen Wirtschaftsstruktur mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Klein- und Kleinstunternehmen begründet sein. Gleichzeitig könnte eine Rolle spielen, dass in der DG Belgien aufgrund der hohen Grenzgängerquote deutlich mehr Arbeitnehmer wohnen als tatsächlich dort arbeiten.

Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen (am Arbeitsort) insgesamt 2006



Berechnungen IBA / OIE, Datenquellen:

Erwerbstätige: Statistikportal der Großregion (und eigene Aktualisierungen) / Eurostat, ESVG95 (EU und nationale Ebene)
Arbeitnehmer am Arbeitsort:

Saarland / Rheinland-Pfalz: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Berechnungsstand: August 2008)

Lorraine: INSEE - Estimations d'emploi, Berechnungsstand: Mai 2008

Luxembourg: STATEC, Comptes nationaux

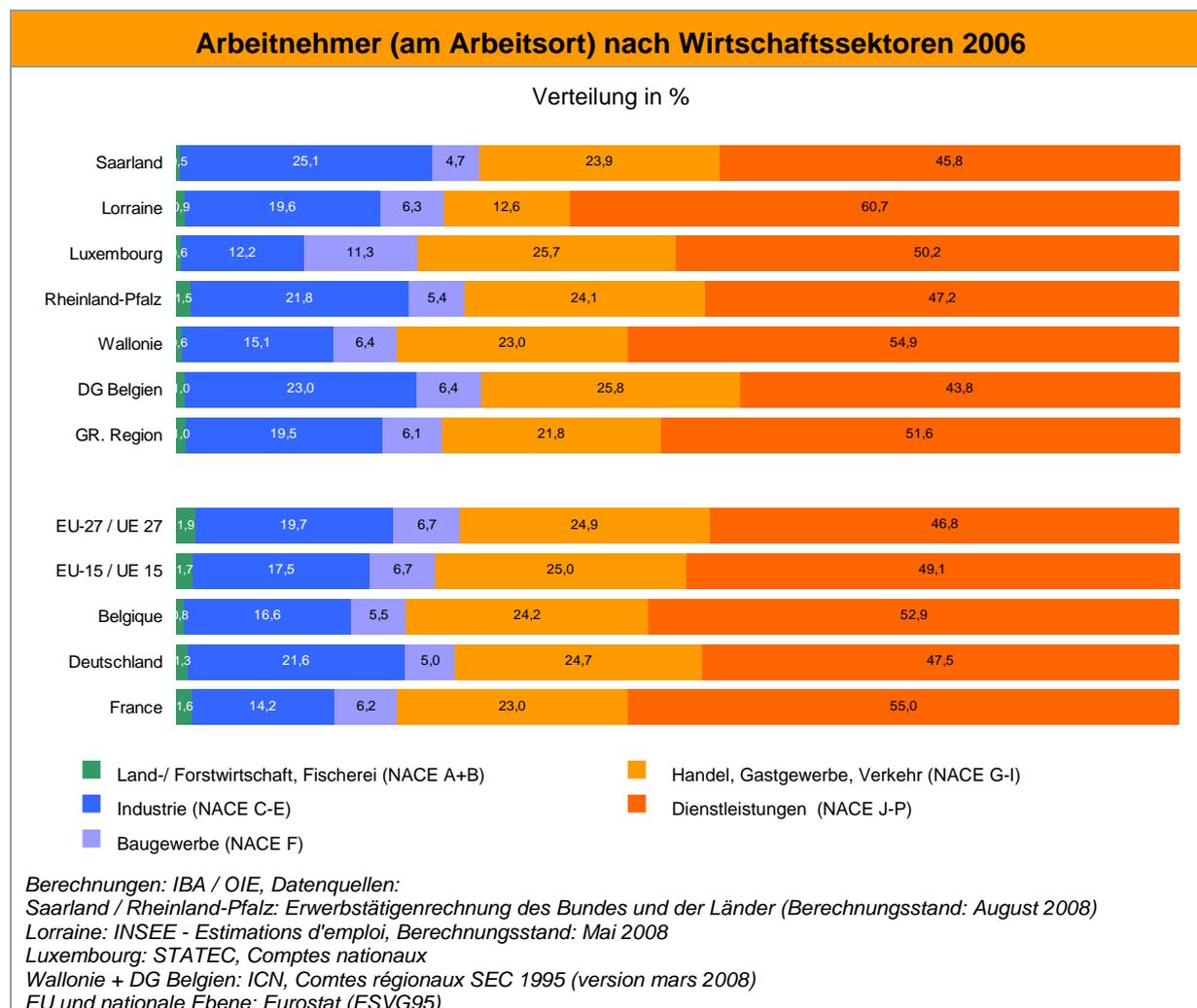
Wallonie + DG Belgien: ICN, Comptes régionaux SEC 1995 (version mars 2008)

EU und nationale Ebene: Eurostat (ESVG95)

²² Als Erwerbstätige am Arbeitsort gelten Selbständige und abhängig Beschäftigte, die in der betreffenden Region arbeiten, unabhängig von ihrem Wohnsitz. Arbeitnehmer am Arbeitsort sind definiert als Personen, die für einen öffentlichen oder privaten Arbeitgeber arbeiten und dafür Lohn, Gehalt, Gratifikationen, Leistungslohn oder Naturleistungen erhalten. Auch Berufssoldaten gelten als Arbeitnehmer.

Schlüsselbranche Dienstleistungen

Auf der Ebene der Großregion hat in den vergangenen Dekaden die Bedeutung des Dienstleistungssektors weiter zugenommen. Im Jahr 2006 war über die Hälfte der Arbeitnehmerschaft in diesen Branchen (51,6%) tätig – mehr als im gesamteuropäischen Durchschnitt (EU-27 46,8% und EU-15 49,1%). Auch der Sektor Handel, Gastgewerbe, Verkehr liegt im Kooperationsraum mit einem Anteil von 21,8% inzwischen vor der Industrie (19,5%).

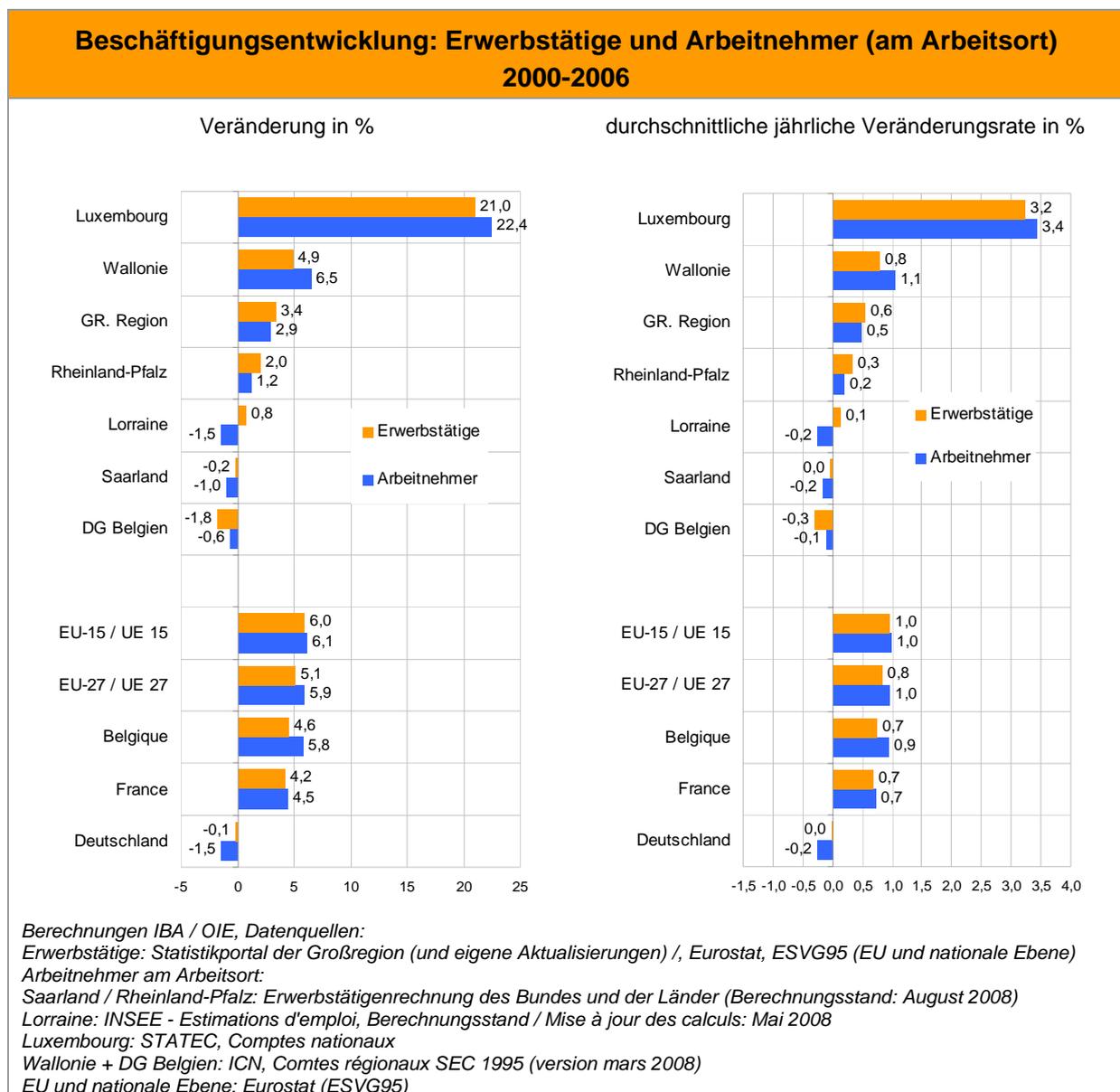


In den Teilregionen sind die Wirtschaftssectoren unterschiedlicher verteilt. Lothringen weist im interregionalen Vergleich ein überproportional hohes Gewicht der Dienstleistungen auf: Gut 60% aller Arbeitnehmer sind in diesen Branchen beschäftigt. Unterdurchschnittliche Anteile zeigt dagegen der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (12,6%). Auch die Wallonie bewegt sich bei den Dienstleistungen (54,9%) über dem großregionalen Mittel. Auffällig ist hier der große Unterschied zur DG Belgien, die in diesen Branchen den niedrigsten Wert aller Teilregionen im Kooperationsraum ausweist (43,8%). Deutlich höher als in der Wallonie ist demgegenüber in der DG Belgien das Gewicht der Industrie, die sich vorrangig im nördlichen Kanton Eupen konzentriert. Trotz eines andauernden Arbeitsplatzabbaus weisen insbesondere das Saarland (25,1%), aber auch Rheinland-Pfalz (21,6%) einen im interregionalen und europäischen Vergleich nach wie vor hohen Anteil der Industriebeschäftigung aus. Im Gegensatz dazu hat Luxemburg mit 12,2% und die Wallonie mit 15,1% den mit Abstand geringsten Anteil zu verzeichnen. Im Baugewerbe sind die Werte mit etwas mehr als 6%

nahezu gleich verteilt. Ausnahmen bilden hier nur das Saarland (4,7%) und Luxemburg (11,3%).

Beschäftigungsentwicklung in der Großregion schwächer als auf europäischer Ebene

Im Zeitraum zwischen 2000 und 2006 verlief die Beschäftigungsentwicklung in der Großregion sowohl bei den Erwerbstätigen insgesamt (+3,4%) als auch bei den Arbeitnehmern (+2,9%) schwächer als im Durchschnitt der EU-27 (+5,1 bzw. +5,9%). Zudem konnten auf europäischer Ebene die Arbeitnehmer vom Beschäftigungsaufschwung stärker profitieren. Innerhalb der Großregion ist die positive wirtschaftliche Entwicklung besonders in Luxemburg beschäftigungswirksam, denn hier kann mit einem Plus von 21% bei den Erwerbstätigen und 22,4% bei den Arbeitnehmern der mit Abstand größte Zuwachs verzeichnet werden. Die Ausnahmestellung des Großherzogtums wird noch deutlicher im interregionalen und europäischen Vergleich: Die Werte betragen etwa das Sechsfache der Großregion und etwa das Vierfache der EU-27.



Über dem Schnitt der Großregion liegt sonst nur noch die Wallonie mit einem Zuwachs von 4,9% bei den Erwerbstätigen und 6,5% bei den Arbeitnehmern. In Rheinland-Pfalz hat sich die Zahl der Erwerbstätigen um 2% und die der Arbeitnehmer um 1,2% erhöht. Lothringen, das Saarland und die DG Belgien weisen demgegenüber zwischen 2000 und 2006 eine negative Beschäftigungsentwicklung auf. In Lothringen ist lediglich bei den Erwerbstätigen insgesamt mäßiger Anstieg zu verzeichnen, während die Arbeitnehmerbeschäftigung merklich rückläufig ist. In der DG Belgien²³ und im Saarland weisen beide Gruppen im Betrachtungszeitraum ein Minus auf. Die guten Wirtschaftsergebnisse haben sich an der Saar erst ab 2007 in einem deutlichen Beschäftigungsanstieg niedergeschlagen.

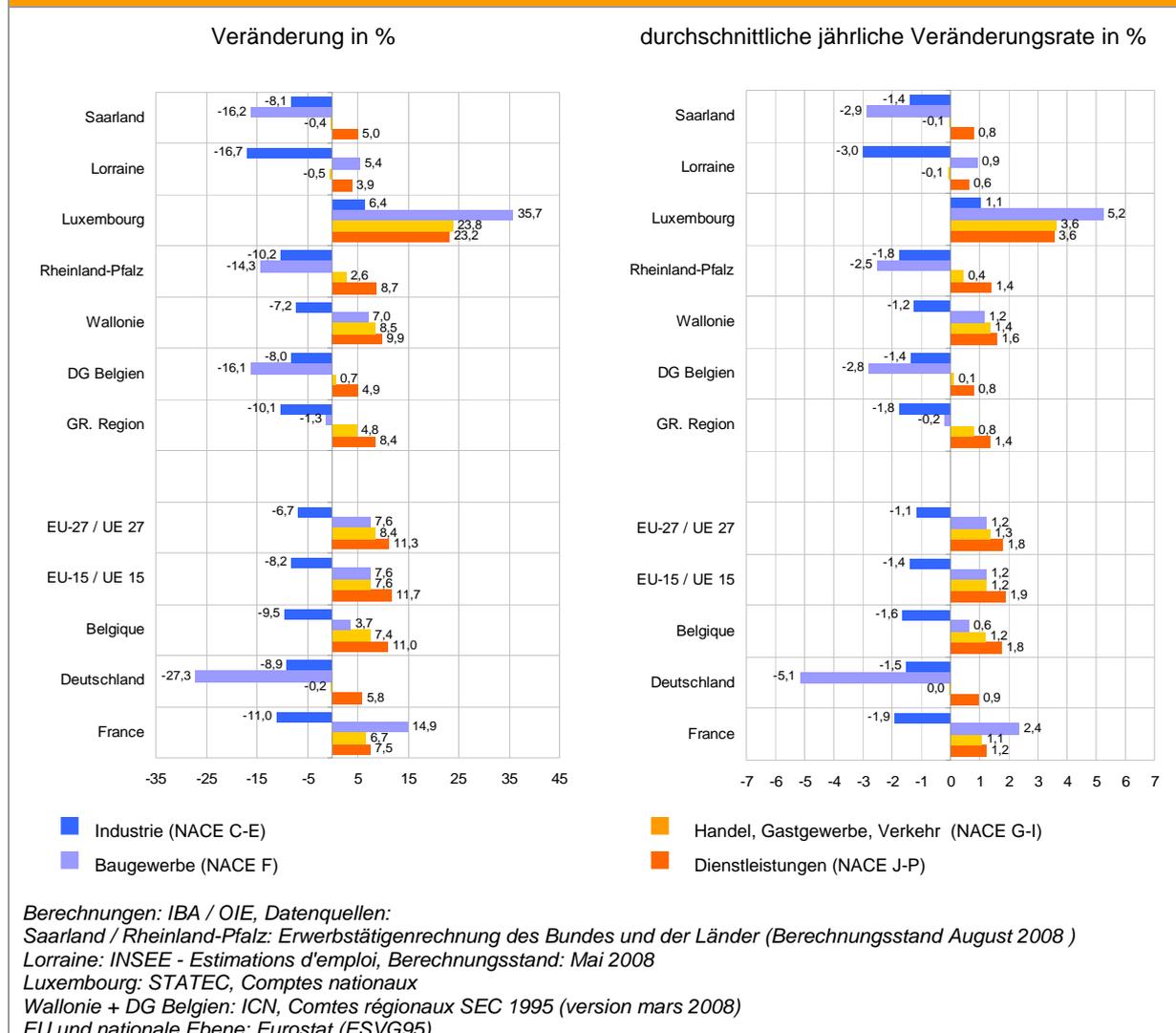
Trend zu steigender Bedeutung des Dienstleistungssektors hält an

Der in den letzten Jahrzehnten anhaltende Trend des Übergangs von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich auch im Zeitraum von 2000 bis 2006 unvermindert fortgesetzt. Auf der Ebene der Großregion steht einem deutlichen Beschäftigungsrückgang in der Industrie (-10,1%) und dem Baugewerbe (-1,3%) eine Zunahme im Handel, Gastgewerbe und Verkehr (4,8%) und in den Dienstleistungen (8,4%) gegenüber.

Als einzige Teilregion verzeichnet Luxemburg in allen Branchen ein durchgängig positives und im interregionalen wie europäischen Vergleich weit überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum. Die größten Unterschiede treten im Baugewerbe zutage, denn während im Saarland (-16,2%) und in Rheinland-Pfalz (-14,3%) die Beschäftigung erheblich zurück ging, belief sich der Zuwachs in Luxemburg auf 35,7%. Auch beim Handel und den Dienstleistungen wird die Ausnahmestellung des Großherzogtums mit Steigerungsraten von über 23% deutlich, wobei hier wiederum der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen eine herausragende Rolle spielt. Aufgrund des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs sind von 2004-2006 die beobachteten Abnahmen im Produzierenden Gewerbe und im Bau moderater und die Zuwächse im Handel und bei den Dienstleistungen proportional höher ausgefallen als im Zeitraum zwischen 2000 und 2003.

²³ Bei der DG Belgien muss berücksichtigt werden, dass die hier für den interregionalen Vergleich verwendeten Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stammen, die gegenüber den vom Arbeitsamt der DG verwendeten Daten auf Basis von ONSS in den letzten Jahren gegensätzliche Entwicklungen aufweisen. Letztere sind zwar auch Grundlage der Berechnungen im Rahmen der VGR des ICN, allerdings werden abweichende Methodiken angewandt. Das ICN weist einen Jahresdurchschnitt auf Basis von Quartalsdaten aus, während die ONSS Stichtagsdaten verwendet. Zudem korrigiert das ICN die Werte um die geschätzte Schwarzarbeit und lässt auch die Beschäftigung in lokalen Arbeitsagenturen sowie Studentendarbeit in die Berechnungen einfließen.

Entwicklung der Arbeitnehmerbeschäftigung (am Arbeitsort) nach Wirtschaftssektoren 2000 bis 2006



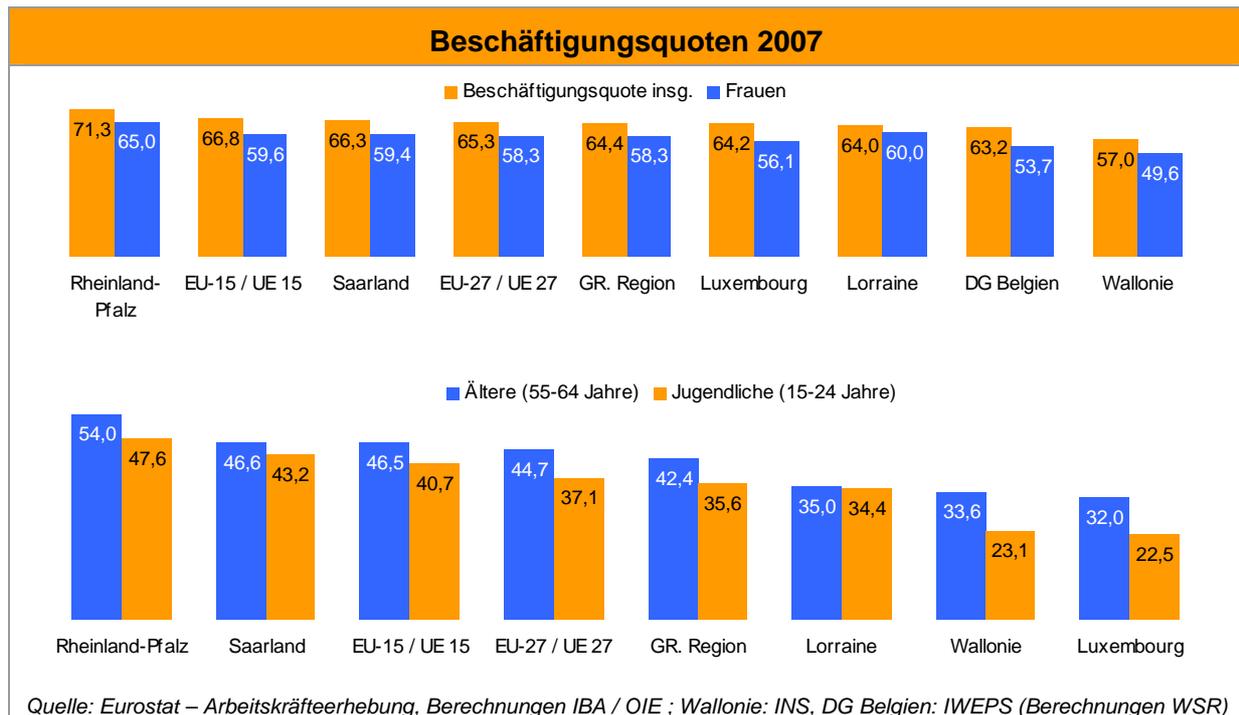
3.1.2 Beschäftigungsquote

In der vom europäischen Rat beschlossenen Beschäftigungsstrategie sind für das Jahr 2010 feste Ziele gesetzt worden. So soll die Gesamtbeschäftigungsquote, die den Anteil der Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Erwerbsbevölkerung im gleichen Alter misst, einen Wert von 70% erreichen. Im gleichen Zeitraum wird eine Erhöhung der Beschäftigungsquote für Frauen auf 60% und für ältere Arbeitnehmer auf 50% angestrebt. Der insgesamt nur mäßige Beschäftigungszuwachs in der EU seit 2001 hat den Prozess der Umsetzung jedoch verlangsamt. Angesichts der eher verhaltenen Aussichten auf einen stärkeren Beschäftigungszuwachs in naher Zukunft werden die Ziele von Lissabon und Stockholm bis 2010 nicht überall erreicht werden.

Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion in 2007 auf 64,4% angestiegen

Die Gesamtbeschäftigungsquote in der Großregion hat im Jahr 2007 einen Wert von 64,4% erreicht, bleibt damit aber unter dem gesamteuropäischen Niveau der EU-27 (65,3%) und

der EU-15 (66,8%). Etwa gleichauf liegen Luxemburg (64,2%) und Lothringen (64%), wohingegen deutliche Unterschiede zwischen der Wallonie (63,2%) und der DG Belgien (57%) bestehen. Der ohnehin große Abstand zwischen der belgischen Teilregion und Rheinland-Pfalz, das mit 71,3% die höchste Quote erreicht, hat sich seit 2005 noch weiter auf 14,3% ausgedehnt. In den deutschen Regionen konnte im Zeitraum 2000-2007 mit einem Plus von jeweils 5,3 Prozentpunkten der größte Zuwachs aller Gebiete verzeichnet werden. Während Rheinland-Pfalz damit als erste Teilregion das Ziel von Lissabon bereits erreicht hat und das Saarland sich mit einer Quote von derzeit 66,3% auf gutem Wege befindet, ist die 70%-Marke für die DG Belgien und die Wallonie kaum noch zu erreichen.



Sehr dynamische Entwicklung bei der Beschäftigung von Frauen – Lissabon-Ziele teilweise schon erreicht

Durchweg positive Entwicklungen sind bei der Beschäftigungsquote der Frauen²⁴ zu verzeichnen. In der Großregion insgesamt fiel der Anstieg mit einem Plus von 5,9 Prozentpunkten seit dem Jahr 2000 doppelt so hoch aus wie bei der Gesamtbeschäftigung. 2007 erreichte die Beschäftigungsquote von Frauen so einen Wert von 58,3%. Damit liegt sie genau im Mittel der EU-27 und in greifbarer Nähe zum Lissabon-Ziel von 60%. Innerhalb der Großregion haben Rheinland-Pfalz und Lothringen mit einer weiblichen Beschäftigungsquote von 65 bzw. 60% die Zielvorgabe bereits erreicht. Auch das Saarland befindet sich mit einem Wert von derzeit 59,4% auf einem guten Weg. Alle drei Teilregionen konnten seit 2000 Zuwächse von über jeweils 7 Prozentpunkten realisieren. Ein wichtiger Schritt ist auch Luxemburg mit einem Anstieg um 6,1 Prozentpunkte auf 56,1% und der DG Belgien mit 6,3 Prozentpunkten auf 53,7% gelungen. Etwas abgeschlagen ist demgegenüber die Wallonie, die aufgrund der im interregionalen Vergleich nur unterdurchschnittlichen Zunahme in den letzten Jahren noch eine Lücke von 10,4% zum Lissabon-Ziel aufweist.

²⁴ In diesem Zusammenhang sollte berücksichtigt werden, dass in der Beschäftigungsquote jede Tätigkeit ab der ersten Arbeitsstunde einfließt, d. h. auch alle Formen geringfügiger oder niedrig entlohnter Tätigkeit.

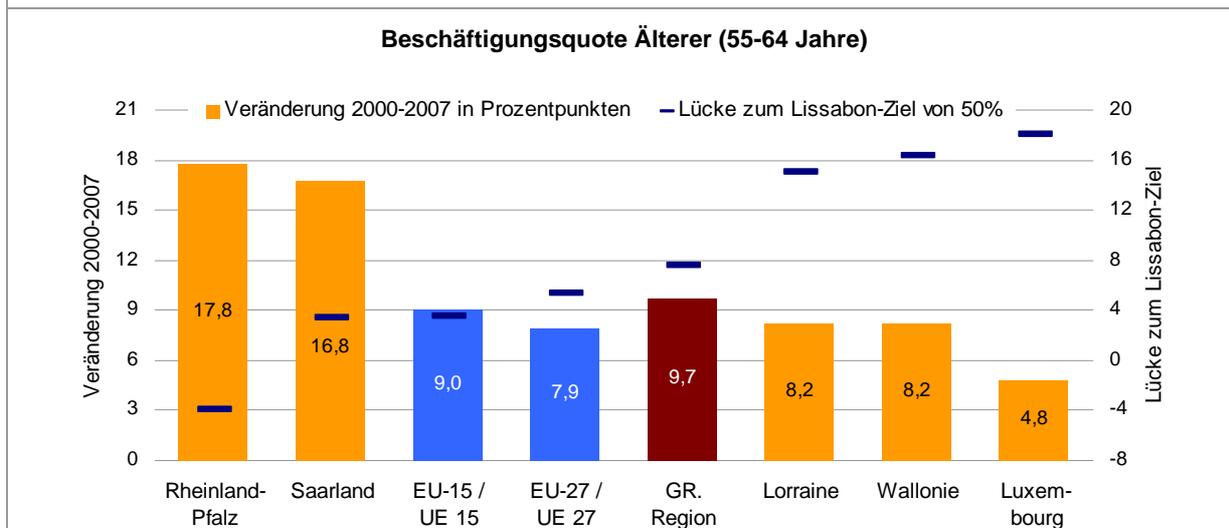
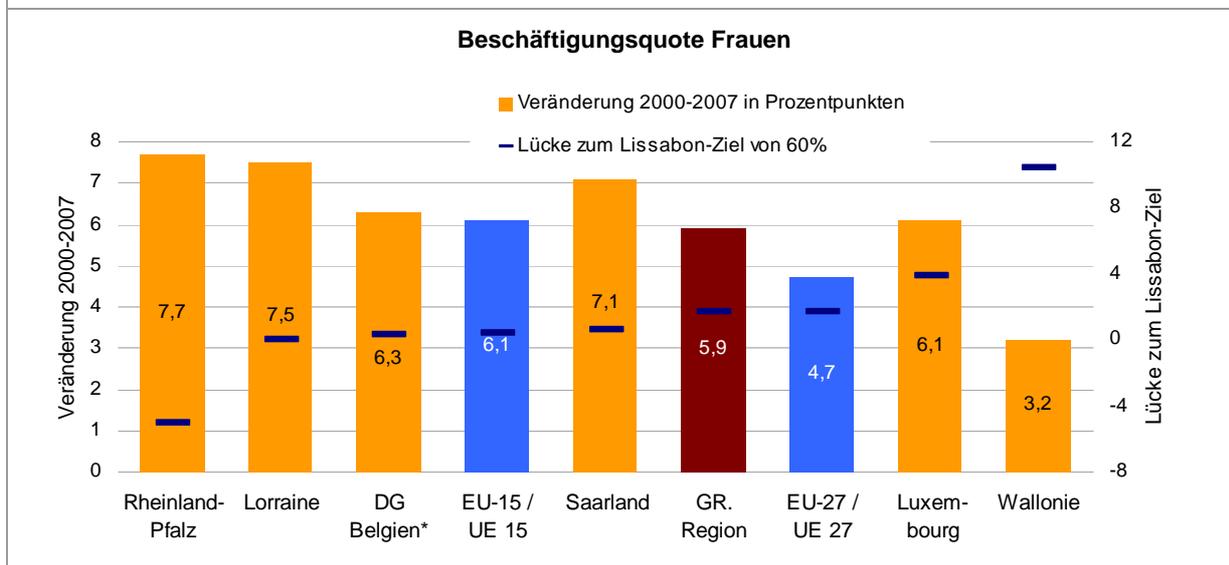
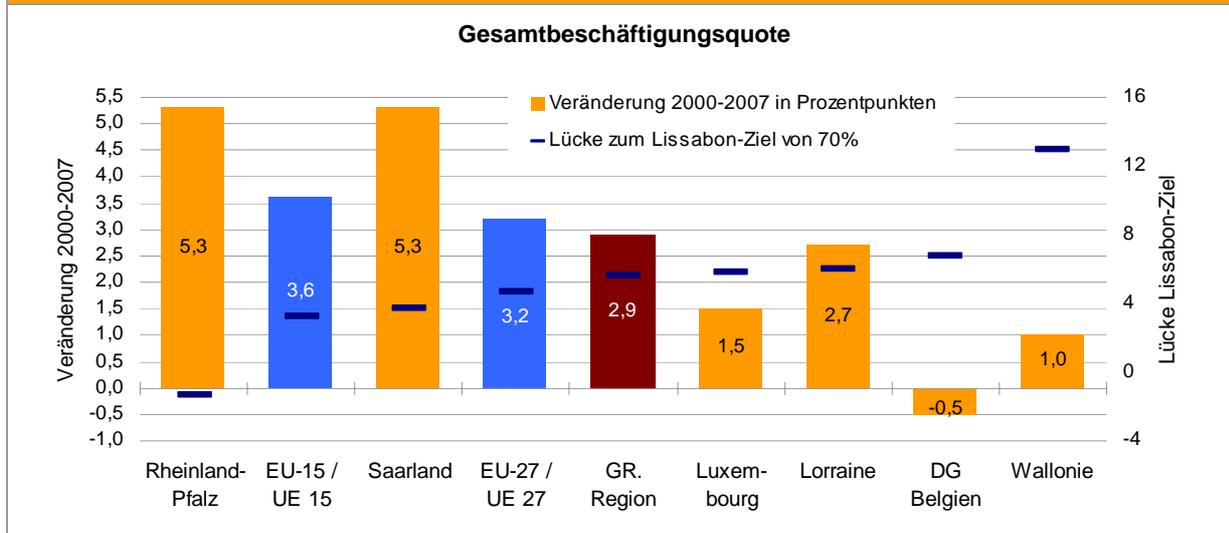
Beschäftigungsquote Älterer trotz hoher Zuwächse nach wie vor niedriger als im europäischen Mittel

Die Beschäftigungsquote bei den Älteren (55- bis 64-Jährige) lag in der Großregion im Jahr 2007 bei 42,4%. Trotz der deutlichen und im europäischen Vergleich sogar überdurchschnittlich hohen Zuwächse in den vergangenen Jahren ist sie damit nach wie vor niedriger als im EU-Durchschnitt (EU-27: 44,7%; EU-15: 46,5%). Der Abstand zur Zielvorgabe von 50% beträgt derzeit 7,6 Prozentpunkte, so dass weiterhin erhebliche Anstrengungen zur Förderung der Beschäftigung Älterer erforderlich sind. Innerhalb der Großregion erreichen lediglich Rheinland-Pfalz und das Saarland überdurchschnittliche Werte, während die übrigen Teilgebiete im interregionalen wie europäischen Vergleich sehr niedrige Beschäftigungsquoten und nach wie vor beträchtliche Lücken zur Zielvorgabe von 50% aufweisen. Unter den deutschen Teilregionen hat Rheinland-Pfalz mit einer Beschäftigungsquote von 54% die Zielvorgabe für 2010 bereits vorzeitig erfüllt und auch das Saarland befindet sich hier auf einem guten Weg. Diese positiven Ergebnisse dürfen allerdings nicht überinterpretiert werden, da in Deutschland insgesamt die Zunahme der Beschäftigung Älterer zum Teil auch auf demographische Effekte zurückzuführen ist.

Große Unterschiede bei der Beschäftigung Jugendlicher

2007 lag die Beschäftigungsquote der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Großregion bei 35,6% und damit unter dem entsprechenden Wert für die EU-27 (37,1%) und die EU-15 (40,7%). Innerhalb des Kooperationsraums lassen sich hier nach wie vor große Unterschiede beobachten. In Rheinland-Pfalz (47,6 %) und im Saarland (43,2 %) war die Beschäftigungsquote bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen beinahe doppelt so hoch wie in Luxemburg (22,5 %) und in der Wallonie (23,1 %). Lothringen bewegt sich mit 34,4% im Mittelfeld. Der Blick auf die Entwicklungsdynamik zeigt, dass sich die Beschäftigungsquote der Jugendlichen in der Großregion seit 1999 mit leichten Auf- und Abwärtsbewegungen insgesamt kaum verändert hat. Seit 2005 ist mit einem Plus von 1,9 Prozentpunkten zumindest wieder ein leichter Aufwärtstrend erkennbar, der vor allem vom Saarland (+4,9 Prozentpunkte) sowie Rheinland-Pfalz und Lothringen getragen wurde (+3,2 bzw. +2,6 Prozentpunkte). Demgegenüber weist die Wallonie mit einem Plus von 0,8 Prozentpunkten nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis. In Luxemburg ist die Beschäftigungsquote Jugendlicher entgegen dem Trend seit 2005 sogar um 2,4 Prozentpunkte gesunken.

Veränderung der Beschäftigungsquote zwischen 2000 und 2007 und Lücke zum Lissabon-Ziel

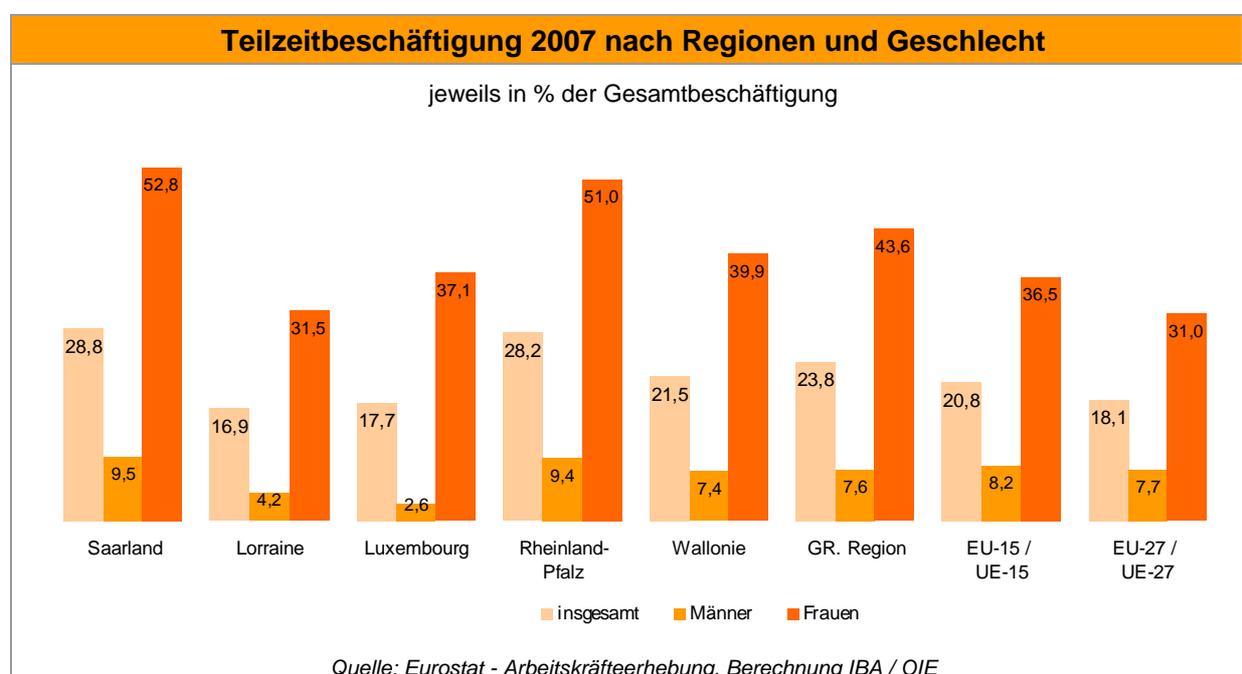


Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen: IBA / OIE; Wallonie: INS, DG Belgien: IWEPS (Berechnungen WSR; * Beschäftigungsquote Frauen DG Belgien: Veränderung 2003-2007

Hinweis zur Interpretation der Grafiken: Die Sortierung der Regionen erfolgt nach der Lücke zum jeweiligen Beschäftigungsziel von Lissabon und Stockholm. D.h. je weiter links sich eine Region befindet, umso mehr hat sie sich dem Ziel genähert. Die Höhe der Balken entspricht der Veränderung der Beschäftigungsquoten im Zeitraum 2000-2007 in Prozentpunkten.

Teilzeitbeschäftigung ist Frauendomäne

Die Teilzeitbeschäftigung hat sich im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung in der Großregion sehr positiv entwickelt und liegt mit einem Anteil von 23,8% deutlich über dem Niveau der EU-27 (18,1%) und dem der EU-15 (20,8%). Hohe Teilzeitquoten weisen vor allem die beiden deutschen Teilregionen auf, während die Wallonie und insbesondere Lothringen und Luxemburg wesentlich niedrigere Werte erreichen. Ausgeprägte Unterschiede zeigen sich ebenso bei der Betrachtung der geschlechtsspezifischen Teilzeitquoten. In der Großregion insgesamt waren im Jahr 2007 knapp 44% aller erwerbstätigen Frauen im Rahmen eines Teilzeitarbeitsverhältnisses tätig. Deutlich geringer ist demgegenüber die Bedeutung dieser Beschäftigungsform für Männer: Teilzeitarbeit macht lediglich 7,6% der männlichen Gesamtbeschäftigung aus. Im interregionalen Vergleich sind die Teilzeitquoten von Frauen wie Männern in den beiden deutschen Regionen mit Abstand am höchsten, während die übrigen Teilgebiete deutlich niedrigere Werte aufweisen.



3.1.3 Der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt in der Großregion

Die grenzüberschreitende Arbeitnehmermobilität in der Großregion wächst weiter an. Mit derzeit insgesamt 196.175 Grenzgängern im Kooperationsraum ist heute vom höchsten und dichtesten Grenzgängeraufkommen in der EU auszugehen. Dabei kommen gut über die Hälfte (55,1%) aus Lothringen und fast drei Viertel (73,4%) arbeiten in Luxemburg. Beide Teilregionen spielen damit eine außerordentlich wichtige Rolle für die Dynamik des grenzüberschreitenden Arbeitsmarkts. Das Großherzogtum und das Saarland weisen mit einem Plus von 143.090 bzw. 12.777 Arbeitskräften einen positiven Grenzgängersaldo auf, wobei Luxemburg anhaltend größere Saldi verzeichnet und im Saarland die Arbeitskräftegewinne stetig zurückgehen. Aus den anderen Teilregionen pendeln mehr Personen aus als einpendeln – insbesondere Lothringen verzeichnet einem täglichen Arbeitskräfteverlust an die angrenzenden Regionen (-89.478 Personen).

Grenzüberschreitende Berufspendler in der Großregion (Ein-/ Auspendler)

Zielgebiet	Einpendler							
	Herkunftsgebiet					Einpendler insg.	Datum	Quelle
	Deutschland	France	Luxembourg	Belgique				
Saarland		20.301	45	47	20.393	30.06.2008	BA	
Rheinland-Pfalz		5.134	160	144	5.438	30.06.2008	BA	
Lorraine	1.120		200	130	1.450	2005	ADEM EURES	
Luxembourg	34.819	72.053		37.074	143.946	30.06.2008	IGSS	
Wallonie	517	24.072	359		24.948	30.06.2007	INAMI	
GR. REGION	36.456	121.560	764	37.395	196.175			

Herkunftsgebiet	Auspendler							
	Zielgebiet					Einpendler insg.	Datum	Quelle
	Deutschland	France	Luxembourg	Belgique				
Saarland		1.000	6.616	.	7.616	2001 / 31.03.2008	INSEE / IGSS	
Rheinland-Pfalz		120	25.141	.	25.261	2001 / 31.03.2008	INSEE / IGSS	
Lorraine	22.450		64.014	4.464	90.928	2007	INSEE	
Luxembourg	275	200		381	856	2001 / 30.06.2004	BA/INSEE/INAMI	
Wallonie	4.685	4.348	31.385		40.418	30.06.2007	INAMI	
GR. REGION	27.410	5.668	127.156	4.845	165.079			

Zitierhinweis: Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA)

BA – Bundesagentur für Arbeit – Deutschland (Statistikservice Südwest)

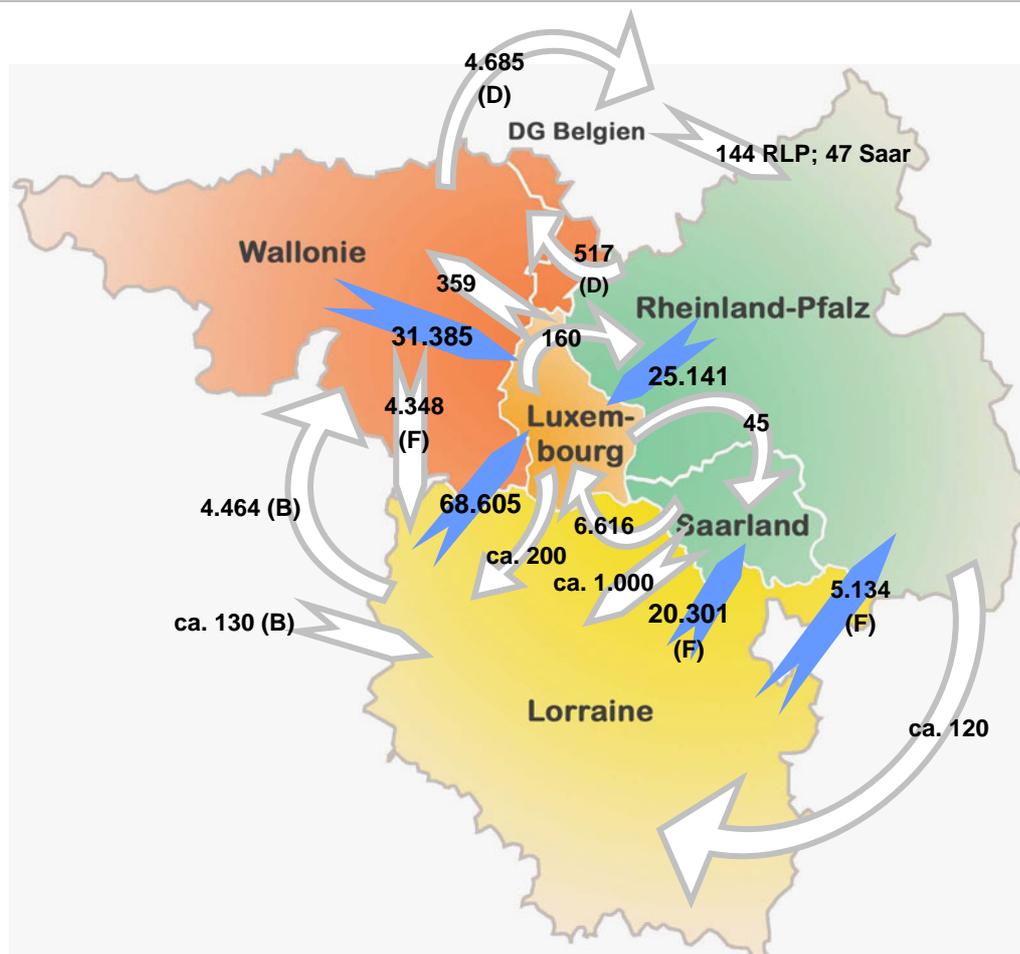
IGSS: Inspection Générale de la Sécurité Sociale – Luxembourg

INAMI: Institut national d'Assurance Maladie-Invalidité – Belgique

INSEE – Institut national de la statistique et des études économique – France (DR Lorraine)

- Luxemburg bleibt somit der größte Arbeitgeber für die Grenzgängerbeschäftigung in der Großregion. Aufgrund des hohen Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums schafft das Großherzogtum seit vielen Jahren mehr Arbeitsplätze, als es mit ansässigen Arbeitnehmern besetzen kann. So sind etwa von 2003 bis 2007 jährlich fast drei Viertel der neu geschaffenen Stellen auf Grenzgänger entfallen. Die Hälfte der 143.946 ins Großherzogtum einpendelnden Grenzgänger kommt aus Frankreich und ca. jeweils ein Viertel aus Belgien und Deutschland. Verzeichnet die Grenzgängerbeschäftigung in Luxemburg seit Jahrzehnten stets neue Rekordwerte, so sind in den vergangenen fünf Jahren mit einem Plus von 60% vor allem die Zahlen der Einpendler aus Deutschland rapide angestiegen.

Grenzgängerströme in der Großregion 2007 - 2008



Quellen: IGSS; BA; INAMI; INSEE (Schätzungen)
Zitierhinweis: Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA)

Hinweis: Die Zahlen der ein- und auspendelnden Grenzgänger in den einzelnen Regionen können nicht gegeneinander aufgerechnet werden, da das Einzugsgebiet des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes über das Gebiet der Großregion hinausreicht. Daher ist die Zahl der grenzüberschreitenden Einpendler in die Großregion höher als die Auspendlerzahlen der einzelnen Teilregionen.

- ▶ Lothringen bleibt mit insgesamt 90.928 Auspendlern die wichtigste Quellregion in der Großregion: Während bis Ende der 1980er Jahre die deutschen Bundesländer noch die wichtigsten Zielregionen für die auspendelnden Lothringer darstellten, wurden sie Anfang der 1990er Jahre von Luxemburg abgelöst. Seitdem pendeln immer mehr Lothringer ins Großherzogtum und seit 2001 ist ein spürbarer Rückgang des Grenzgängerstroms in Richtung Deutschland festzustellen.
- ▶ Dieser Rückgang wird im Saarland immer stärker spürbar, wo die Einpendlerzahlen bereits im Jahr 2006 die Grenze von 21.000 unterschritten hatten. Hingegen ist ein rapider Anstieg der Grenzgänger aus dem Saarland in Richtung Luxemburg festzustellen, die sich in den vergangenen fünf Jahren von 3.384 auf 6.616 Auspendler fast verdoppelten. Eine ähnliche Entwicklung ist in Rheinland-Pfalz zu beobachten, wo sich der Strom der Luxemburg-Pendler zwischen 2003 und 2008 um zwei Drittel auf nunmehr 25.141 Grenzgänger erhöht hat.

- ▶ Anders als im Saarland verzeichnen in Rheinland-Pfalz aber die Zahlen der Einpendler aus Frankreich wieder ein Plus: Im Vorjahresvergleich stieg der Einpendlerstrom um knapp 5% bzw. wieder auf 5.134 Personen an.
- ▶ In die Wallonie schließlich kommen mit steigender Tendenz immer mehr Grenzgänger, wobei die 24.948 Einpendler fast ausschließlich aus Frankreich stammen. Hinsichtlich der wachsenden Zahl der 40.418 Auspendler zeichnet sich eine immer stärkere Konzentration der Ströme auf die Beschäftigungsmöglichkeiten in Luxemburg ab, wo 78% der Grenzgänger aus der Wallonie arbeiten.

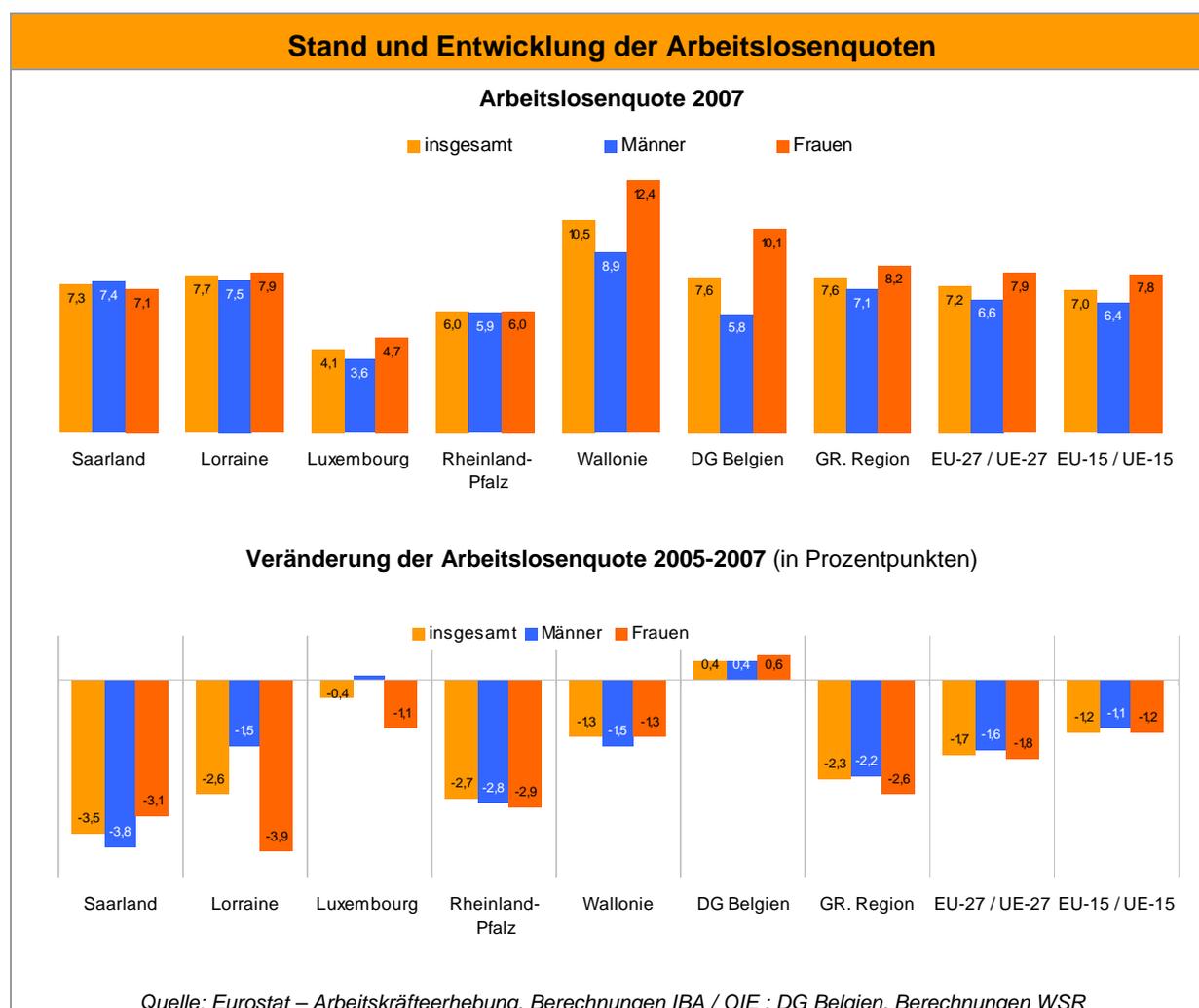
3.2 Stand und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit in der Großregion

Die Großregion kann im Jahr 2007 mit einer Gesamtarbeitslosenquote von 7,6% eine deutliche Entspannung auf dem Arbeitsmarkt verzeichnen. Sie konnte im Zeitraum 2005-2007 mit einem Rückgang von 2,3 Prozentpunkten auch weiter zum EU-Durchschnitt aufschließen und liegt damit nur noch knapp über dem Wert der EU-27 (7,2%). Die in 2004/2005 einsetzende konjunkturelle Belebung hat sich im Saarland (-3,5 Prozentpunkte) und in Rheinland-Pfalz (-2,7 Prozentpunkte) am günstigsten auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt und diese beiden Teilregionen haben mit einer Quote von 7,3% bzw. 6,0% den Durchschnittswert des Kooperationsraums unterschritten. Die Arbeitslosigkeit in Lothringen konnte ebenfalls deutlich abgebaut werden (-2,6 Prozentpunkte) und entspricht in etwa der Quote der Großregion. Luxemburg erreicht mit einer Abnahme von 0,4 Prozentpunkten den mit Abstand geringsten Wert (4,1%). Nur einen leichten Rückgang von 1,3 Prozentpunkten verzeichnet die Wallonie, die mit einem Wert von 10,5% die höchste Arbeitslosenquote in der Großregion ausweist. Die DG Belgien ist die einzige Teilregion, in der die Arbeitslosigkeit im Referenzzeitraum angestiegen ist (+0,4 Prozentpunkte).

Frauenarbeitslosigkeit geht weiter zurück

Infolge des spürbaren Rückgangs der Frauenarbeitslosigkeit um 2,6 Prozentpunkte hat sich das geschlechtsspezifische Gefälle im Kooperationsraum weiter verringert und ist mit einer Differenz von 1,1% zu den Männern nahezu ausgeglichen. Die Arbeitslosenquote bei den Frauen ist in der Großregion seit 2005 um 0,8 Prozentpunkte stärker gesunken als in Europa insgesamt und liegt mit einem Wert von 8,2% nur noch knapp über dem europäischen Mittel (7,9%). In Lothringen ist der Rückgang bei den Frauen (-3,9 Prozentpunkte) nicht nur der höchste im großregionalen Vergleich, sondern auch 2½-mal höher als bei den Männern. Große Fortschritte beim Abbau der Frauenarbeitslosigkeit haben auch das Saarland (-3,1 Prozentpunkte) und Rheinland-Pfalz (-2,9 Prozentpunkte) erzielt und befinden sich mit Quoten von 7,1% bzw. 6,0% bereits unter dem großregionalen Durchschnitt. Das Saarland ist die einzige Region, in der mehr Männer als Frauen arbeitslos sind. Ungünstiger ist die Lage in der Wallonie besonders für die Frauen, deren Quote auch nur leicht auf 12,4% zurückgeführt werden konnte. Auch bei den Männern hat die belgische Region mit einer Quote von 8,9% die höchsten Werte in der Großregion auszuweisen. In der DG Belgien ist die Arbeitslosigkeit bei beiden Geschlechtern mit einem Wert von 10,1% bei den Frauen und 5,6% bei den Männern sehr ungleich verteilt.



Trotz eines starken Rückgangs bleibt die Jugendarbeitslosigkeit hoch

Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt in der Großregion ein drängendes Problem. Sie ging im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs seit 2005 mit -4,7 Prozentpunkten zwar deutlich stärker zurück als in der EU-27 (-1,8 Prozentpunkte), bleibt mit 15,8% aber immer noch doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote. Eine mögliche Erklärung dieser Entwicklung könnte darin gesehen werden, dass das Bildungs- und Qualifikationsniveau der Jugendlichen mit den gestiegenen Anforderungen der Unternehmen nicht Schritt halten kann. In der Großregion hat die Wallonie mit 27,8% die mit Abstand höchste Jugendarbeitslosigkeit, wobei hier allerdings auch statistische Effekte zu berücksichtigen sind. Mit 10,7% weist Rheinland-Pfalz die geringste Jugendarbeitslosenquote in der Großregion auf. Deutlich verbessert hat sich ebenso die Lage im Saarland: Der Rückgang fiel so stark aus, dass im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung für 2007 keine Quote mehr ermittelt werden konnte, da die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter den Grenzwert für Stichprobenerhebungen von 5.000 Personen gesunken ist. Auch für Lothringen war 2007 ein erfolgreiches Jahr: Hier konnte mit einem Minus von 8,4 Prozentpunkten auf eine Quote von nunmehr 16,3% auch der größte Rückgang innerhalb der Großregion verbucht werden. Angestiegen ist demgegenüber die Jugendarbeitslosigkeit in Luxemburg, die im Jahr 2007 15,2% erreichte und damit weit höher liegt als die Gesamtarbeitslosenquote (4,1%). Angesichts dieser Relation scheint sich hier ein durchaus strukturelles Problem des luxemburgischen Arbeitsmarktes anzudeuten. Die Jugendarbeitslosenquote in der DG Belgien ist in den vergangenen Jahren fast unverändert

geblieben und erreicht mit 12,9% sowohl im großregionalen als auch europäischen Vergleich einen relativ guten Wert.

Arbeitslosenquote Jugendlicher (15-24 Jahre)

	2005	2006	2007	Veränderung 2005-2007 (in Prozentpunkten)	Veränderung 2006-2007 (in Prozentpunkten)
Saarland ²⁵	17,9	14,0	.	.	.
Lorraine	23,2	24,7	16,3	-6,9	-8,4
Luxembourg	13,7	16,2	15,2	1,5	-1
Rheinland-Pfalz	13,6	13,4	10,4	-3,2	-3
Wallonie	31,8	31,3	27,8	-4	-3,5
DG Belgien*	12,8	13,6	12,9	0,1	-0,7
GR. Region	20,5	20,5	15,8	-4,7	-4,7
EU-27 / UE-27	18,7	17,4	15,6	-3,1	-1,8
EU-15 / UE-15	16,7	16,1	15,0	-1,7	-1,1

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen IBA / OIE.

*DG Belgien, Berechnungen WSR

Rückgang der Langzeitarbeitslosenquote ...

Die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich auch auf die Situation der Langzeitarbeitslosen ausgewirkt und zu einer verbesserten Lage geführt. Im Zeitraum zwischen 2005 und 2007 ist die Langzeitarbeitslosenquote²⁶ in der Großregion um 1 Prozentpunkt auf 3,8% zurückgegangen. Sie liegt damit aber immer noch über dem europäischen Durchschnitt (EU-27 3,1% und EU-15 2,4%). Am stärksten betroffen vom Phänomen der Langzeitarbeitslosigkeit ist nach wie vor die Wallonie, die mit einer Quote von derzeit 6% weit über dem großregionalen und europäischen Durchschnitt rangiert.

Langzeitarbeitslosigkeit

	Langzeitarbeitslosenquote		Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen	
	2007	Veränderung 2005-2007 in Prozentpunkten	2007	Veränderung 2005-2007 in Prozentpunkten
Saarland	3,8	-2,0	51,9	-1,5
Lorraine	3,1	-0,9	40,2	1,4
Luxembourg	1,2	0,0	28,7	2,2
Rheinland-Pfalz	3,0	-1,0	50,4	4,3
Wallonie	6,0	-1,0	57,0	-1,7
GR. Region	3,8	-1,0	50,5	1,4
EU-27 / UE-27	3,1	-1,0	43,0	-3,1
EU-15 / UE-15	2,4	-0,5	40,5	-1,4

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen IBA / OIE

Demgegenüber ist für Luxemburg die Langzeitarbeitslosigkeit mit einer unveränderten Quote von 1,2% von wesentlich geringerer Bedeutung. Rheinland-Pfalz und Lothringen liegen mit 3,0 bzw. 3,1% weitgehend im großregionalen Durchschnitt. Das Saarland kann mit einer Quote von derzeit 3,8% den stärksten Rückgang der Langzeitarbeitslosenquote verzeichnen

²⁵ Saarland: Wert für 2007 unzuverlässig, da durch die starke Abnahme die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in 2007 unter 5.000 Personen gesunken ist und diese aufgrund des hohen Stichprobenfehlers nicht ausgewiesen werden. Für die Berechnung der Jugendarbeitslosenquote in der Großregion insgesamt wurde für das Saarland allerdings ein geschätzter Wert einbezogen.

²⁶ Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos sind, in Prozent der Erwerbstätigen

(-2 Prozentpunkte gegenüber 2005). Hier haben sich insbesondere die konjunkturellen Erfolge der Jahre 2004 und 2005 positiv auf den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ausgewirkt.

... bei gleichzeitigem Anstieg des Anteils der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen

Die guten Ergebnisse beim Rückgang der Langzeitarbeitslosenquote dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade diese Personengruppe nach wie vor mit besonderen Problemen auf dem Arbeitsmarkt zu kämpfen hat. Deutlich wird dies, wenn man den Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen in den Blick nimmt: Hier hat sich zwischen 2005 und 2007 in der Großregion insgesamt ein Zuwachs um 1,4 Prozentpunkte ergeben. D.h. mehr als jede zweite betroffene Person war im Jahr 2007 länger als 12 Monate arbeitslos.

Ausblick: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Arbeitsmarkt

Die seit 2004 andauernde, teilweise sehr dynamische Wirtschaftsentwicklung hat in der zweiten Jahreshälfte 2008 im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in allen Teilregionen ein vorläufiges Ende gefunden. Welche Auswirkungen sich hieraus für Beschäftigung und Arbeitsmarkt ergeben, lässt sich derzeit allerdings noch nicht abschätzen, da sich diese Effekte im Allgemeinen erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf den Arbeitsmarkt durchschlagen. Neben spektakulären Einzelentwicklungen, wie z.B. der Schließung isländischer Bankfilialen im Großherzogtum, sind die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt bisher wesentlich im Industriebereich festzustellen. Besonders betroffen ist vor allem die stark von den Entwicklungen auf den Weltmärkten abhängige Automobil- und Zulieferindustrie, die in allen Teilregionen über Standorte verfügt. Erste konkrete Zeichen manifestieren sich dergestalt, dass in mehreren Betrieben dieser Branche zuerst Leiharbeiter freigesetzt, Zeitarbeitsverträge nicht verlängert und zahlreiche Anträge auf Kurzarbeit gestellt wurden. So sind z.B. im Saarland, im Vergleich zu Deutschland, zu Jahresbeginn 2009 relativ gesehen die meisten Anträge auf Kurzarbeit gestellt worden. Im Januar und Februar meldeten saarländische Betriebe für 36.000 Mitarbeiter Kurzarbeit an, was 9,3% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Land entspricht. In Rheinland-Pfalz waren 32.900 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen.²⁷ In Lothringen stieg im Januar die Zahl der Kurzarbeiter auf 17.700, wobei auch in dieser Region besonders die Automobilbranche und deren Zulieferbetriebe in schwieriges Fahrwasser geraten sind. In der Wallonie hat sich das Arbeitsmarktklima ebenfalls eingetrübt und für die kommenden Monate wird ein spürbarer Beschäftigungsrückgang erwartet.²⁸ Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in der DG Belgien ab, wobei hier besonders der stark industrialisierte Raum um Eupen von Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit betroffen sind.²⁹ In Luxemburg wird für 2009 zwar eine Abschwächung des starken Wachstums, aber kein Rückgang der Beschäftigung prognostiziert. Entgegen anderslautender Berichte in Teilen der Presse gibt es derzeit auf Basis des vorliegenden Datenmaterials keine Zeichen für einen dramatischen Rückgang der Inlandsbeschäftigung und auch die Auswirkungen auf das Beschäftigungsvolumen im Finanzsektor bleiben bisher begrenzt.

²⁷ Presseinformation Nr. 003/2009 der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz

²⁸ IWEPS Février 2009 – Note mensuelle de conjoncture wallonne

²⁹ Pressemitteilung Arbeitsamt der DG Belgien vom Januar 2009

4. Bildung

Eine gute und qualifizierte Bildung spielt in einer Wissensgesellschaft eine entscheidende Rolle: Sie ist nicht nur ein wesentlicher Faktor zur Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen sowie des sozialen Zusammenhalts, sondern zugleich der Schlüssel zu persönlichem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Bildungsbeteiligung auf hohem Niveau trägt so entscheidend dazu bei, dass das erforderliche Angebot an Fachkräften sichergestellt und unabhängig von der sozialen Herkunft alle Begabungspotentiale und persönlichen Entwicklungs- und Handlungschancen in Gesellschaft, Beruf und Privatleben gefördert werden. Vor diesem Hintergrund besteht ein hoher Informationsbedarf zur aktuellen Situation und den übergreifenden Entwicklungstrends, Problemen sowie Herausforderungen im Bildungsbereich.

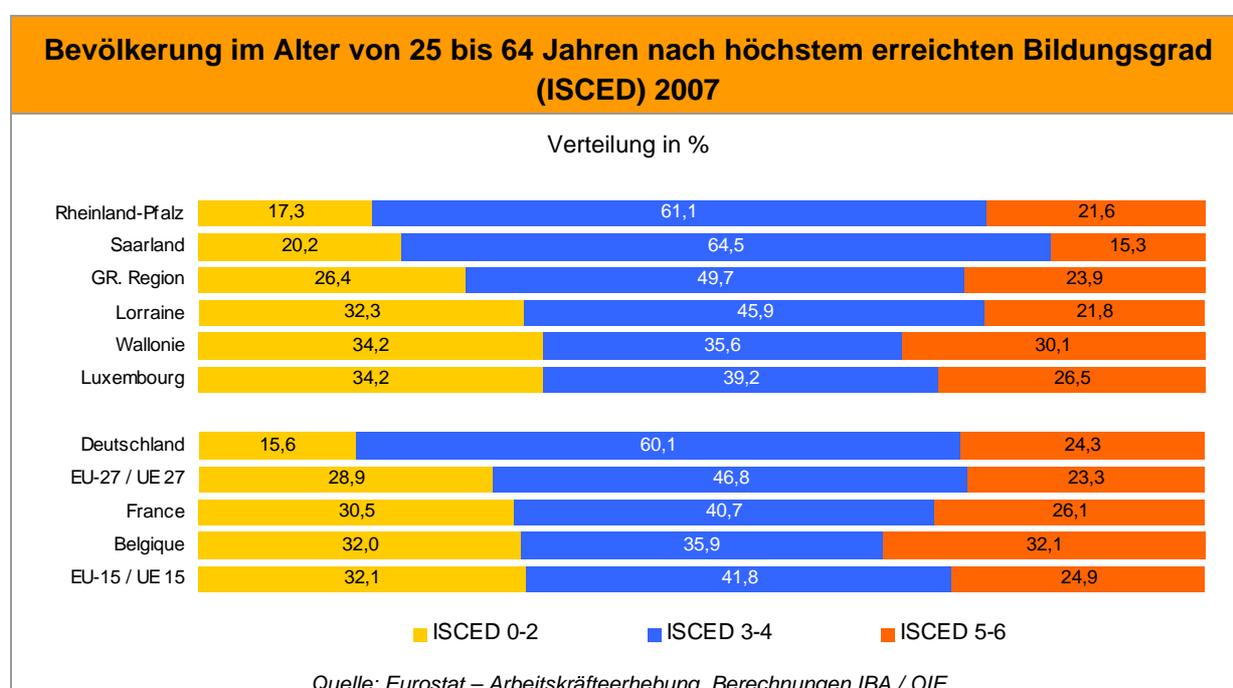
Die Möglichkeiten, diesem Informationsbedarf zu genügen, werden allerdings begrenzt durch das verfügbare Datenmaterial – zumal in einer interregional vergleichbaren Perspektive. In der Großregion grenzen zwei Kulturen, drei Sprachen, fünf Teilräume und vier Schul- und Bildungssysteme aneinander, die verschiedene Wege einschlagen, um die junge Generation auf die Zukunft vorzubereiten. Die Schul- und Bildungssysteme unterscheiden sich in ihrem Aufbau, in ihren Abläufen und Inhalten, den Ausbildungszeiträumen und den jeweiligen Zugangsbedingungen. Dementsprechend schwierig gestaltet sich auch die Zusammenstellung von Bildungsdaten mit vergleichbarem Inhalt. Die Statistischen Ämter der Großregion haben hier in der Vergangenheit grundlegende Arbeiten geleistet und eine Vielzahl an interregional harmonisierten Daten im gemeinsamen Statistikportal zur Verfügung gestellt. Zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichts zeigte dieses Datenmaterial allerdings deutliche Aktualisierungsrückstände, so dass gegenüber dem Vorgängerbericht keine neuen Informationen zu erhalten waren.

Aus diesem Grunde stützt sich die nachfolgende Darstellung im Wesentlichen auf das im Rahmen der Regionalstatistiken von Eurostat verfügbare Datenmaterial, das allerdings nur einen kleinen Ausschnitt der breitgefächerten Bildungsthematik abdeckt. Herangezogen wurden zum einen Statistiken über den Bildungsgrad der Bevölkerung und die Beteiligung am lebenslangen Lernen, die aus der Arbeitskräfteerhebung der EU stammen. Zum anderen wurden Daten zur Bildungsbeteiligung aufbereitet, die Einschreibungen in allen regulären Bildungsgängen umfassen. Der Bildungsgrad wie auch die Bildungsbeteiligung wird nach der ISCED, d.h. der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen erfasst. Anders als bei den nationalen Statistiken liegen in den Regionalstatistiken von Eurostat die einzelnen ISCED-Stufen allerdings lediglich in einer zusammengefassten Form vor, so dass nachfolgend nur eine Darstellung auf Basis einer Dreiergliederung (Sekundarbereiche I und II sowie Tertiärbereich) erfolgen kann. Aufgrund dieser eingeschränkten Datenverfügbarkeit können daher auch zu wichtigen Fragestellungen, wie z.B. dem Verlassen des Bildungssystems ohne Abschluss, derzeit keine Aussagen getroffen werden. Gleiches gilt mit Blick auf das nach wie vor drängende Problem des Analphabetismus, wofür zunächst einmal grundsätzlich die Datenquellen erschlossen werden müssten. Eine nähere Analyse dieser Themenfelder bleibt daher zukünftigen Berichterstattungen oder vertiefenden Studien vorbehalten.

4.1 Bildungsstand der Bevölkerung

Rund 74% der Bevölkerung in der Großregion haben mindestens einen Sekundar-II-Abschluss

Die Betrachtung des Bildungsstandes der Bevölkerung anhand der erreichten formalen Abschlüsse zeigt für die einzelnen Regionen und Länder deutliche Abweichungen. Bezogen auf die Großregion insgesamt verfügten im Jahr 2007 rund 74% der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II (ab ISCED 3), was auf internationaler Ebene häufig als Mindestqualifikation für die sich fortentwickelnde Wissensgesellschaft angesehen wird. Im Durchschnitt der EU-27 lag der Vergleichswert bei 70% und in der EU-15 sogar bei nur knapp 67%. Dementsprechend war der Anteil der Bevölkerung, der lediglich die Vollzeit-Schulpflicht erfüllt hat und somit über keinen beruflichen Bildungsabschluss verfügt (Sekundarstufe I, d.h. höchstens ISCED 2), in der Großregion mit gut 26% deutlich niedriger als im europäischen Mittel (EU-27: 29%; EU-15: 32%).



Anteile der formal niedrig Qualifizierten variieren zwischen 17% in Rheinland-Pfalz und jeweils 34% in Luxemburg und der Wallonie

Der Anteil der Erwachsenenbevölkerung mit niedrigem formalem Bildungsniveau war dabei in Luxemburg und der Wallonie mit jeweils 34% am höchsten und in Rheinland-Pfalz mit gut 17% am geringsten. Der Blick auf die nationalen Vergleichswerte zeigt jedoch, dass sich in diesen Werten nicht zuletzt auch Unterschiede der jeweiligen Bildungssysteme niederschlagen. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass sowohl die beiden deutschen Teilregionen als auch die Wallonie und Lothringen gegenüber den Durchschnittswerten auf nationaler Ebene schlechter abschneiden, d.h. der Anteil der niedrig Qualifizierten überall höher ausfiel. Besonders deutlich wird dies im Falle des Saarlandes, wo der Anteil der Bevölkerung, der höchstens einen Abschluss des Sekundarbereichs I erreicht hatte, mit 20% mehr als 4 Pro-

zentpunkte über dem Bundesdurchschnitt lag.³⁰ Bezogen auf den europäischen Vergleichsmaßstab fallen auch für Luxemburg hier die Ergebnisse eher schwach aus.

Deutsche Regionen mit den höchsten Anteilen im mittleren Qualifikationsbereich, Wallonie und Luxemburg führend bei Tertiärabschlüssen

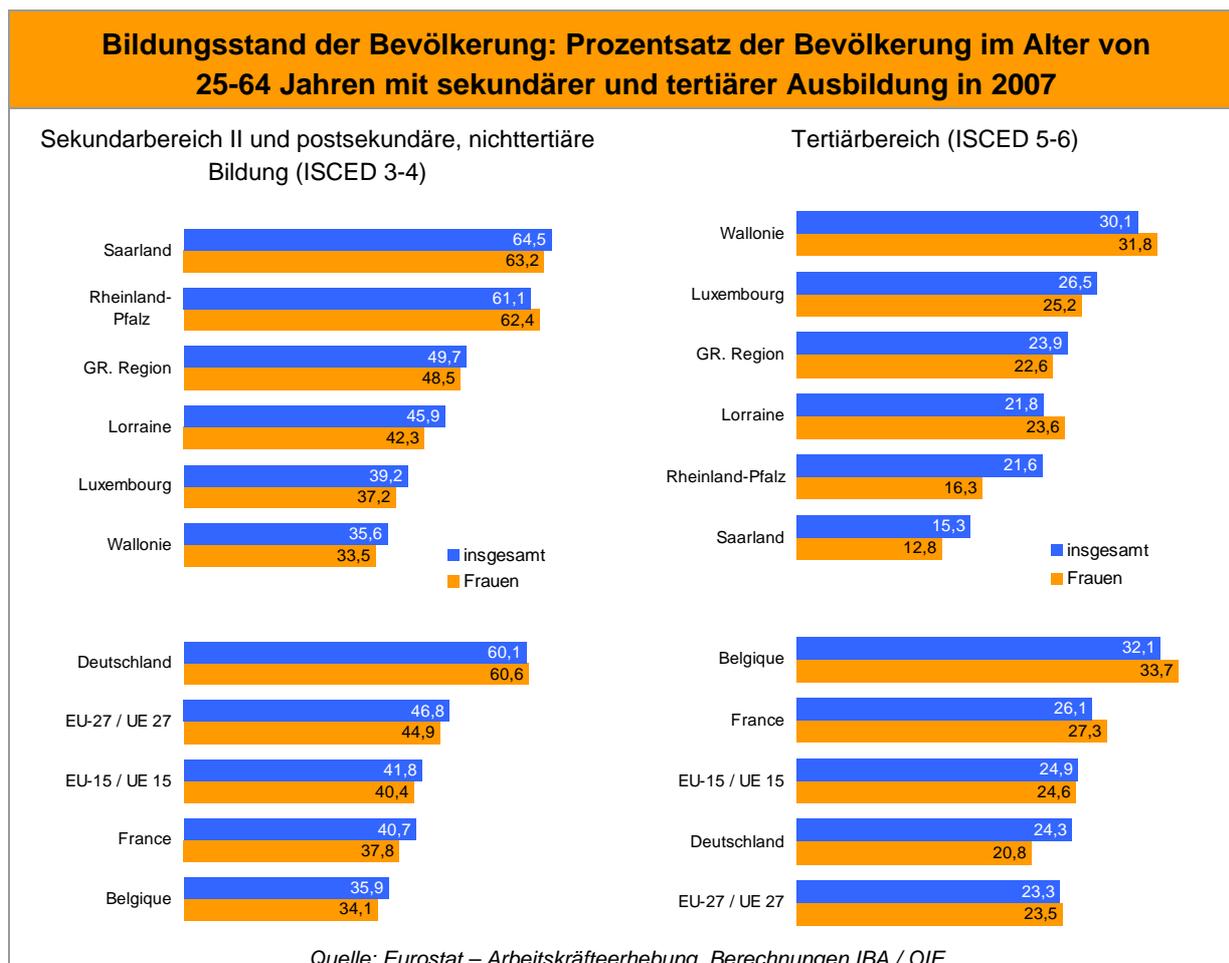
Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II (ab ISCED 3) lag im Jahr 2007 in den beiden deutschen Regionen bei 83% (Rheinland-Pfalz) bzw. 80% (Saarland) und damit deutlich über dem großregionalen Durchschnitt von 74%. Auch im europäischen Vergleich schneiden hier Rheinland-Pfalz und das Saarland ebenso wie Deutschland insgesamt sehr günstig ab (EU-27: 70%, EU-15: 67%). Dies ist zu einem großen Teil auf den hohen Stellenwert des dualen Berufsbildungssystems in der Bundesrepublik zurückzuführen, das mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II vermittelt.³¹ So liegen auch die Anteile der Bevölkerung mit einem Abschluss im mittleren Qualifikationsniveau (ISCED 3-4) in den deutschen Regionen bei jeweils über 60%, während die übrigen Teilgebiete des Kooperationsraums hier lediglich Werte zwischen 46% (Lothringen) und 36% (Wallonie) erreichen. Andere Verteilungen ergeben sich dagegen bei der Betrachtung der Bevölkerung mit einem Abschluss im Tertiärbereich, d.h. die Qualifikationsgruppe, die im Zuge des wirtschaftlichen Strukturwandels immer stärker nachgefragt wird: Hier steht im interregionalen wie europäischen Vergleich die Wallonie mit 30% klar an der Spitze, gefolgt von Luxemburg mit rund 27%. Lothringen und Rheinland-Pfalz erreichten hier mit jeweils rund 22% merklich geringere Werte, bewegten sich damit aber immer noch in der Nähe des EU-Durchschnitts. Deutlich abgeschlagen ist demgegenüber das Saarland, das mit einem Akademikeranteil von lediglich gut 15% das Schlusslicht bildete.

Entwicklungsdynamik seit 2000: Luxemburg mit den höchsten Zuwächsen beim Akademikeranteil ...

Der Blick auf die Entwicklungsdynamik von 2000 bis 2007 macht deutlich, dass in der Großregion in diesem Zeitraum der Anteil der geringer qualifizierten Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren um mehr als 5 Prozentpunkte gesunken ist – und damit stärker als in der EU. In der mittleren und höheren Qualifikationsgruppe sind dagegen durchgängig Zuwächse zu verzeichnen, die aber gerade im Bereich der Akademikerbildung merklich unter dem europäischen Mittel verblieben. Innerhalb des Kooperationsraums hat vor allem Luxemburg beim Anteil der Bevölkerung mit Tertiärabschluss mit einem Plus von über 8 Prozentpunkten überdurchschnittlich stark zugelegt. Es folgt die Wallonie, die im großregionalen wie europäischen Vergleich ebenfalls eine höhere Entwicklungsdynamik aufweisen kann. Merklich darunter lagen Lothringen sowie Rheinland-Pfalz. Im Saarland war der Akademikeranteil in der Erwachsenenbevölkerung entgegen dem allgemeinen Trend seit 2000 sogar rückläufig.

³⁰ Vgl. Statistisches Amt des Bundes und der Länder (Hrsg.): Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich, Ausgabe 2008, Wiesbaden im September 2008.

³¹ Für Deutschland insgesamt zeigt sich, dass der Anteil der Erwachsenenbevölkerung mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II im Jahr 2006 über alle Altersgruppen hinweg relativ stabil war, während er im OECD-Durchschnitt bei den 25- bis 34-Jährigen um 23 Prozentpunkte über dem Anteil der 55- bis 64-Jährigen lag. Dies bedeutet, dass Deutschland lediglich das bereits seit vielen Jahren bestehende gute Niveau hält, während im internationalen Vergleich eine Reihe von Staaten eine dynamische Entwicklung aufweisen, indem die Jüngeren deutlich häufiger Abschlüsse des Sekundarbereichs II erreichen als dies bei Älteren der Fall war (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, a.a.O., S. 26).



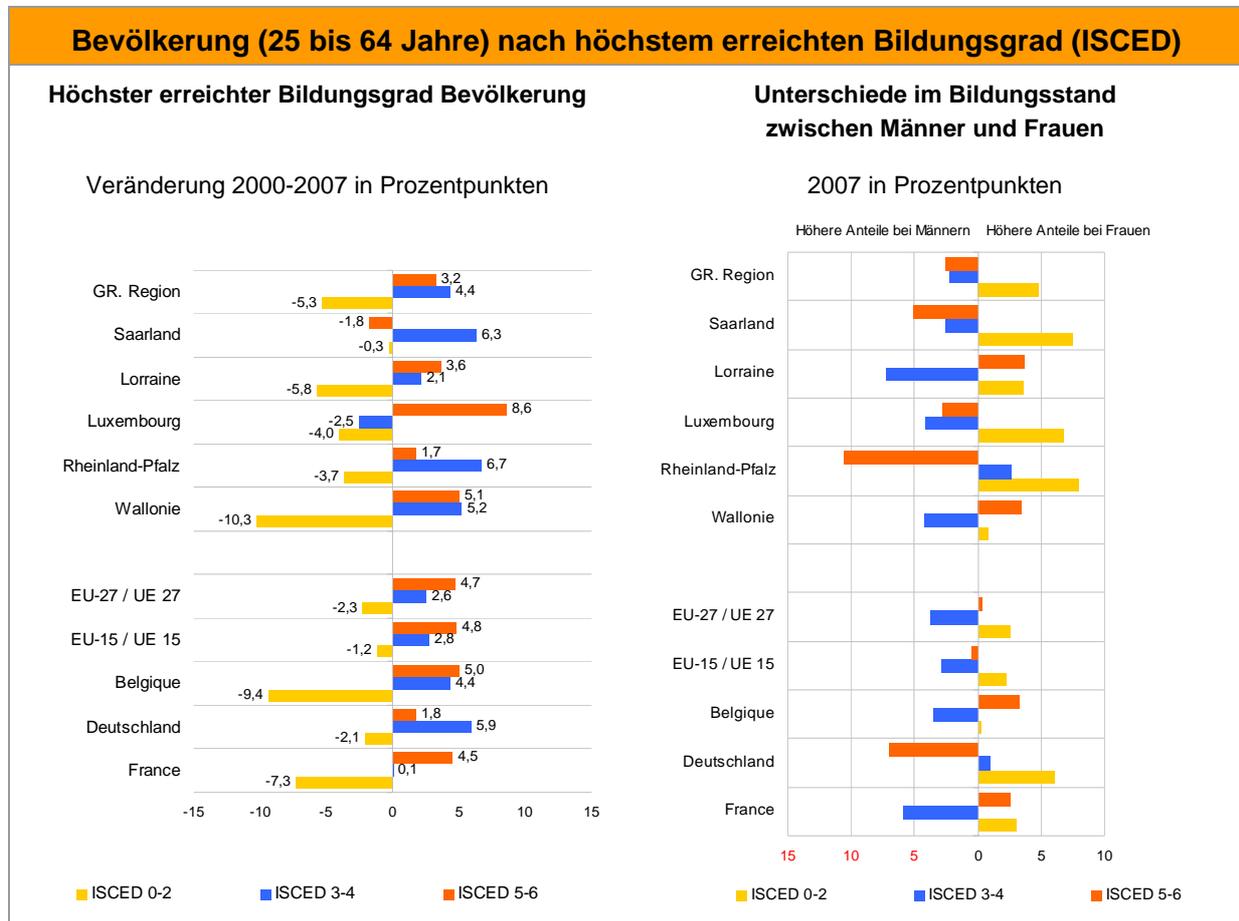
... die Wallonie mit den stärksten Rückgängen bei den formal niedrig Qualifizierten

Bei den formal niedrig Qualifizierten liegt die Wallonie mit einem Rückgang von mehr als 10 Prozentpunkten weit über den großregionalen und europäischen Durchschnitt. Auch im nationalen Vergleich konnte die belgische Region damit größere Fortschritte verzeichnen. Gut abgeschnitten hat hier ebenfalls Lothringen, während in Luxemburg, Rheinland-Pfalz und insbesondere im Saarland nur vergleichsweise geringe Rückgänge zu beobachten waren. Die beiden deutschen Regionen weisen die stärksten Zuwächse im mittleren Qualifikationsniveau auf.

Große Unterschiede zwischen Männern und Frauen

In der Bevölkerung im Alter von 25 bis 64 Jahren bestehen insgesamt deutliche Unterschiede im Bildungsstand zwischen Männern und Frauen. In allen Regionen lag so der Anteil der Frauen mit mindestens einem Abschluss im Sekundarbereich II durchgängig unter dem der Männer. Dieses in der Gesamtbetrachtung niedrigere Bildungsniveau der Frauen ist aber nicht zuletzt eine Generationenfrage. Analysen nach Altersgruppen, die hier aufgrund der unzureichenden Datenlage nicht vorgenommen werden können, zeigen deutlich, dass sich das Bildungsniveau bei der jüngeren Generation zwischen Männern und Frauen zunehmend angleicht. Speziell im Tertiärbereich haben sich in vielen europäischen Ländern die bisher typischen Geschlechterrelationen mittlerweile sogar ins Gegenteil verkehrt. Untersuchungen aus Deutschland signalisieren etwa auch für den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung unterhalb des Hochschulniveaus neue geschlechtsspezifische Disparitäten, die in

einer starken Benachteiligung von männlichen Jugendlichen münden: Sie haben im Durchschnitt die schlechteren allgemein bildenden Schulabschlüsse (höherer Anteil ohne und mit Hauptschulabschluss, niedrigerer Anteil mit Realschulabschluss und Hochschulreife), was in der Folge den Übergang in Berufsbildung und Arbeitsmarkt unverhältnismäßig stärker erschwert als bei den jungen Frauen.³²



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung, Berechnungen IBA / OIE

Geschlechtsspezifische Unterschiede in den deutschen Regionen am stärksten

Im interregionalen und europäischen Vergleich wird in der Gesamtbetrachtung deutlich, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bildungsstand der 25- bis 64-Jährigen insbesondere in den deutschen Regionen (ebenso im Bundesdurchschnitt) sehr ausgeprägt sind. Dies zeigt sich vor allem in den ISCED-Stufen 0-2 und 5-6, d.h. bei den niedrig Qualifizierten einerseits und den hoch Qualifizierten andererseits. Im Bereich der mittleren Qualifikation (ISCED 3-4) fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede merklich geringer aus, wobei hier in Rheinland-Pfalz die Frauen, im Saarland dagegen die Männer höhere Anteile verzeichnen. Eine in der Geschlechterperspektive umgekehrte Situation zeigt sich dagegen in Lothringen und der Wallonie, wo bei den Tertiärabschlüssen die Anteile der Frauen deutlich über denen der Männer lagen. Dies gilt auch im Vergleich zum jeweiligen nationalen Durchschnitt. In Luxemburg zeigt sich dagegen eine in der Tendenz ähnliche Situation wie im Saarland; allerdings waren im Großherzogtum die Unterschiede zwischen Männern und

³² Vgl. Baethge, Martin u.a.: Berufsbildung im Umbruch, Signale eines überfälligen Aufbruchs. Studie im Auftrag des „Netzwerks Bildung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007.

Frauen im Bereich der Akademikerbildung geringer und bei den mittleren Qualifikationen höher.

4.2 Bildungsbeteiligung

Eine hohe Bildungsbeteiligung der Bevölkerung führt tendenziell zu einem hohen Ausbildungsstand, der für die künftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes oder einer Region von entscheidender Bedeutung ist. Nach den Daten von Eurostat waren im Jahr 2006 in den Bildungseinrichtungen der Großregion (ohne ISCED 0 - Vorschulerziehung) rund 2,2 Millionen Schüler und Studierende eingeschrieben, fast 46.000 mehr als im Jahr 2000.³³ Davon befanden sich gut 1,26 Millionen Schüler im Primarbereich (ISCED 1) und in der Sekundarstufe I (ISCED 2), d.h. in den Bildungsgängen der Mindestschulzeit. Weitere 593.000 Schüler und Studierende besuchten Bildungseinrichtungen im Sekundarbereich II (ISCED 3) und im postsekundären, nichttertiären Bereich (ISCED 4). Im Tertiärbereich (ISCED 5-6) schließlich zählte die Großregion im Jahr 2006 rund 347.000 Studierende.

Studierende im Sekundarbereich II und in postsekundärer, nichttertiärer Bildung

Der Sekundarbereich II beginnt normalerweise am Ende der Schulpflicht, wobei üblicherweise der Abschluss einer neunjährigen oder längeren Vollzeitschulbildung die Zulassungsvoraussetzung ist. Die allgemeine Bildung der Sekundarstufe II umfasst Programme, die bei erfolgreichem Abschluss üblicherweise Zugang zu Hochschulprogrammen bieten. Mit der Berufsbildung der Sekundarstufe II sollen die Studierenden hauptsächlich mit der Arbeitswelt bekannt gemacht und auf weitere berufliche oder technische Bildungsgänge vorbereitet werden. Der postsekundäre, nichttertiäre Bereich umfasst Bildungsgänge, die über die Sekundarstufe II hinausgehen, aber nicht dem Hochschulniveau gleichgestellt werden.³⁴ Das Anfangs-/Abschlussalter und die Altersspanne der Studierenden hängen von den nationalen Bildungsgängen ab. Um die relativ weiten Altersspannen je nach Land abzudecken, wird dieser Indikator in internationalen Vergleichen im Allgemeinen auf die breit angelegte Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen bezogen.

Fast 43% aller Jugendlichen in der Großregion in Bildungsgängen des mittleren Qualifikationsbereichs

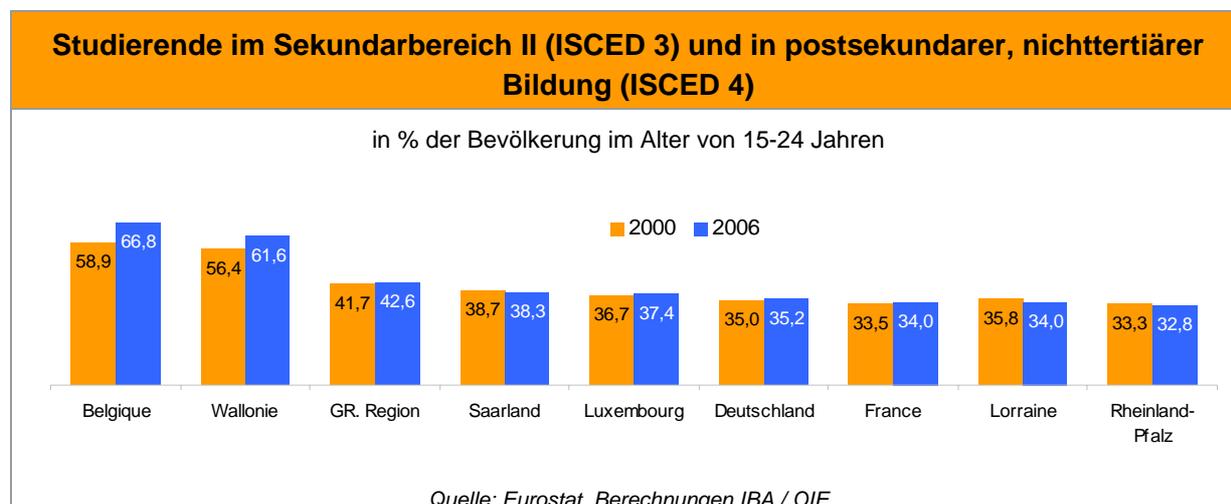
Im Jahr 2006 waren so in der Großregion knapp 43% der Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren in Bildungsgängen der Sekundarstufe II und im postsekundären, nichttertiären Bereich eingeschrieben. Mit einem Anteil von fast 62% weist dabei die Wallonie die mit Abstand höchste Beteiligungsrate auf, während alle übrigen Teilgebiete der Großregion deutlich darunter liegen. Die Wallonie – ebenso wie die anderen belgischen Regionen – bewegt sich damit in der Spitzengruppe der europäischen Regionen mit Beteiligungsraten über 50%, die angeführt wird von den Regionen des Vereinigten Königreichs und dem Pays de la Lore und Nord-Pas-de-Calais in Frankreich.³⁵ Gleichzeitig ist in der Wallonie der Anteil der Schüler

³³ Hinzu kommen rund 406.000 Kinder, die eine Vorschuleinrichtung (ISCED 0, Elementarbereich) besuchten – knapp 18.000 mehr als im Jahr 2000.

³⁴ Oft handelt es sich dabei um anspruchsvollere technische und berufliche Bildungsgänge für die Lehrerbildung oder medizinische Berufe und / oder für den Bereich Handel und Marketing (vgl. Eurostat Jahrbuch der Regionen 2007, S. 148).

³⁵ Bezogen auf das Jahr 2004, vgl. ebd.

und Studierenden in diesen Bildungsgängen seit dem Jahr 2000 auch um mehr als 5 Prozentpunkte gestiegen. In den übrigen Teilgebieten des Kooperationsraums gab es dagegen in diesem Zeitraum kaum Veränderungen.



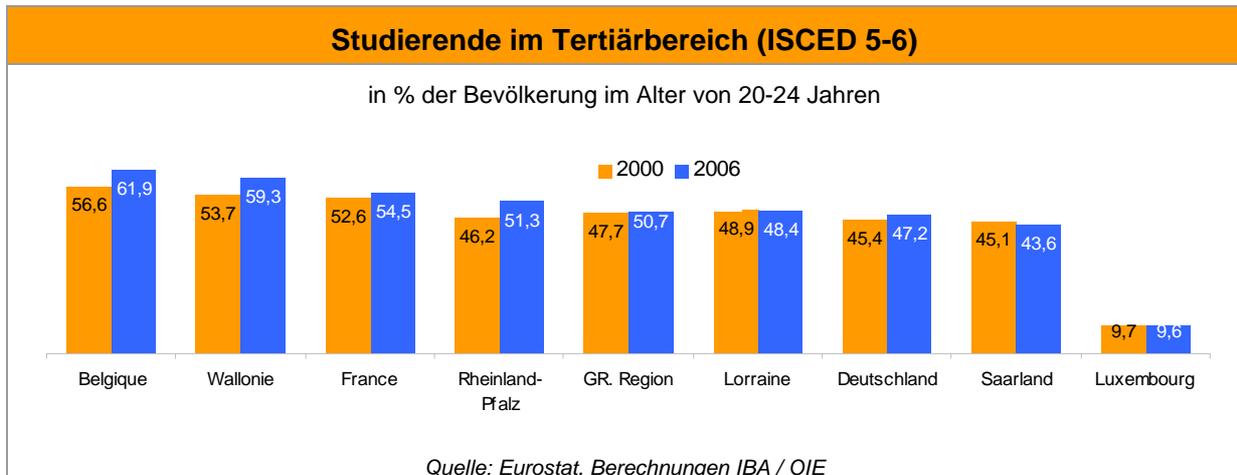
Studierende im Tertiärbereich

Die tertiäre Bildung umfasst sowohl weitgehend theoretisch orientierte Bildungsgänge, die den Zugang zu höheren forschungsorientierten Bildungsgängen oder zu Berufen mit hohen Qualifikationsanforderungen eröffnen sollen, als auch Bildungsgänge auf der gleichen Qualifikationsebene, die jedoch stärker berufsorientiert sind und auf den direkten Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten. Zulassungsvoraussetzung ist üblicherweise der erfolgreiche Abschluss von Bildungsgängen der ISCED-Stufen 3 und/oder 4. Um die relative Größe der Studentenpopulation auf regionaler Ebene aufzuzeigen, wird die Zahl der Studierenden zur Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen in Beziehung gesetzt. Zu beachten ist allerdings, dass der Indikator auf Daten über die Studienorte beruht, sich also nicht auf den Herkunfts- oder Wohnort bezieht. Daher zeigt dieser Indikator zunächst nicht die ungleiche Beteiligung an der Hochschulbildung, sondern vielmehr die ungleiche Verteilung von Hochschuleinrichtungen auf die Regionen.

Anteil der Studierenden an Hochschulen in der Großregion etwas geringer als im europäischen Mittel

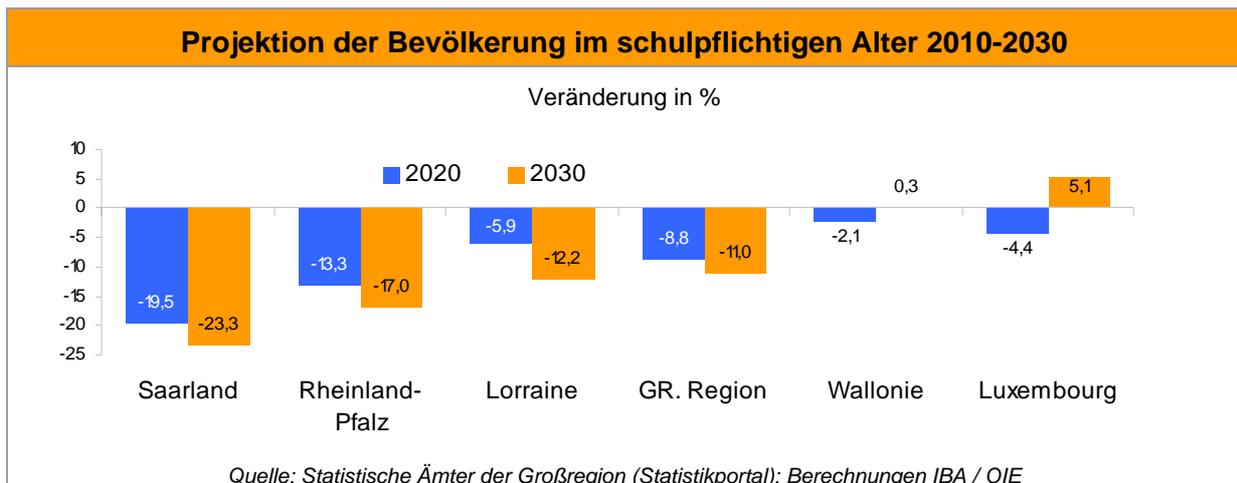
In der Großregion nahmen im Jahr 2006 durchschnittlich 51% der 20- bis 24-Jährigen an Hochschulbildungsgängen teil – etwas weniger als im Mittel der Europäischen Union (55%). Aufgrund der höheren Zahl an Universitäten und anderen Hochschuleinrichtungen, die viele Studierwillige aus anderen Regionen anzieht, weisen dabei die Wallonie und Rheinland-Pfalz wesentlich höhere Prozentsätze auf als die anderen Teilgebiete des Kooperationsraums. Dort gehen viele Jugendliche zu Studienzwecken ins Ausland oder in eine andere Region, meist in größere Städte. Besonders deutlich wird dies in Luxemburg, das mit knapp 10% hier einen außerordentlich niedrigen Anteil ausweist. Im Großherzogtum ist der tertiäre Bildungsbereich deutlich weniger ausgebaut als in anderen Ländern. Die 2003 gegründete Universität befindet sich nach wie vor im Aufbau und hat auch einen starken Schwerpunkt im Forschungsbereich. Viele Luxemburgerinnen und Luxemburger nehmen daher als „Bildungsaus-

länder“ vor allem an den Hochschulen und Universitäten der angrenzenden Regionen ein Studium auf, was der Hauptgrund für die niedrigen Anteilswerte im Großherzogtum ist.



Projektion der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter lässt merkliche Rückgänge erwarten

Die demographische Entwicklung war in den vergangenen Jahren europaweit wie auch in der Großregion geprägt von rückläufigen Geburtenraten, die dazu geführt haben, dass die Bevölkerung altert und der Anteil der Jüngeren abnimmt – ein Trend, der sich in Zukunft noch verstärken wird. Diese Veränderungen bleiben natürlich nicht ohne Auswirkungen auf den schulischen Bereich. Nach den vorliegenden Projektionen ist im Zeitraum zwischen 2010 und 2030 in der Großregion ein Rückgang der schulpflichtigen Bevölkerung um insgesamt 11% zu erwarten. Betroffen sind insbesondere die beiden deutschen Regionen sowie Lothringen, während die Entwicklung in der Wallonie und Luxemburg moderater ausfällt bzw. teilweise sogar Zuwächse erwartet werden.



Demographische Entwicklung als bildungspolitische Herausforderung

Die bereits eingetretenen und für die nächsten Jahre absehbaren Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung stellen gerade aus bildungspolitischer Sicht eine große Herausforderung dar: Ihr ohnehin schon bedeutender Stellenwert in der durch ein hohes Tempo an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen geprägten Wissensgesellschaft verstärkt

sich zusätzlich durch den demographischen Wandel. Eine gute und qualifizierte Bildung der Bevölkerung ist Grundvoraussetzung für ein hinreichend qualifiziertes Arbeitskräfteangebot. Sie ist nicht nur wesentlicher Faktor zur Sicherung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen sowie des sozialen Zusammenhalts, sondern zugleich der Schlüssel zu persönlichem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Bildungsbeteiligung auf hohem Niveau trägt so entscheidend dazu bei, dass das erforderliche Angebot an Fachkräften sichergestellt und unabhängig von der sozialen Herkunft alle Begabungspotentiale und Arbeitsmarktchancen ausgeschöpft werden.

Alle Köpfe mitnehmen und Begabungspotentiale gleichberechtigt fördern

Aus ökonomischer wie gesellschaftspolitischer Sicht sind daher alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um das allgemeine Bildungsniveau weiter anzuheben, gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Qualifizierung sicherzustellen sowie die Qualität und Wirksamkeit des Lernens auf allen Bildungsebenen zu verbessern. Sofern sie nicht als Einsparpotential der Bildungsfinanzierung genutzt werden, bieten sinkende Schülerzahlen hier auch Chancen, etwa durch günstigere Schüler-Lehrer-Relationen und die damit verbesserten individuellen Betreuungsmöglichkeiten. In allen Teilgebieten der Großregion verlassen immer noch viel zu viele Jugendliche das Schulsystem mit ungenügenden Qualifikationen oder sogar gänzlich ohne Abschluss. Besonders betroffen sind Jugendliche aus sozial schwachen Familien sowie solche mit Migrationshintergrund. Eine aktuelle Studie aus Rheinland-Pfalz³⁶ zeigt etwa, dass im Jahr 2008 rund 13% der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien ohne Hauptschulabschluss aus dem Schulsystem entlassen wurden – mehr als doppelt so viele wie bei ihren Mitschülern aus einer Herkunftsfamilie ohne Migrationshintergrund. Gleichzeitig wiesen letztere auch deutlich häufiger höher qualifizierende Abschlüsse auf. Auch in den anderen Regionen hängen Lernerfolge sehr stark von der sozialen Herkunft ab, wobei gerade die Kinder aus Zuwanderfamilien besonders häufig zu den Bildungsverlierern zählen. Dies geschieht meist bereits in einem sehr frühen Stadium, wie etwa die Grundschul-Lesestudie Iglu und die Schüler-Studie Pisa belegen.

Beteiligung am lebenslangen Lernen: wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit

Eine wesentliche Rolle kommt ebenso der kontinuierlichen Weiterbildung zu. Das so genannte lebenslange Lernen ist einerseits bedeutsam für die persönliche Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe. Andererseits gilt es als wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit in einer durch technologischen Fortschritt und Globalisierung geprägten Wissensgesellschaft, in der das einmal erworbene Wissen immer schneller an Aktualität verliert. Eine besondere Relevanz gewinnt das lebenslange Lernen zudem vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, die einen längeren Verbleib älterer Menschen in der Arbeitswelt zur Folge hat. Menschen jeden Alters und jeder Qualifikationsstufe soll daher ein gleichberechtigter und ungehinderter Zugang zu hochwertigen Lernangeboten und einer Vielzahl von Lernerfahrungen ermöglicht werden. Der Europäische Rat hat sich daher im Mai 2003 dafür ausgesprochen, dass bis zum Jahr 2010 jährlich 12,5%

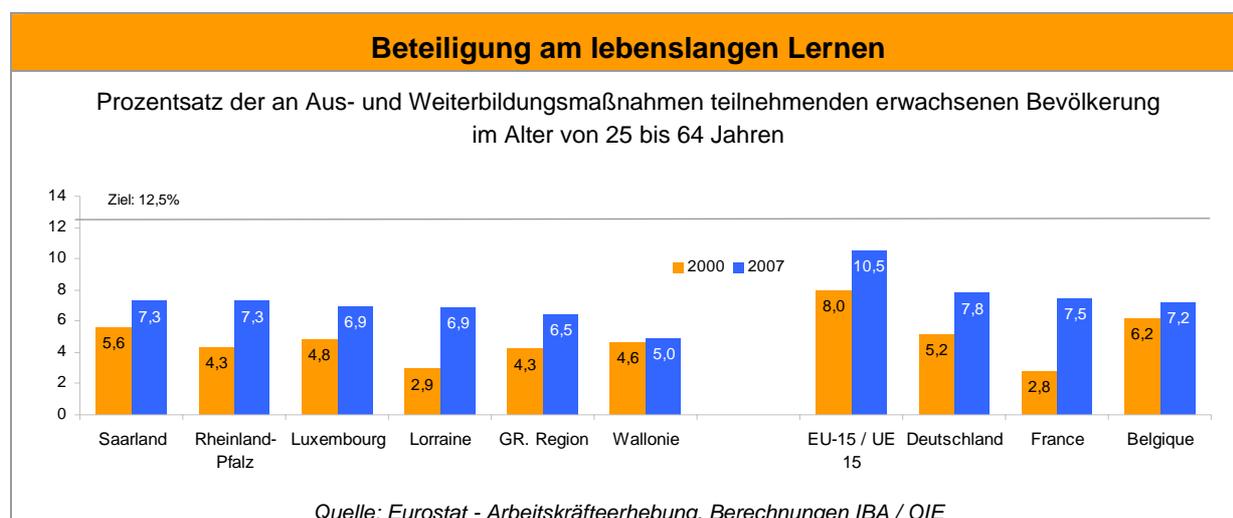
³⁶ Vgl. Schomacker, Christine u.a.: Schulische und berufliche Qualifikation von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2008, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Ausgabe 11/2008

aller 25- bis 64-Jährigen in der Europäischen Union an Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen sollen.

Lebenslanges Lernen umfasst die Beteiligung an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen, die einer kontinuierlichen Verbesserung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen dienen – formell oder informell; am Arbeitsplatz, im Rahmen des formellen Bildungssystems oder anderswo. Die Absicht oder das Ziel des Lernens ist der entscheidende Faktor, der diese Lerntätigkeiten von anderen Aktivitäten etwa kultureller oder sportlicher Natur unterscheidet. Die Daten über lebenslanges Lernen stammen aus der Arbeitskräfteerhebung und schließen alle Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren ein, die vier Wochen vor der Erhebung an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben.

Beteiligung am lebenslangen Lernen in der Großregion deutlich unter dem EU-Mittel

In der Großregion lag die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen im Jahr 2007 bei 6,5% und damit deutlich niedriger als in der EU-15 (10,5%). Weder im Kooperationsraum noch im Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten wurde bisher die Zielvorgabe von 12,5% erreicht. Innerhalb der Großregion variieren die Anteilswerte von jeweils 7,3% in den beiden deutschen Regionen bis hin zu lediglich 5% in der Wallonie. Im Vergleich zu 2000 konnte nur Lothringen die Teilnahmequote am lebenslangen Lernen nennenswert steigern – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. In allen Regionen müssen somit noch erhebliche Anstrengungen erfolgen, um den EU-Zielwert von 12,5% zu erreichen.



5. Lebensbedingungen

5.1 Einkommen

Einkommen ist die zentrale Ressource der Menschen für die Erreichung und Sicherung eines gewünschten Lebensstandards und wirkt sich nicht zuletzt auch auf das Niveau der wahrgenommenen Lebensqualität aus. In internationalen Vergleichen wird häufig das BIP je Einwohner verwendet (vgl. hierzu Kap. 2.1), um die Lebensstandards einzelner Länder und Regionen gegenüberzustellen. Allerdings sagen diese Werte wenig über die Einkommensverteilung aus. Nachfolgend werden daher zur Betrachtung des „monetären Wohlstands“ die Indikatoren Haushaltseinkommen und Arbeitnehmerentgelte herangezogen.

5.1.1 Haushaltseinkommen

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird zwischen zwei Phasen der Einkommensverteilung unterscheiden.³⁷ Das primäre Einkommensverteilungskonto zeigt die gebietsansässigen (inländischen) Einheiten in ihrer Eigenschaft als Empfangende von Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen. Das **Primäreinkommen** der privaten Haushalte setzt sich zusammen aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt, den Einkommen aus selbständiger Arbeit und den per Saldo empfangenen Vermögenseinkommen. Das Primäreinkommen wird als Grundlage für die Berechnung der sekundären Einkommensverteilung verwendet, die den staatlichen Umverteilungsmechanismus zeigt. Alle monetären Sozialleistungen und Transfers werden nun zum Primäreinkommen hinzugerechnet, und von diesem Gesamtbetrag müssen die Haushalte Einkommen- und Vermögenssteuern sowie Sozialbeiträge zahlen und Transfers vornehmen. Der sich aus diesen Transaktionen ergebende Saldo wird als **verfügbares Einkommen** der privaten Haushalte bezeichnet, das für Konsum- und Sparszwecke verwendet werden kann. Als Bezugsgröße zur Normierung bei internationalen Vergleichen dient die Einwohnerzahl.

Diese Daten werden in den regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf NUTS-Ebene 2 erfasst. Für interregionale Vergleiche werden die Daten zum Haushaltseinkommen analog der üblichen Vorgehensweise beim regionalen BIP unter Verwendung von Kaufkraftstandards (KKS) für den privaten Konsum neu berechnet, die als Kaufkraftkonsumstandards (KKKS) bezeichnet werden. Derzeit verfügt Eurostat noch nicht über einen vollständigen Datensatz für alle Länder und Regionen. Dies gilt auch für Luxemburg,³⁸ das in seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher noch keine Sektorkonten der Haushalte aufstellt und daher das verfügbare Einkommen der Haushalte noch nicht ermitteln kann. Bei anderen Indikatoren der Wohlstandsmessung, etwa dem Pro-Kopf-BIP, liegt das Großherzogtum jedoch regelmäßig weit vorne, so dass auch hier von einer führenden Position auszugehen ist.

Primäreinkommen der Teilregionen durchgängig unter den jeweiligen Landeswerten

Die für die Teilgebiete Saarland, Lothringen, Rheinland-Pfalz und die Wallonie verfügbaren Daten weisen eine Spannweite des durchschnittlichen Primäreinkommens der privaten

³⁷ Vgl. hier und im Folgenden: Eurostat (Hrsg.): Haushaltskonten, in: Eurostat Jahrbuch der Regionen 2008, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2008, S. 55-65.

³⁸ Auch für die DG Belgien (NUTS-Ebene 3) sind bei Eurostat keine Daten verfügbar.

Haushalte auf, die von 16.336 KKKS je Einwohner in der Wallonie bis hin zu 19.087 KKKS in Rheinland-Pfalz reicht. Damit liegen alle Regionen über dem EU-Durchschnitt, aber durchgängig unter ihrem jeweiligen nationalen Mittel. Am stärksten ausgeprägt ist dies in der Wallonie, die beim Primäreinkommen pro Kopf nur 86,5% des belgischen Durchschnitts erreichte, während sich Rheinland-Pfalz mit 98,8% fast auf Bundesniveau bewegt.

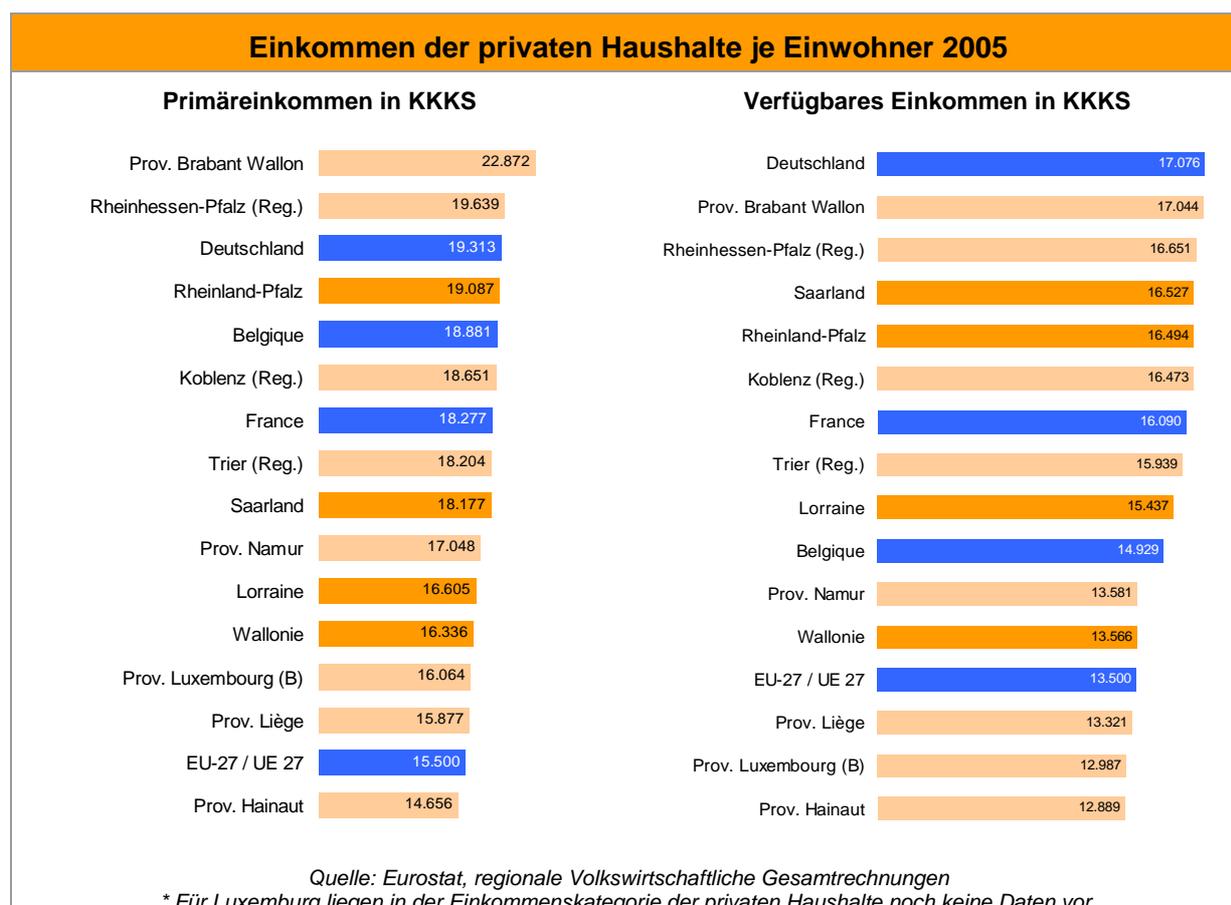
Teilweise beträchtliche regionale Disparitäten innerhalb von Rheinland-Pfalz und der Wallonie

In beiden Teilgebieten, für die zusätzliche Daten auf Ebene NUTS 2 zur Verfügung stehen, zeigen sich darüber hinaus zum Teil erhebliche innerregionale Unterschiede. In der deutschen Region fällt so das Primäreinkommen im Raum Trier merklich geringer aus als in Rheinhessen-Pfalz, das gleichzeitig auch im nationalen und interregionalen Vergleich sehr gut abschneidet. Insbesondere die Gebiete entlang des Rheins an der Außengrenze der Großregion befinden sich dabei im direkten Einflussbereich der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Wesentlich ausgeprägter als in Rheinland-Pfalz sind aber die Einkommensunterschiede zwischen den wallonischen Provinzen: Das mit Abstand höchste Primäreinkommen je Einwohner weist hier die an Brüssel angrenzende Provinz Wallonisch Brabant auf, die damit nicht nur deutlich über dem belgischen Durchschnittswert liegt, sondern auch im europäischen Vergleich in der Spitzengruppe der 15 führenden Regionen vertreten ist.³⁹ Weit abgeschlagen ist demgegenüber der Hennegau, der mit einem Primäreinkommen von 14.656 KKKS im Jahr 2005 nur 77,6% des belgischen Durchschnitts erreicht. Damit verbleibt die wallonische Industrieregion auch unter dem EU-Mittel und bildet im interregionalen Vergleich das Schlusslicht.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Anders als das Primäreinkommen wird das verfügbare Einkommen stark von staatlichen Eingriffen und sonstigen Transferzahlungen beeinflusst. Als Ergebnis der vom Staat erhobenen Steuern ist das verfügbare Einkommen gewöhnlich niedriger als das Primäreinkommen. Gleichzeitig haben Sozialbeiträge / Sozialleistungen eine ausgleichende Wirkung auf die Einkommen der Haushalte. Im Vergleich zum Primäreinkommen ergibt sich so eine leicht geänderte Reihenfolge der hier betrachteten Teilregionen des Kooperationsraums. War beim Primäreinkommen Rheinland-Pfalz noch am oberen Ende der Skala zu finden, wird diese beim verfügbaren Einkommen nun vom Saarland angeführt. Im Jahr 2005 stand jedem saarländischen Einwohner im Durchschnitt ein Einkommen von 16.527 KKKS für den Konsum oder zum Sparen zur Verfügung. In der Wallonie, die auch hier am unteren Ende der Skala rangiert, waren es 13.566 KKKS pro Kopf der Bevölkerung, das sind 2.961 KKKS weniger. Die Spannweite der regionalen Werte ist somit ähnlich wie beim Primäreinkommen.

³⁹ Angeführt wird diese Gruppe von den Regionen Inner London, Hamburg und Oberbayern. Vgl. Eurostat (Hrsg.): Einkommen der privaten Haushalte in den Regionen der Europäischen Union 2004, Reihe „Statistik kurz gefasst“, Nr. 8/2008.



Regionale Unterschiede in den wallonischen Provinzen beim verfügbaren Einkommen etwas geringer, aber nach wie vor beträchtlich

Erneut zeigen sich innerhalb von Rheinland-Pfalz und der Wallonie deutliche Unterschiede. Während in Rheinland-Pfalz die Relationen zwischen den drei Regionen Rhein Hessen-Pfalz, Koblenz und Trier weitgehend unverändert bleiben, sind in den wallonischen Provinzen die Disparitäten beim verfügbaren Einkommen durch die staatliche Aktivität sowie sonstige Transfers nicht mehr ganz so stark ausgeprägt wie beim Primäreinkommen (Faktor 1,3 gegenüber 1,7). Mit einer Differenz von 4.155 KKKS sind jedoch die Einkommensunterschiede zwischen dem prosperierenden Wallonisch Brabant und dem wirtschaftlich weniger wohlhabenden Hennegau nach wie vor beträchtlich. Nur unwesentlich höhere Pro-Kopf-Einkommen stehen den Bewohnern der Provinzen Belgisch Luxemburg und Lüttich zur Verfügung.

Verhältnis zwischen Primäreinkommen und verfügbarem Einkommen

Wie schon beim Primäreinkommen blieben auch beim verfügbaren Einkommen die vier hier betrachteten Teilgebiete der Großregion über dem europäischen, aber unter ihrem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz haben sich jetzt allerdings die Abstände etwas vermindert. Dies gilt insbesondere für Lothringen, das nun knapp 96% des französischen Durchschnitts erreicht. Beim Primäreinkommen waren es lediglich 91%. In der französischen Region ist gleichzeitig der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen mit 93% am höchsten, d.h. die konsolidierende Wirkung der staatlichen Eingriffe ist am stärksten ausgeprägt. Knapp dahinter folgt das Saarland mit 90,9%. Rheinland-Pfalz liegt bei einem – im Bundesvergleich unterdurchschnittlichen – Wert von 86,4% und die Wallonie

bei 83%. Dort erreicht jedoch der Hennegau mit 87,9% einen deutlich höheren Prozentsatz, während Wallonisch Brabant mit 74,5% den geringsten Wert aller hier betrachteten Gebiete aufweist.

Europaweit lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen im Jahr 2005 bei 87,1%, wobei die Länder der EU-15 im Allgemeinen niedrigere Prozentsätze aufweisen als die neuen Mitgliedstaaten. In den Hauptstädten und anderen prosperierenden Regionen der EU-15-Länder liegt das verfügbare Einkommen meist unter 80% des Primäreinkommens, während sich in den wirtschaftlich weniger wohlhabenden Gebieten entsprechend höhere Prozentsätze erkennen lassen. Dieser Effekt kommt dadurch zustande, dass in Regionen mit relativ hohem Einkommen ein größerer Teil des Primäreinkommens in Form von Steuern an den Staat abgeführt wird. Gleichzeitig fallen die staatlichen Sozialleistungen niedriger aus als in Regionen mit vergleichsweise geringem Einkommen.⁴⁰

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in % des Primäreinkommens 2005	
Lorraine	93,0
Saarland	90,9
Deutschland	88,4
<i>Koblenz (Reg.)</i>	88,3
France	88,0
<i>Prov. Hainaut</i>	87,9
<i>Trier (Reg.)</i>	87,6
EU-27 / UE 27	87,1
Rheinland-Pfalz	86,4
<i>Rheinhessen-Pfalz (Reg.)</i>	84,8
<i>Prov. Liège</i>	83,9
Wallonie	83,0
<i>Prov. Luxembourg (B)</i>	80,8
<i>Prov. Namur</i>	79,7
Belgique	79,1
<i>Prov. Brabant Wallon</i>	74,5

Quelle: Eurostat, regionale Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Entwicklungsdynamik seit 2000: Höchste Zuwächse in Lothringen, Trier, Belgisch Luxemburg und dem Saarland

Neben dem regionalen Vergleich der jeweiligen Einkommensniveaus für ein bestimmtes Jahr ist vor allem der Blick auf die mittelfristige Entwicklung interessant. Danach zeigt sich, dass seit 2000 zumindest einige Gebiete mit einem vergleichsweise niedrigen Primäreinkommen je Einwohner in den vergangenen Jahren etwas stärker zugelegt haben als die Regionen mit einem hohen Einkommensniveau. Den mit einem Plus von fast 24% höchsten Zuwachs weist Lothringen⁴¹ auf, das damit auch im nationalen Vergleich eine merklich günstigere Entwicklung verzeichnen kann. Es folgen die Region Trier und die Provinz Belgisch Luxemburg mit einem Anstieg von jeweils 13%. Beide Gebiete, ebenso wie das nördliche Lothringen, haben dabei nicht zuletzt von der dynamischen Wirtschaftsentwicklung im benachbarten Luxemburg profitiert, die zu einem stark wachsenden Pendlerstrom führte, in dessen Folge sich auch die Einkommenssituation in den benachbarten Grenzräumen zum Teil deutlich verbesserte.

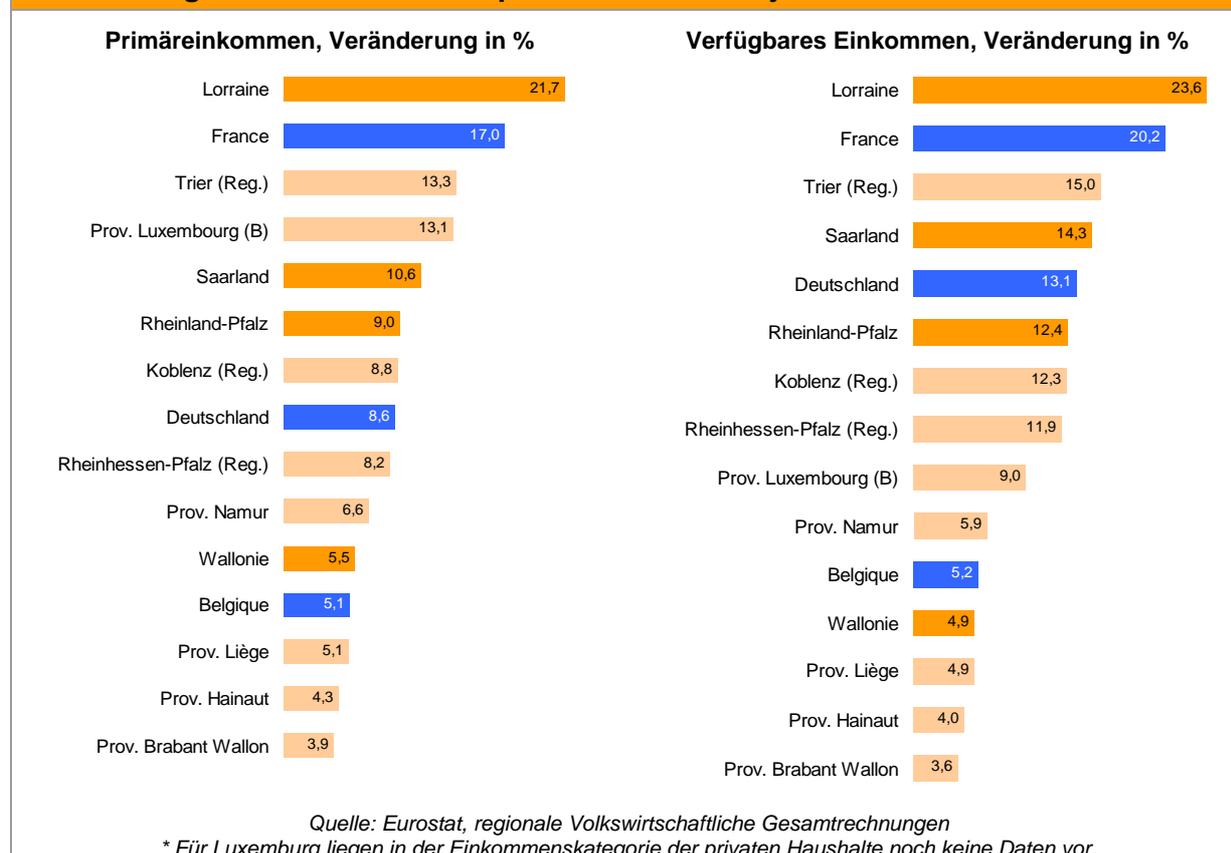
Auch das Saarland erreichte zwischen 2000 und 2005 überdurchschnittliche Einkommenszuwächse, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass im gleichen Zeitraum die Bevölkerung um rund 15.000 Einwohner (-1,4%) zurückgegangen ist. Die geringste Steigerungsrate verzeichnet dagegen die beim absoluten Niveau führende Provinz Wallonisch Brabant. Nur sehr bescheidene Einkommensverbesserungen lassen sich in diesem Zeitraum darüber hinaus im Hennegau sowie in der Provinz Lüttich beobachten. Beide Provinzen finden sich somit im interregionalen Vergleich nicht nur beim absoluten Niveau, sondern auch bei der Entwicklungsdynamik auf den hinteren Rängen wieder. In der Wallonie und ihren Provinzen ist

⁴⁰ Vgl. Eurostat Jahrbuch der Regionen 2008, a.a.O., S. 61.

⁴¹ Für Lothringen basiert der Wert für 2000 allerdings auf einer Schätzung von Eurostat (ebenso der Wert für Frankreich). Mit 13.643 KKKS je Einwohner fällt das Primäreinkommen dabei deutlich geringer aus als in den Folgejahren, die sich zwischen 15.000 und mehr als 16.000 KKKS bewegen.

darüber hinaus auffällig, dass sich der Anstieg der Primäreinkommen unter dem der verfügbaren Einkommen bewegt – besonders deutlich in der Provinz Belgisch Luxemburg zu beobachten. In allen anderen Regionen zeigt sich hier dagegen ein umgekehrter Zusammenhang. Dies gilt ebenso auf nationaler Ebene, auch in Belgien.

Entwicklung des Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in KKKS 2000-2005



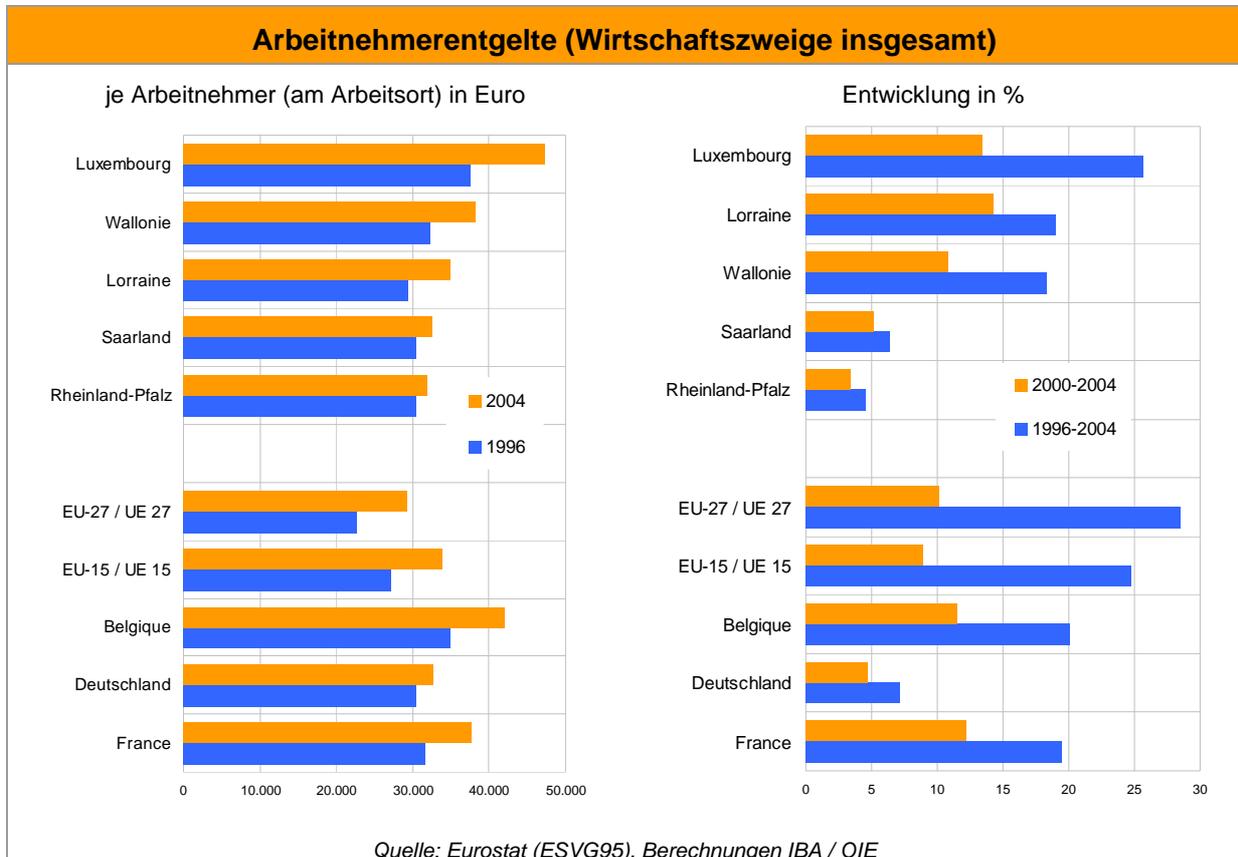
5.1.2 Einkommen aus unselbständiger Arbeit

Für viele Menschen sind Verdienste der wichtigste Teil ihres Einkommens. Verdienste sind Arbeitseinkommen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten regelmäßig beziehen. Sie entscheiden über den Lebensstandard und die Möglichkeiten der sozialen Sicherung von Familien und Alleinstehenden. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit, d.h. das Arbeitnehmerentgelt, umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer gezahlt werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Darstellungszeitraum geleistete Arbeit. Es beinhaltet somit die Bruttolöhne und -gehälter (einschließlich Sozialbeiträge und Lohnsteuer der Arbeitnehmer) sowie die tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Die nachfolgend verwendeten Daten stammen aus der Regionaldatenbank von Eurostat (ESVG95), die bis auf Ebene NUTS-2 zur Verfügung stehen. Bei den Zahlen handelt es sich um Durchschnittswerte für die Gesamtwirtschaft, in die die Entgelte aller Arbeitnehmer am Arbeitsort (Inlandskonzept) eingeflossen sind.

Luxemburg mit dem höchsten Arbeitnehmerentgelt ...

Innerhalb der Großregion reichte im Jahr 2004 die Bandbreite der Arbeitnehmerentgelte von durchschnittlich rund 47.000 Euro pro Kopf in Luxemburg bis hin zu knapp 32.000 Euro in Rheinland-Pfalz. Bei einer Gesamtdifferenz von rund 15.000 Euro wies die Spannweite zwischen dem höchsten und dem niedrigsten durchschnittlichen Arbeitnehmerentgelt einen Faktor von 1,5 auf. Luxemburg zeigte dabei nicht nur im interregionalen, sondern auch im europäischen Vergleich weit überdurchschnittliche Werte (139% des Durchschnitts der EU-15). Über dem Mittel der 15 europäischen Mitgliedstaaten lagen ebenso die Wallonie und Lothringen, die gleichzeitig aber unter ihrem jeweiligen nationalen Niveau verblieben (91 bzw. 93%). In der belgischen Region ist das Arbeitnehmerentgelt lediglich in der Provinz Wallonisch Brabant höher als im nationalen Durchschnitt (109%), während alle übrigen Provinzen wiederum merklich darunter lagen. Schlusslicht ist dieses Mal Belgisch Luxemburg, wo das Arbeitnehmerentgelt 93% des wallonischen und sogar nur 78% des belgischen Durchschnitts erreichte. Mit 97 bzw. 88% fallen die entsprechenden Vergleichswerte für den Hennegau etwas höher aus. Auch im Saarland und in Rheinland-Pfalz waren die Arbeitnehmerentgelte niedriger als im Bundesdurchschnitt, wobei mit 99 bzw. 98% die Abstände allerdings deutlich geringer ausfielen als in den anderen Teilregionen des Kooperationsraums. Zudem liegt Deutschland insgesamt unter dem Mittel der EU-15 (97%). Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Höhe des Arbeitnehmerentgelts nicht nur von der jeweiligen Wirtschaftsstruktur, sondern auch der Beschäftigtenstruktur abhängt. So übt gerade in Deutschland ein höherer Anteil der Arbeitnehmer eine Teilzeitbeschäftigung aus, so dass der Pro-Kopf-Wert hier tendenziell niedriger ausfällt.



... und dem stärksten Anstieg seit 1996

Auch bei der Betrachtung der Entwicklungsdynamik zwischen 1996 und 2004 nimmt Luxemburg im interregionalen Vergleich mit einem nominalen Plus von knapp 26% die führende Position ein. Auf europäischer Ebene haben jedoch die Arbeitnehmerentgelte auf dem Gebiet der heutigen EU-27 in diesem Zeitraum mit einem Anstieg von fast 29% merklich stärker zugelegt als im Großherzogtum, während die Länder der EU-15 etwas schwächer abschnitten (+25%). In den übrigen Teilgebieten der Großregion fielen demgegenüber die Zuwachsraten geringer aus. Lothringen und die Wallonie liegen dabei mit einem Plus von 19 bzw. 18% nochmals deutlich vor den beiden deutschen Teilregionen, wo die Arbeitnehmerentgelte zwischen 1996 und 2004 nominal nur um 6% (Saarland) und um 5% (Rheinland-Pfalz) gestiegen sind. Mit Ausnahme von Lothringen, dessen Zuwachsraten sich weitgehend auf dem Niveau von Frankreich insgesamt bewegen, blieb der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte in alle anderen Teilregionen unter dem jeweiligen nationalen Durchschnitt. Dieses Muster zeigt sich mit geringen Abweichungen auch für die Jahre 2000 bis 2004. Auffällig ist hier allerdings, dass Lothringen in diesem Zeitraum mit einem nominalen Plus von knapp 14% einen etwas höheren Zuwachs aufweist als Luxemburg (+13%).

Was bleibt den Arbeitnehmern netto im Geldbeutel?

Der aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entscheidende Faktor ist jedoch, was ihnen nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen netto noch zur Verfügung steht. Die Höhe der Abgaben gestaltet sich dabei in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. Orientiert an der relativen Abgabenlast für einen Niedriglohnempfänger waren im Jahr 2004 die Abzüge in Luxemburg mit einem Anteil von 29,6% am geringsten und in Belgien mit 48,9% am höchsten. Deutschland folgt aber dicht dahinter mit einem Wert von 47,8%. Frankreich lag bei 42,4% und im Durchschnitt der EU-27 bzw. EU-15 ergaben sich jeweils rund 40%.⁴²

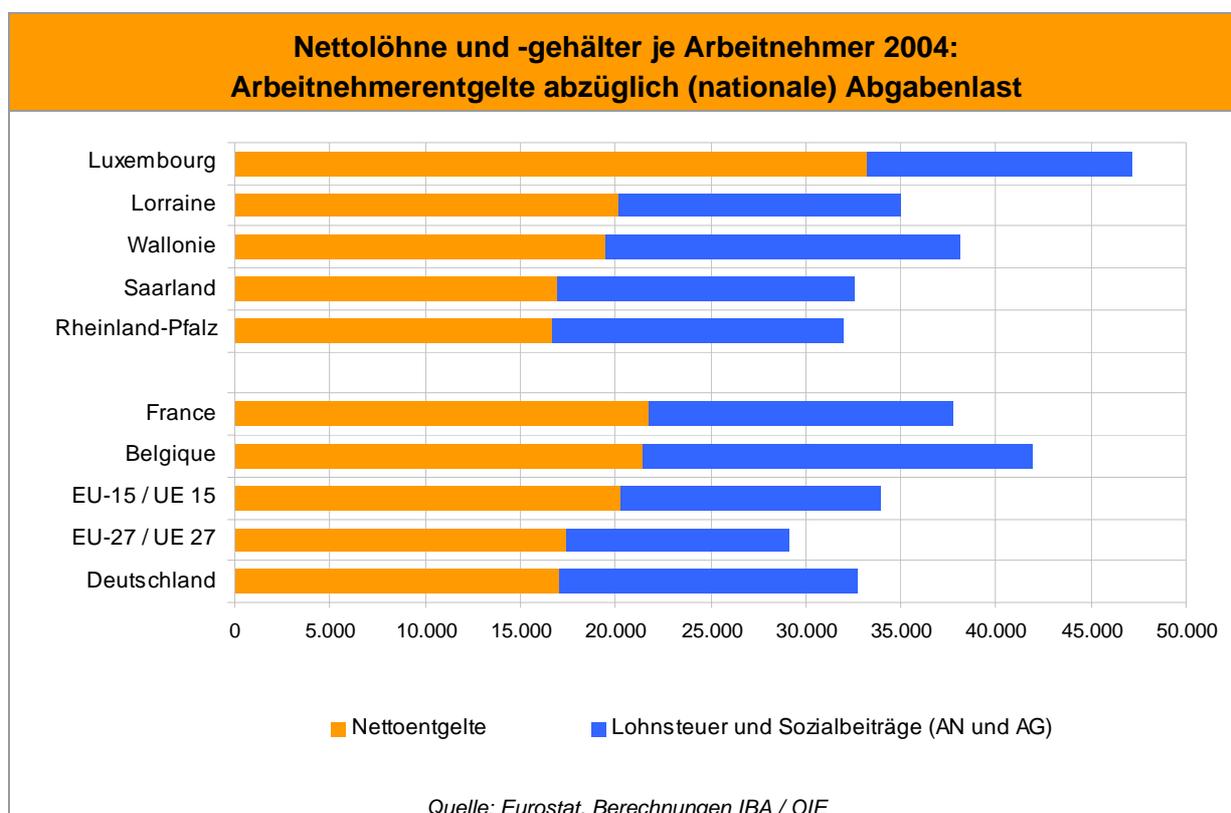
In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung blieben somit 2004 in Luxemburg vom Arbeitnehmerentgelt 70,4% als Nettolöhne und -gehälter bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – nicht nur im interregionalen, sondern auch im europäischen Vergleich ein weit überdurchschnittlicher Wert. Lediglich in den Niederlanden, auf Zypern sowie in Irland war das Verhältnis noch günstiger als im Großherzogtum. In Frankreich kamen bei den Arbeitnehmern immerhin noch 57,6% als Nettoverdienste an, während in Deutschland und Belgien lediglich etwas mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerentgelte übrig blieb (52,2 bzw. 51,1%).

Unterschiedlich hohe Gesamtabgabenlast vergrößert Spannweite der Verdienstunterschiede bei den Nettolöhnen und -gehältern

Umgelegt auf die einzelnen Teilregionen ergibt sich für die Nettoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Jahr 2004 eine Bandbreite von 33.200 Euro in Luxemburg bis hin zu 16.700 Euro in Rheinland-Pfalz. Gegenüber den Arbeitnehmerentgelten insgesamt bleibt somit im interregionalen Vergleich die Rangfolge der einzelnen Teilgebiete weitgehend bestehen. Ausnahmen sind Lothringen und die Wallonie, die wegen der geringeren Abgabenlast in Frankreich die Plätze getauscht haben. Vergrößert hat sich hingegen der Abstand zwischen den höchsten und den niedrigsten Pro-Kopf-Verdiensten: Betrug die Differenz zwi-

⁴² Quelle: Eurostat

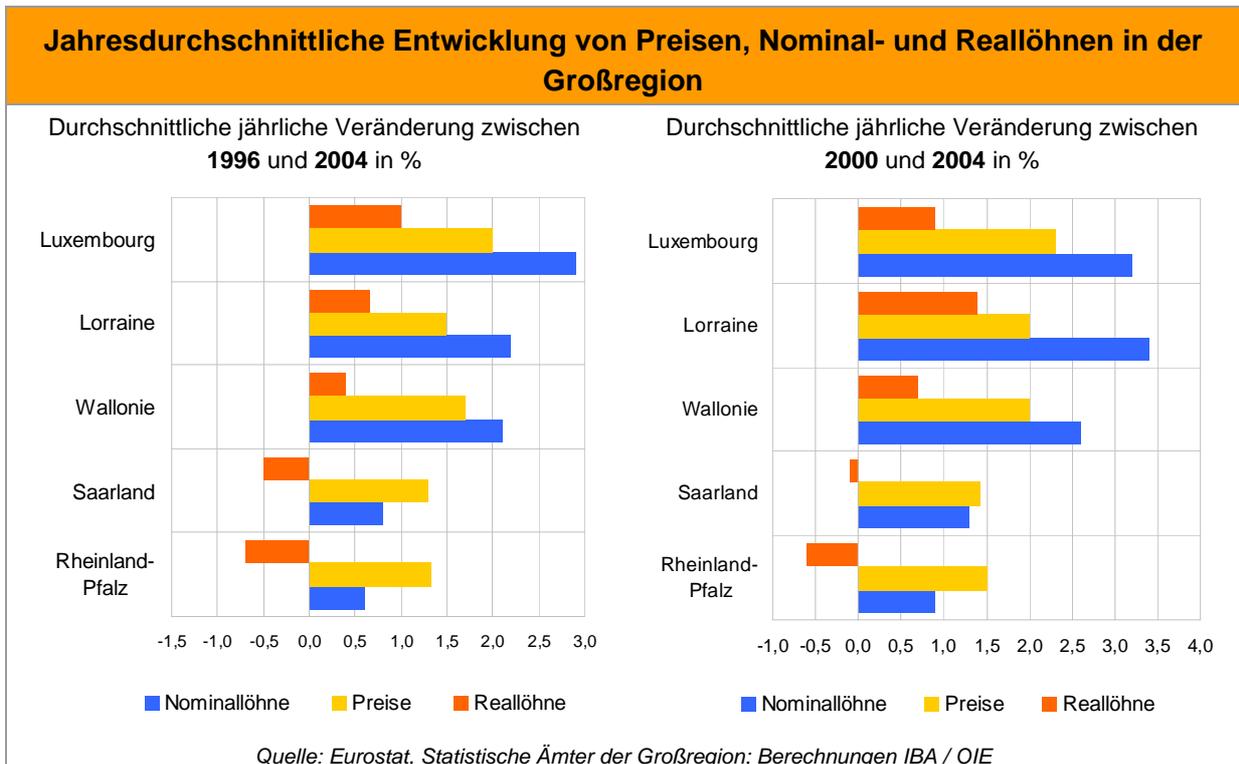
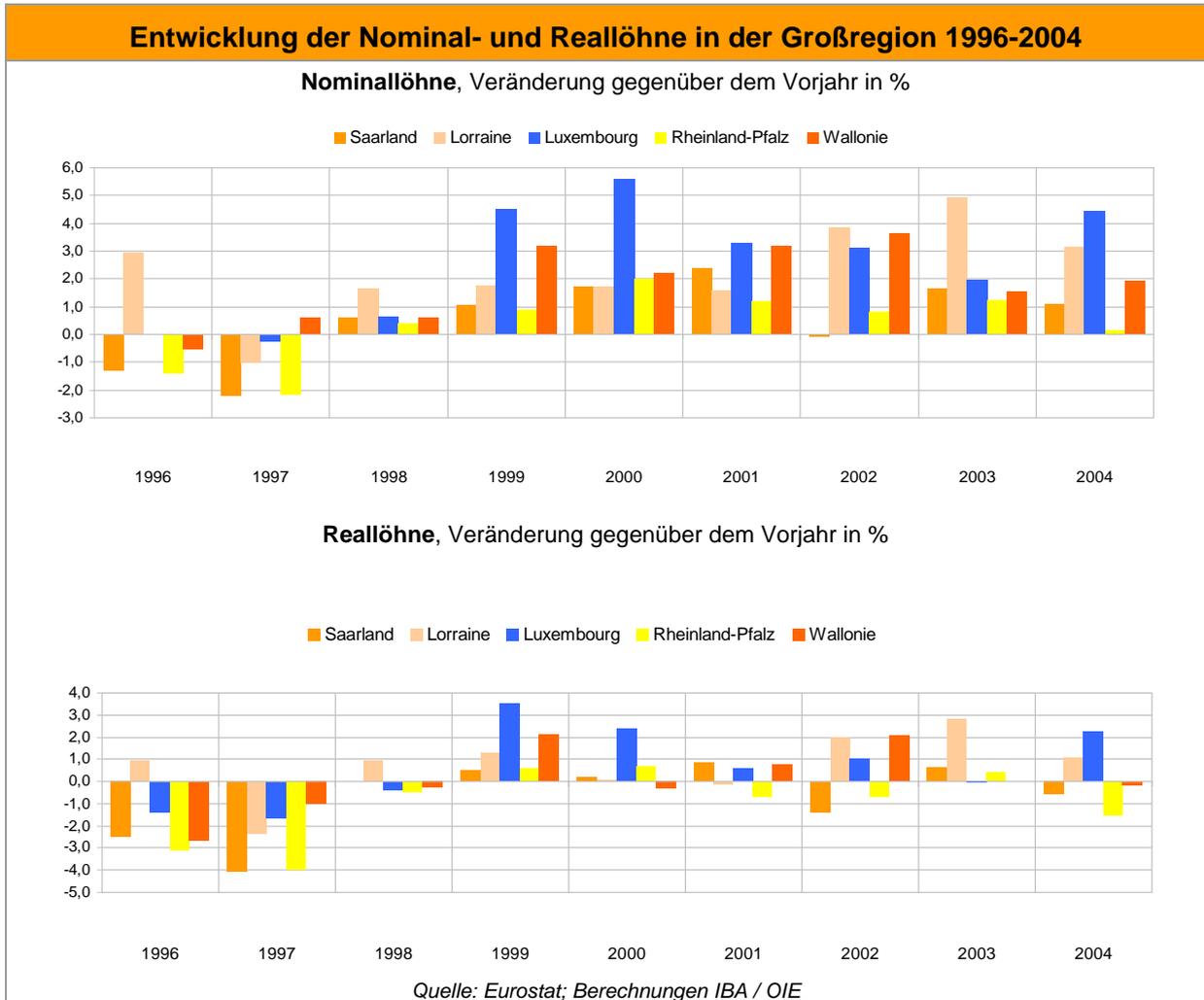
schen dem höchsten und dem niedrigsten Arbeitnehmerentgelt noch rund 15.200 Euro (Faktor 1,5), so lag diese bei den Nettoverdiensten bei gut 16.500 Euro und erhöhte sich auf den Faktor 2.



Entwicklung der Nominal- und Reallöhne

Betrachtet man die Entwicklung der Nominal- und Reallöhne⁴³ in der Großregion, so zeigen sich deutlich unterschiedliche Trends zwischen den einzelnen Teilgebieten. Zwischen 1996 und 2004 sind die Nominallöhne in Luxemburg am stärksten gestiegen, gefolgt von Lothringen und der Wallonie, die in etwa gleichauf liegen. Merkwürdig abgeschlagen sind demgegenüber jedoch die beiden deutschen Regionen, die im Betrachtungszeitraum zwar ebenfalls Nominallohnzuwächse aufweisen, aber in einem erheblich geringeren Umfang als die drei anderen Teilgebiete. Dieses Muster zeigt sich in der Grundtendenz ebenso für den Zeitraum zwischen 2000 und 2004.

⁴³ Die nachfolgenden Analysen beziehen sich streng genommen nicht auf „Löhne“, sondern auf die bereits zuvor verwendeten Daten zu den Arbeitnehmerentgelten, da die Bruttolöhne und -gehälter in einer interregional vergleichbaren Form für die Gesamtwirtschaft nicht zur Verfügung stehen. D.h. also der hier verwendete Lohnbegriff ist weiter gefasst als dies in regionalen bzw. nationalen Analysen üblicherweise getan wird. Nominallöhne sind daher hier definiert als das Pro-Kopf-Einkommen aus unselbständiger Arbeit, d.h. Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter plus Sozialbeiträge der Arbeitgeber). Entsprechend berechnen sich die Reallöhne aus den Arbeitnehmerentgelten pro Kopf abzüglich der Preisentwicklung.



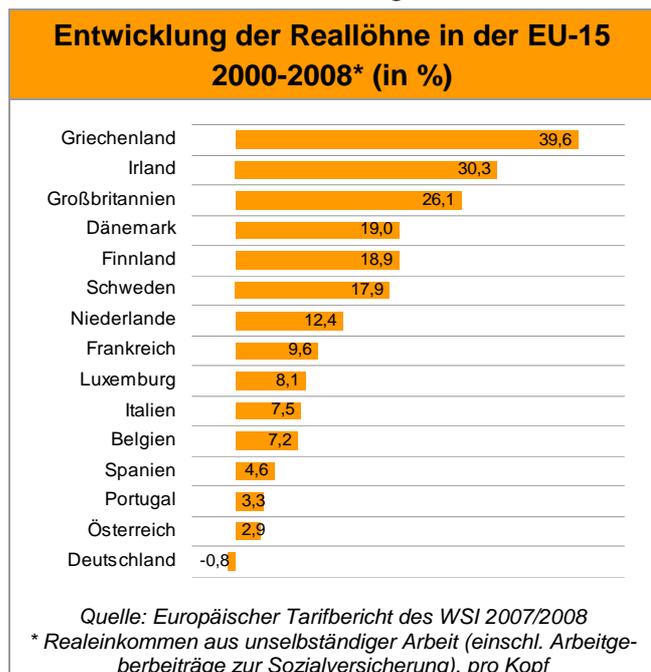
Saarland und Rheinland-Pfalz mit realen Einkommensverlusten

Noch stärker aus dem Rahmen fallen das Saarland und Rheinland-Pfalz jedoch bei der Entwicklung der um die Inflationsrate bereinigten Reallöhne. Anders als in Luxemburg, Lothringen und der Wallonie, wo sowohl zwischen 1996 und 2004 als auch zwischen 2000 und 2004 die jahresdurchschnittliche Entwicklung der Reallöhne positiv verlief, haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den beiden deutschen Regionen trotz nominal steigender Verdienste aufgrund der Preisentwicklung reale Einkommensverluste zu verzeichnen. Die gleichwohl in einzelnen Jahren (z.B. 1999, 2000 oder 2003) erzielten Zuwächse blieben dabei auf einem relativ bescheidenen Niveau, so dass sie in der Gesamtbetrachtung kaum ins Gewicht fielen.

Aber auch in den anderen Teilgebieten der Großregion fiel die Bilanz für die Arbeitnehmerschaft nicht in allen Jahren günstig aus. So mussten etwa die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Wallonie mit Ausnahme der Jahre 1999 und 2002 entweder eine weitgehende Stagnation bzw. einen Rückgang ihrer Realeinkommen hinnehmen. Nach den beiden deutschen Teilregionen verzeichnet die Wallonie daher die vergleichsweise ungünstigste Entwicklung. Deutlich besser verlief diese in Luxemburg und in Lothringen. Im Großherzogtum haben sich nach den Verlusten in den Jahren 1996 bis 1998 seit 1999 wieder zum Teil erhebliche Reallohnzuwächse ergeben, die sich aber seit 2001 im Zuge des Konjunkturtiefs deutlich abschwächten und erst seit 2004 mit dem Wirtschaftsaufschwung wieder sichtbar angestiegen sind. Lothringen verzeichnet insbesondere seit 2002 wieder reale Einkommenssteigerungen – teilweise sogar gegen den Trend der anderen Regionen. Zwischen 2000 und 2004 fiel so auch der Reallohnzuwachs in Lothringen von allen Teilgebieten der Großregion am höchsten aus.

Deutschland seit einigen Jahren am unteren Ende der europäischen Lohnskala

Auf europäischer Ebene zeigt der Vergleich der Reallohnentwicklung in den 15 EU-Mitgliedstaaten für die Jahre 2000 bis 2008, dass Deutschland mit einem Minus von 0,8% das einzige Land ist, das Reallohnverluste zu verzeichnen hat.⁴⁴ Bereits seit langem bewegt sich die Bundesrepublik am Ende der europäischen Lohnskala und nimmt so eine lohnpolitische Sonderrolle ein. Demgegenüber sind im gleichen Zeitraum die Reallöhne in Frankreich um 9,6%, in Luxemburg um 8,1% und in Belgien um 7,2% gestiegen. Alle drei Länder liegen dabei lediglich im hinteren Mittelfeld der EU-15. Die skandinavischen Länder erzielten eine Reallohnsteigerung von 18 bzw. 19%. Großbritannien, Irland und Griechenland weisen sogar Zuwächse zwischen 26,1 und 39,6% auf.



⁴⁴ Vgl. Schulten, Thorsten: Europäischer Tarifbericht des WSI 2007/2008, in: WSI-Mitteilungen 9/2008.

5.2 Inflation, Verbraucherpreisentwicklung

Zu den in der Öffentlichkeit am besten bekannten Wirtschaftsstatistiken gehört die Preisentwicklung von Verbrauchsgütern und Dienstleistungen, die im Allgemeinen als Inflations- oder Teuerungsrate bezeichnet wird. Die Teuerungsrate gibt Aufschluss über die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Sie ist damit für alle Verbraucherinnen und Verbraucher unmittelbar von Bedeutung, da sich die Entwicklung der Preise für Konsumgüter in jedem Geldbeutel bemerkbar macht und sich so direkt auf den materiellen Lebensstandard auswirkt. Darüber hinaus ist die Verbraucherpreisstatistik für die Geldpolitik ebenso wie für die Tarifpolitik unverzichtbar.

Zur Messung der Inflation wird der so genannte „Verbraucherpreisindex“ bestimmt, dem ein typischer – je nach Verbrauchsgewohnheiten national unterschiedlich gewichteter – Warenkorb zugrunde liegt, der alle relevanten Verbrauchsgüter und Dienstleistungen enthält, die ein durchschnittlicher Privathaushalt über das ganze Jahr gesehen einkauft. Er bildet die Veränderung der Verbraucherpreise innerhalb eines bestimmten Zeitraums umfassend ab: Berücksichtigt werden alle Ausgabengruppen, wie z.B. Mieten, Nahrungsmittel, Bekleidung, Kraftfahrzeuge oder Dienstleistungen wie Friseur, Reinigung und Reparaturen, wobei die Preisentwicklung der einzelnen Waren- und Produktgruppen entsprechend ihrem jeweiligen Anteil an den gesamten Konsumausgaben in den Gesamtindex eingeht.

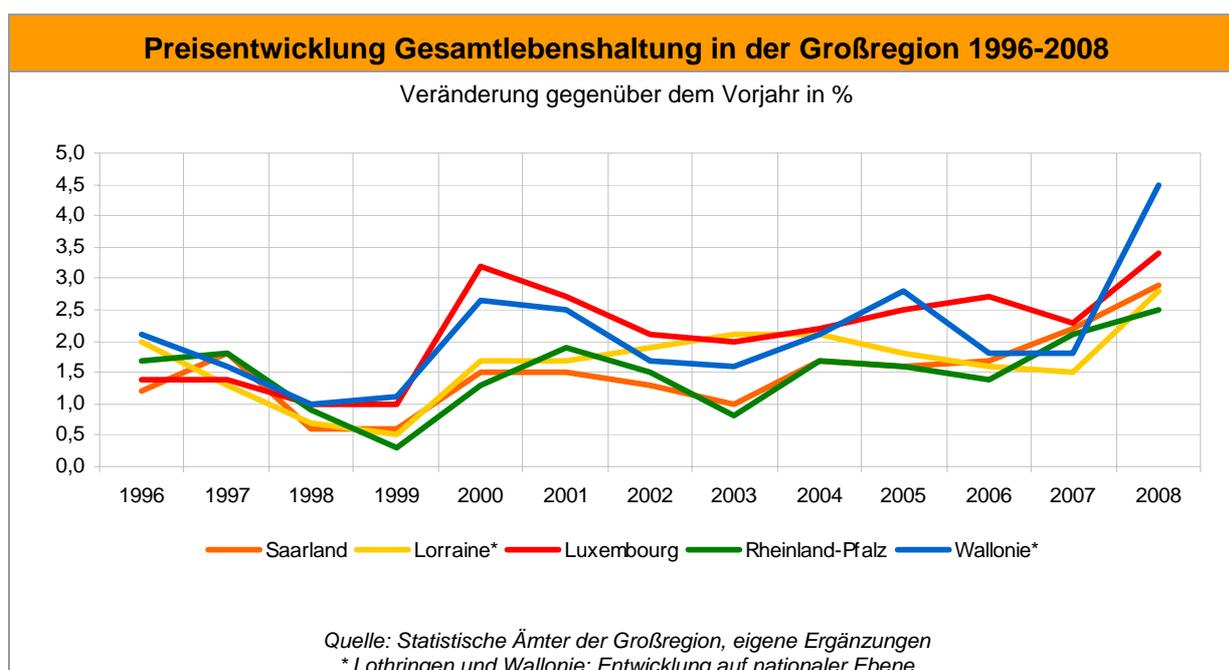
Teilweise kräftiger Anstieg der Verbraucherpreise in den letzten Jahren

In den einzelnen Regionen des Kooperationsraums ist die Entwicklung der Verbraucherpreise für die Gesamtlebenshaltung in den vergangenen zehn Jahren zum Teil sehr unterschiedlich verlaufen. Während sich bis zum Ende der 1990er Jahre die Teuerungsraten in allen Regionen auf einem sehr niedrigen Niveau bewegten, d.h. das Preisniveau weitgehend stabil blieb, sind seit Beginn der Jahrtausendwende wieder deutliche Steigerungsraten zu verzeichnen. Diese machten sich insbesondere in Luxemburg und in der Wallonie bemerkbar, wo im Jahr 2000 erstmals wieder die 2%-Schwelle überschritten wurde, die nach europäischem Standard die Inflationsgrenze darstellt. Im Großherzogtum bewegte sich die Teuerungsrate auch in den Folgejahren auf einem im interregionalen Vergleich sehr hohen Niveau, während die Wallonie zumindest in den Jahren 2002/2003 sowie 2006/2007 unter der 2%-Schwelle verblieb. Lothringen und die beiden deutschen Regionen zeigten demgegenüber eine etwas gemäßigte Preisentwicklung. Lothringen lag lediglich 2003/2004 und dann wieder 2008 über dem 2%-Wert. In den deutschen Regionen wurde die Inflationsgrenze erstmals seit Mitte der 1990er Jahre wieder im Jahr 2007 überschritten.

Verbraucherpreisentwicklung 2008 – ein Jahr der Extreme

Im Jahr 2008 kam es dann aufgrund der teilweise massiven Verteuerung von Rohstoffen auf den internationalen Märkten überall zu sprunghaften Preissteigerungen. In allen Regionen des Kooperationsraums stieg die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt deutlich über die Grenze von 2%. Insbesondere die Wallonie, aber auch Luxemburg bewegten sich mit einem Preisanstieg von über 4% bzw. über 3% auf einem weit überdurchschnittlichen Niveau, während die Verbraucher in Lothringen und den beiden deutschen Regionen mit einer Teuerungs-

rate zwischen 2,5 und 2,9% noch vergleichsweise glimpflich davonkamen. Diese Mittelwerte sind aber für das gerade abgelaufene Jahr wenig aussagekräftig, da 2008 im Hinblick auf die Preisentwicklung überall in Europa ein Jahr der Extreme war. Die Inflationswelle machte sich insbesondere in der ersten Jahreshälfte aufgrund der massiven Preissteigerungen auf den weltweiten Rohstoffmärkten bemerkbar. So zeigten etwa bereits ab der zweiten Jahreshälfte 2007 die Energiepreise steil nach oben und erreichten im Sommer 2008 ein historisches Hoch – eine Entwicklung, die die Verbraucher an den Zapfsäulen der Tankstellen direkt mitverfolgen konnten. Eine außergewöhnliche Aufwärtsentwicklung erfuhren auch die Nahrungsmittelpreise, die an den Weltmärkten schon im Jahr 2007 mit zunehmendem Tempo angestiegen sind und ebenfalls im ersten Halbjahr 2008 einen Höchststand erreichten. Im Sommer 2008 ging dann aber der Preisboom an den internationalen Rohstoffbörsen zu Ende und die Preistendenz kehrte sich anschließend wieder um. Die Rohölpreise sind von Juli 2008 bis Dezember 2008 von etwa 130 US-Dollar auf rund 40 US-Dollar je Barrel gefallen. Nahrungsmittelrohstoffe verbilligten sich an den internationalen Börsen um mehr als 30%.⁴⁵ In der Folge zeigten sich zum Jahresende überall wieder deutlich gesunkene Teuerungsraten und ein Rückgang des gesamten Verbraucherpreisindex – ein Trend, der sich nach den ersten vorliegenden Zahlen Anfang 2009 weiter fortgesetzt hat.



Europäischer Vergleich – Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI)

Seit 1997 werden zusätzlich zu den jeweils regionalen bzw. nationalen Indizes für Vergleiche auf europäischer Ebene so genannte Harmonisierte Verbraucherpreisindizes (HVPI) ausgewiesen. Sie werden nach harmonisierten Konzepten, Methoden und Verfahren berechnet und spiegeln die Preisentwicklung in den einzelnen Staaten wider, wobei von den nationalen Verbrauchsgewohnheiten ausgegangen wird. HVPI liefern so vergleichbare Inflationsdaten für die Eurozone, die EU, den Europäischen Wirtschaftsraum und für einzelne Länder. Sie

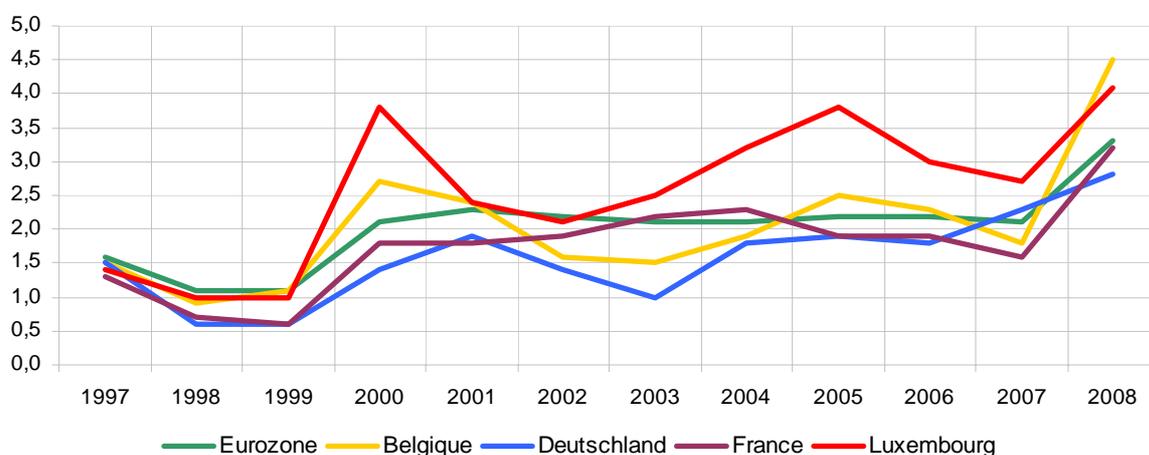
⁴⁵ Vgl. Linz, Stefan u.a.: Preisentwicklung im Jahr 2008, in: Statistisches Bundesamt Deutschland (Hrsg.), Reihe „Wirtschaft und Statistik“, Ausgabe 1/2009, S. 91-105.

sind das offizielle Maß für die Verbraucherpreisinflation in Europa, das für die Geldpolitik ebenso verwendet wird wie zur Beurteilung der Inflationskonvergenz im Zusammenhang mit den Maastricht-Kriterien.

In 2008 höchste Inflationsrate seit Beginn der HVPI-Berechnung in Europa

In den Ländern des Euroraums ging der HVPI in den 1990er Jahren bis auf 1,1% im Jahr 1999 zurück, pendelte sich in den Jahren 2000 bis 2007 zwischen 2,1 und 2,3% pro Jahr ein und ist dann im Jahresdurchschnitt 2008 um 3,3% angestiegen. Dies war die höchste Inflationsrate seit Beginn der HVPI-Berechnung. Sie lag weit oberhalb des für die Geldpolitik wichtigen Schwellenwertes von 2%. Im direkten Ländervergleich waren die Inflationsraten in Deutschland und Frankreich niedriger als der Eurozone, während in Luxemburg und Belgien der Preisanstieg in den vergangenen Jahren deutlich höher ausfiel. Besonders auffällig sind die Rekordinflationsraten von 4,1 bzw. 4,5% im Jahr 2008, die klar über dem Durchschnitt der anderen Länder im Euroraum liegen. Hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass in beiden Ländern die Energiekomponente im Verbraucher-Warenkorb des HVPI ein größeres Gewicht hat als im übrigen Euroraum. Vor allem die im Vergleich niedrigeren Steuern auf Kraft- und Brennstoffe führen dazu, dass sich steigende Ölpreise stärker als im Durchschnitt des Euroraumes auf Verbrauchspreise auswirken. In Luxemburg wird so auch im nationalen Verbraucherpreisindex z.B. der „Tanktourismus“ aus der Inflationsrate herausgerechnet, weshalb der nationale Index einen flacheren Verlauf aufweist als der harmonisierte Index.

Inflationsrate - Jährliche durchschnittliche Veränderungsrate der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes (HVPIs)



Quelle: Eurostat

Entwicklung des HVPI insgesamt sowie ausgewählter Gütergruppen zwischen 2005 und 2008

Wird die Entwicklung seit Beginn des neuen Basisjahres betrachtet, so ist das Preisniveau des HVPI von 2005 bis 2008 in Luxemburg und Belgien um insgesamt 10 bzw. 8,9% gestiegen, während Deutschland und Frankreich mit einer Teuerung um 7 bzw. 6,8% deutlich unter der Entwicklung in den Ländern der Eurozone verblieben. In den Preisveränderungen am stärksten niedergeschlagen haben sich dabei erwartungsgemäß der hohe Anstieg des Öl- und Gaspreises, der etwa in der Gütergruppe „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“ zu einer Teuerung geführt hat, die sich zwischen 11% in Deutschland und

18,6% in Belgien bewegt. Preistreiber war hier vor allem die Haushaltsenergie, wobei insbesondere leichtes Heizöl und Gas teurer geworden sind. Während die Entwicklung bei der Haushaltsenergie kontinuierlicher verläuft, ist der Anstieg der Kraftstoffpreise für Verkehrsmittel von heftigen Ausschlägen gekennzeichnet. Daher weist die Hauptgütergruppe „Verkehr“, zu denen die Kraftstoffe gezählt werden, seit 2005 eine geringere Teuerung auf als der Bereich „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“.



Neben den hohen Energiepreisen macht sich vor allem der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln bemerkbar

Darüber hinaus mussten die Verbraucher auch für viele Nahrungsmittel tiefer in die Tasche greifen: Im Durchschnitt bewegte sich der Preisanstieg hier von 2005 bis 2008 zwischen 8,4% in Frankreich über 10,8% in der Eurozone bis hin zu 13,2% in Belgien. Teurer wurden in diesem Zeitraum vor allem Molkereiprodukte sowie Brot und Getreideerzeugnisse – Preiserhöhungen, die von den Konsumenten besonders deutlich wahrgenommen werden, da es sich hierbei – wie bei den Kraftstoffen – um Produkte handelt, die im Alltag häufig gekauft werden und für die es kaum Substitutionsmöglichkeiten gibt. Steigende Preise zeigten sich in den vergangenen Jahren aber auch bei anderen Gütergruppen, so etwa im Bildungswesen oder im Gesundheitsbereich. Insbesondere Deutschland verzeichnet im Bildungswesen einen deutlichen Preisanstieg, was auf die Einführung der Studiengebühren in einigen Bundesländern im Jahr 2007 (so auch im Saarland) und auch 2008 zurückzuführen ist. Die Preise im Bildungswesen haben zwar insgesamt nur ein sehr geringes Warenkorbgewicht, allerdings werden die Studiengebühren für die betroffenen Haushalte zu einer deutlich spürbaren Zusatzbelastung. Wer hier – wie im Saarland – derzeit 1.000 Euro im Jahr bezahlen muss, hat monatlich immerhin rund 83 Euro weniger in der Haushaltskasse.

Verbraucherpreisentwicklung für die Lebenshaltung (HVPI) nach ausgewählten Gütern, Veränderung 2008 gegenüber 2005 in %

Güter	EU / UE	Eurozone	Belgique	Deutschland	France	Luxembourg
Brot und Getreideerzeugnisse	17,1	13,9	20,4	12,1	7,6	15,4
Fleisch	9,9	9,2	7,6	7,1	8,9	10,0
Milch, Käse und Eier	16,8	15,1	20,5	17,8	10,1	18,3
Gemüse inkl. Kartoffeln u.a. Knollengewächse	13,0	8,9	8,6	10,4	7,9	9,6
Wohnungsmieten	7,2	6,1	5,8	3,3	9,3	7,2
Elektrizität	19,7	14,7	24,6	18,7	3,5	11,4
Gas	37,5	29,4	44,9	31,8	32,3	46,5
Flüssige Brennstoffe	40,9	40,5	55,3	43,9	43,4	49,3
Feste Brennstoffe	25,0	11,9	8,7	6,6	9,7	2,6
Wärmeenergie	24,4	27,5	:	28,1	27,1	28,1
Kraft- und Schmierstoffe	19,0	18,7	17,4	16,5	20,9	22,2

Quelle: Eurostat

Deutliche Unterschiede zwischen tatsächlicher und „gefühlter“ Inflation

Entgegen dem Trend in den meisten anderen Gütergruppen sind in der Kategorie „Nachrichtenübermittlung“ die Preise zum Teil deutlich gesunken. Im Ländervergleich reichten die Preisrückgänge seit 2005 von 5,1% in Deutschland bis hin zu 7,5% in Belgien. Ursächlich hierfür ist neben dem technischen Fortschritt vor allem der wachsende internationale Wettbewerb. Besonders verbraucherfreundlich entwickelten sich etwa die Preise für Geräte der Informationsverarbeitung, für Erzeugnisse der Unterhaltungselektronik sowie für Foto- und Filmausrüstungen. Da gerade diese Güter im Alltag allerdings weniger häufig gekauft werden, machen sich die Preisrückgänge in der Wahrnehmung der Verbraucher deutlich weniger bemerkbar als die Teuerungen bei Gütern des täglichen Bedarfs. Die „gefühlte“ Inflation lag daher insbesondere in der Jahresmitte 2008 um ein Vielfaches über der tatsächlichen Preisentwicklung. Da die Menschen vor allem für alltägliche Produkte wie Brot, Butter, Gemüse, Obst oder Benzin immer tiefer in die Tasche greifen mussten, empfinden sie auch die

Teuerung im Alltag weitaus stärker, als sie von der amtlichen Statistik ausgewiesen wird. Dies betrifft besonders die Bezieher niedriger Einkommen. Ihnen bringt es nicht viel, wenn etwa Handys, Laptops, Digitalkameras oder Fernseher billiger werden. Auf solche Anschaffungen können sie eher verzichten als auf die Fahrt zur Tankstelle oder den täglichen Gang in den Supermarkt. Zwar lässt sich die ein oder andere Autofahrt durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzen und auch die Urlaubsreise kann verkürzt werden oder ganz entfallen. Für die teurere Milch oder die kostspieligeren Heizkosten aber gibt es keinen Ersatz. Vor allem für Familien mit niedrigem Einkommen und mehreren Kindern hat sich somit der finanzielle Spielraum in den vergangenen Jahren deutlich verringert.

Bedeutung der Mehrbelastungen durch die Preisentwicklung für den privaten Geldbeutel am Beispiel des Saarlandes

Wie stark die gestiegenen Preise in den vergangenen Jahren an den Haushaltsbudgets gezehrt haben, kann etwa am Beispiel der durchschnittlichen Mehrbelastungen eines Privathaushaltes im Saarland für den Zeitraum von Januar 2005 bis Juni 2008 illustriert werden.⁴⁶ Der Preisanstieg für Nahrungsmittel betrug im Saarland von Anfang 2005 bis Mitte 2008 insgesamt 11,9%. Brot und Backwaren aus Brotteig sind dabei in diesem Zeitraum um 14,9% teurer geworden. Nudeln und andere Teigwaren kosteten im Schnitt 20,1% mehr und frisches Geflügelfleisch hat sich um fast ein Drittel verteuert. Bei Vollmilch betrug das Plus 17,6%, bei Butter 11,5% und bei Käse und Quark 18,5%. Die Preise für Kartoffeln haben sich sogar fast verdoppelt.

Beispiel Saarland: Preisanstieg ausgewählter Güter zwischen Jan. 2005 und Juni 2008	
Güter	Veränderung Jan. '05 - Juni '08 in %
Verbraucherpreisniveau insg.	+8,2%
Kraftstoffe insg.	+42,2%
Diesel	+49,2
Benzin	+40,6
Haushaltsenergie insg.	+38,7
Leichtes Heizöl	+115
Gas	+35,6
Strom	+18,3
Nahrungsmittel insg.	+11,9
Kartoffeln	+93,8
Frisches Geflügelfleisch	+32,1
Nudeln u.a. Teigwaren	+20,1
Käse und Quark	+18,5
Brot, Backwaren aus Brotteig	+14,9
Vollmilch	+17,6
Butter	+11,5

Quelle : Statistisches Quartalsheft Saarland, III/2008

Deutlicher noch als bei den Lebensmitteln fiel der Anstieg bei den Energiepreisen aus: Im Juni 2008 kosteten etwa Kraftstoffe 42% mehr als im Januar 2005. Dabei mussten insbesondere Diesel-Fahrer einen Anstieg um 49,2% verkräften, während Benzin um 40,6% teurer wurde. Bei der Haushaltsenergie war in der gleichen Zeit eine Preissteigerung von durchschnittlich 38,7% festzustellen. Besonders schlimm traf es die Verbraucher mit Ölheizungen, da leichtes Heizöl im Juni 2008 rund 115% mehr kostete als im Januar 2005. Etwas geringer fielen die Preissteigerungen bei Gas und Strom aus. Umgerechnet in Euro und Cent wirkte sich etwa der Ölpreisanstieg zwischen Januar 2005 und Juni 2008 für einen Privathaushalt mit einem jährlichen Heizölverbrauch von 2.500 Litern alleine in einer monatliche Mehrbelastung von rund 100 Euro aus. Betreibt der Haushalt einen Pkw mit einem Kraftstoffverbrauch von 8 Litern auf 100 km und einer jährlichen Laufleistung von 20.000 km, kam eine Mehrbelastung von etwa 60 Euro hinzu. Bei einem Dieselfahrzeug mit 6,5 Litern Durchschnittsverbrauch und einer jährlichen Laufleistung von 25.000 km musste ein Fahrer Mitte 2008 pro Monat fast 70 Euro mehr aufwenden als Anfang 2005.

⁴⁶ Vgl. Backes, Wolfgang: Verbraucherpreisindex, in: Statistisches Quartalsheft Saarland, III/2008, S. 25.

5.3 Wohnraum und Mieten

Die individuelle Wohnsituation hat eine große Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen. Gleichzeitig machen die für das Wohnen, sei es in Miete oder Eigentum, aufzuwendenden Gelder einen zunehmend größeren Posten des Haushaltsbudgets aus. Nicht zuletzt haben hier auch die deutlichen Steigerungen der Nebenkosten in den letzten Jahren, etwa im Bereich der Energiekosten, zu einer nachhaltigen Verteuerung beigetragen. In diesem Sinne sind Ausgaben für das Wohnen zugleich ein wichtiger Indikator für den Lebensstandard des/der Einzelnen, wie auch einer entsprechenden Region. Von daher spiegeln sich in der Entwicklung der Wohnkosten die Entwicklungen des Wirtschaftslebens, der Wanderungsbewegungen in der Bevölkerung und der veränderten Gesellschaftsstruktur wider.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Betrachtungen stehen ausschließlich privat genutzte Immobilien und deren Kosten. Leider ist die Datenlage sehr uneinheitlich, sie reicht von Analysen der Immobilienpreise auf der Basis von Immobilienanzeigen (Observatoire de l'Habitat) bis hin zu Daten der statistischen Ämter. Diese Angaben sind nur sehr eingeschränkt miteinander vergleichbar. Daher haben wir an dieser Stelle auf tabellarische oder grafische Darstellungen fast gänzlich verzichtet. Es können hier zunächst nur einige tendenzielle Entwicklungen aufgezeigt werden. Eine tiefer gehende Analyse dieser Thematik würde eine eigenständige Untersuchung erfordern.

Immobilienpreise in der Großregion - allgemeine Tendenz zu steigenden Preisen, aber mit deutlichen regionalen Unterschieden

Wie in den meisten europäischen Ländern sind die Immobilienpreise auch in der Großregion in den letzten Jahren gestiegen, wobei der Preisanstieg je nach Region mehr oder weniger deutlich ausgefallen ist.

Im Jahr 2007 wurde in der Wallonie ein Wohnhaus je nach Ausstattung für durchschnittlich zwischen 127.305 Euro (einfache Ausstattung) und 249.014 Euro (gehobene Ausstattung) verkauft. Die Kosten für eine Wohnung beliefen sich auf durchschnittlich 130.224 Euro.⁴⁷ Ein Baugrundstück kostete durchschnittlich 38,44 Euro pro m². Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich starke regionale Unterschiede. So sind die Preise in Wallonisch Brabant, als Folge des unmittelbaren Einzugsgebiets der Metropolregion Brüssel, am höchsten, während sie im Hennegau am niedrigsten sind. Landesweit betrachtet sind Baugrundstücke in der Wallonie mehr als dreimal günstiger als in Flandern. In der DG Belgien variieren die Preisunterschiede im Vergleich zur Wallonie je nach Objekt: Ein Wohnhaus einfacher Ausstattung war im Jahr 2007 mit einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 148.357 Euro teurer als in der Wallonie, während eine Appartementwohnung mit 107.030 Euro günstiger war. Bei den Baugrundstücken lag die DG Belgien mit einem Durchschnittspreis von 39,08 je m² etwas unter der Wallonie. Je nach Kanton und Gemeinde gibt es auch in der DG Belgien starke Preisunterschiede.

⁴⁷ SPF Economie (Direction générale Statistique et Information économique), 2008

In Lothringen liegen die Preise etwas höher als in der Wallonie – mit einem durchschnittlichen Kaufpreis von 241.607 Euro für ein Haus.⁴⁸ Mit 38 Euro pro m² fällt auch hier der Preis für Baugrundstücke recht moderat aus⁴⁹. Die Immobilienpreise in Lothringen werden aufgrund der Nähe zur luxemburgischen Grenze durch einen starken „Grenzeffekt“ beeinflusst. Im Departement Moselle verzeichnen die französischen Notare ein großes Gefälle zwischen Moselle-Est und dem Norden des Departements. In Amnéville beläuft sich der Durchschnittspreis für eine Wohnung auf 1.462 Euro/m², in Hettange-Grande auf 2.005 Euro und in Yutz auf 1.794 Euro. In Forbach liegt der durchschnittliche Kaufpreis bei 1.049 Euro/m² und in Saint-Avold bei 1.311 Euro/m².

Die in Luxemburg angesetzten Preise lassen sich mit jenen in der Wallonie und in Lothringen nicht vergleichen. 2007 wurden hier für ein Haus durchschnittlich 558.127 Euro⁵⁰ und für eine Wohnung 334.809 Euro verlangt. Die Preise für Baugrundstücke (330 Euro/m²) „explodieren“ förmlich. Diese Entwicklung ist Ausdruck der starken wirtschaftlichen Dynamik und der hieraus resultierenden Nachfrage nach Immobilien. Damit geht die Gefahr einer zunehmenden Verdrängung der angestammten Wohnbevölkerung einher, wie sie in vielen Metropolen zu beobachten ist. Neben der Umwandlung von Wohnimmobilien in Gewerbeimmobilien führen steigende Kosten zu neuen sozialen Strukturen in den verbliebenen Wohnquartieren. Die hohe Attraktivität des Stadtzentrums führt zu äußerst hohen Preisen in Luxemburg-Stadt und in den nahe der Hauptstadt gelegenen Gemeinden. Außerhalb dieses Gürtels nehmen die Immobilienpreise mit zunehmender Entfernung ab. Auch das Wohnen jenseits der Landesgrenzen wird für Luxemburgerinnen und Luxemburger zunehmend attraktiver, wovon insbesondere die rheinland-pfälzischen und saarländischen Grenzgemeinden profitieren.

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz lagen die im Jahr 2007 für Wohneigentum annoncierten Preise bei 1.300 beziehungsweise 1.600 Euro/m²⁵¹. Der Preis für Baugrundstücke liegt sowohl im Saarland (70,63 Euro/m²) als auch in Rheinland-Pfalz (100,25 Euro/m²) höher als in Lothringen, aber deutlich unter den in Luxemburg zu zahlenden Preisen.

Mieten: sehr gemäßigte Preise im Saarland und in Rheinland-Pfalz

Bei den Mieten tritt, trotz aller Vorbehalte hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Daten, das Gefälle zwischen Luxemburg und seinen Nachbarregionen ähnlich deutlich hervor.

Durchschnittsmiete pro m²			
Moselle	Luxemburg	Saarland	Rheinland-Pfalz
8 Euro	14,27 Euro	5,05 Euro	5,26 Euro

Quellen: Moselle: Notaires de France – Perval – Durchschnittliche monatliche Kaltmiete – 2007-2008

Luxemburg: Observatoire de l'Habitat – Miete inklusive Nebenkosten – 2007

*Saarland und Rheinland-Pfalz: Wohnsituation in Deutschland 2006 – Statistisches Bundesamt – Wirtschaft und Statistik 2/2008
Ohne die Kosten für Heizung und Warmwasser*

In Deutschland sind die Mieten zwischen 2002 und 2006 um lediglich 1 % gestiegen. Der Preisanstieg im Saarland ist dabei äußerst gering ausgefallen (von durchschnittlich 4,83 auf

⁴⁸ Notaires de France – Perval – Beobachtungszeitraum: 1. Mai 2007 bis 30. April 2008

⁴⁹ DRE – Enquête sur les prix des terrains à bâtir 2006 (Untersuchung der Preise für Baugrundstücke 2006)

⁵⁰ Observatoire de l'habitat, département du Logement: annonciertes durchschnittlicher Verkaufspreis inklusive Vermittlungsgebühren

⁵¹ Website der Immobilien Scout GmbH

5,05 Euro/m²). In Rheinland-Pfalz war zwischen 2002 und 2006 sogar ein leichter Rückgang der Durchschnittsmiete von 5,31 auf 5,26 Euro/m² zu verzeichnen. Damit liegen beide Bundesländer am unteren Rand der westdeutschen Bundesländer. Wobei sich regional deutlich unterschiedliche Mietpreisentwicklungen feststellen lassen.⁵²

Wohnfläche: größere Wohnungen bei gleichzeitig sinkender Zahl der Bewohner

In Lothringen, wie in allen Teilregionen der Großregion, nimmt aufgrund veränderter Lebenssituationen die Anzahl der Bewohner je Wohnung ab (2,4 Personen je Haushalt im Jahr 2004), während gleichzeitig die bewohnte Fläche zunimmt. In der Wallonie überwiegen Wohnungen mit einer Fläche von 55 bis 84 m². Die durchschnittliche Fläche des Wohnraums ist im Saarland und in Rheinland-Pfalz hingegen relativ groß (97,1 bzw. 98,2 m²). Aber auch für Deutschland ist die Tendenz ähnlich: Seit 1990 ist die Anzahl an m² pro Person ständig gestiegen und lag 2006 bei durchschnittlich 42,9 m². Die größten Wohnungen und Häuser findet man in Luxemburg: im Durchschnitt 170 m² bei den Häusern und 90 m² bei den Wohnungen.

Entwicklung der Immobilienpreise abhängig von der wirtschaftlichen und geografischen Attraktivität der einzelnen Gebiete

Mit Blick auf die Immobiliensituation in der Großregion lassen sich Effekte nachvollziehen, die in unmittelbarer Beziehung zur wirtschaftlichen Ausstrahlungskraft und Attraktivität der Teilräume stehen. So lassen sich in den Einzugsbereichen der Metropolregionen Brüssel oder Rhein-Main deutliche Einflüsse auf die Entwicklung der Immobilienpreise in den angrenzenden Regionen erkennen. Auch scheint die für die Großregion charakteristische Arbeitnehmermobilität Einfluss auf die Entwicklung der Immobilienpreise zu nehmen. Es fällt auf, dass insbesondere im Einzugsbereich des luxemburgischen Arbeitsmarktes die Immobilienpreise in den letzten Jahre zunehmend in Bewegung geraten sind. Eine Entwicklung, die sich vergleichbar der Pendlerströme insbesondere entlang der großen Verkehrsachsen zu vollziehen scheint und die u.a. neue Herausforderungen für Konzepte grenzüberschreitender Raumplanung deutlich macht. Leider war es im Rahmen der vorliegenden Berichterstattung nicht möglich, dieser Fragestellung vertiefend nachzugehen. Hier sind weitergehende Analysen angezeigt.

⁵² Vgl. Timm, Ulrike: Wohnsituation in Deutschland 2006 – Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung, in: Statistisches Bundesamt Deutschland, Reihe „Wirtschaft und Statistik“, Ausgabe 2/2008

Literaturverzeichnis

Verwendete und weiterführende Literatur

- ABEO – Arbeitsmarktbeobachtungsstelle Ostbelgien (Hrsg.): Sammelmappe Sozial- und Wirtschaftsstatistiken für die Ostkantone und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, laufende Aktualisierungen
- ADEM – Administration de l'emploi: Les activités de l'administration de l'emploi en 2006. Rapport annuel. Luxembourg 2007
- Arbeitsamt der DG Belgien (Hrsg.): Kommentar zum Stand der Arbeitslosigkeit im Januar 2009; Arbeitsmarkt-Info – Januar 2009
- Arbeitskammer des Saarlandes (Hrsg.): Bericht der Arbeitskammer zur wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an die Landesregierung des Saarlandes, Saarbrücken, verschiedene Jg.
- Backes, Wolfgang: Verbraucherpreisindex, in: Statistisches Quartalsheft Saarland, III/2008
- Banque Centrale du Luxembourg (Hrsg.): La situation économique et financière. Bulletin BCL 2008-1
- Böckmann, Ludwig u.a.: Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2007, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Ausgabe 06/2008
- Brosius, Jacques; Carpentier, Samuel: La mobilité résidentielle transfrontalière des actifs du Luxembourg vers les pays voisins. Un état des lieux. Présentation auf dem « 2ème journée des communes transfrontalières de la Grande Région » am 22. Oktober 2008 in Echternach (Luxemburg)
- Brusig, Martin u.a.: Die Erwerbstätigkeit im Alter steigt – die Beschäftigungslosigkeit auch, in: WSI-Mitteilungen 11+12/2008
- CESRW – Conseil Economique et Social de la Région Wallonne (Hrsg.): Régards sur la Wallonie 2007, Liège 2008
- Conseil Economique et Social de Lorraine (Hrsg.): Situation économique et sociale de la Lorraine. Année 2007 et perspectives 2008. Séance Plénière du Conseil Economique et Social de Lorraine, 16 Octobre 2008
- Direction régionale du travail, de l'emploi et de la formation professionnelle de Lorraine (Hrsg.): Le marché du travail en janvier 2009. Cahiers lorrains de l'emploi, N°01/09, Février 2009
- Europäische Kommission, Eurostat (Hrsg.): Eurostat Jahrbuch der Regionen 2008, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2008
- Europäische Kommission, Eurostat (Hrsg.): Eurostat Jahrbuch der Regionen 2007, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2007

- Eurostat (Hrsg.): Bevölkerungsprojektion 2008-2060, Pressemitteilung 119/2008 vom 26. August 2008
- Eurostat (Hrsg.): Regionales BIP je Einwohner in der EU-27, Pressenotiz 23/2009 vom 19. Februar 2009
- Eurostat (Hrsg.): Spitzentechnologie nutzende wissensintensive Dienstleistungen – Starke Konzentration in Hauptstadtregionen. Reihe „Statistik kurz gefasst“, Nr. 18/2008
- Eurostat (Hrsg.): Wie mobil sind hochqualifizierte Humanressourcen in Wissenschaft und Technik? Reihe „Statistik kurz gefasst“, Nr. 75/2007
- François, Jean-Paul; Moreau, Gérard; INSEE Dir. Lorraine: La statistique de l'immigration dans la Grande Région: un essai d'harmonisation, in: Economie Lorraine N°141, Septembre 2008
- Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg, Ministère de l'Economie et du Commerce extérieur (Hrsg.): Bilan Compétitivité 2008. Plus de compétitivité pour plus de pouvoir d'achat. Perspectives de politiques économique N°11, Luxembourg, Octobre 2008
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Die Arbeitsmarktsituation in der Großregion. Sechster Bericht der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle an den 11. Gipfel der Exekutive der Großregion, Saarbrücken 2009
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Großregion, Saarbrücken 2007
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Der Arbeitsmarkt der Großregion bis 2020. Perspektiven für Saarland, Lothringen, Luxemburg, Rheinland-Pfalz, die Wallonie und die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, Bielefeld 2007
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Arbeitsmarkt der Großregion. Zweites Themenheft im Rahmen des Gesamtvorhabens „Stand, Perspektiven und Handlungserfordernisse des Arbeitsmarkts der Großregion bis 2020“, gefördert durch Interreg IIIC RRM e-Bird, Saarbrücken 2006
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Demographische Entwicklung - Herausforderungen und Chancen für den Arbeitsmarkt der Großregion. Dokumentation zum Werkstattgespräch der Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle am 19. Januar 2006 in Luxemburg, Saarbrücken 2006
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Grenzgänger und grenzüberschreitender Arbeitsmarkt in der Großregion. Themenheft im Rahmen des Gesamtvorhabens „Stand, Perspektiven und Handlungserfordernisse des Arbeitsmarktes der Großregion bis 2020“, gefördert durch Interreg IIIC RRM e-Bird, Saarbrücken 2005
- Interregionale Arbeitsmarktbeobachtungsstelle (IBA): Grenzgänger: Auf dem Weg zu einer integrierten Arbeits- und Lebenswelt in der Großregion? Dokumentation zum Werkstattgespräch der Interregionalen Arbeitsmarktbeobachtungsstelle am 17. Februar 2005 in Saarbrücken, Saarbrücken 2005

- IWEPS – Institut Wallon de l’Evaluation, de la Prospective et de la Statistique (Hrsg.): Note mensuelle de conjoncture wallonne, Février 2009
- IWEPS – Institut Wallon de l’Evaluation, de la Prospective et de la Statistique (Hrsg.): Les chiffres-clés de la Wallonie. Annuel N°9, Décembre 2008
- IWEPS – Institut Wallon de l’Evaluation, de la Prospective et de la Statistique (Hrsg.): Tendances économiques: Analyses et prévisions conjoncturelles, N°34, Juin 2008
- IWEPS – Institut Wallon de l’Evaluation, de la Prospective et de la Statistique (Hrsg.): Tendances économiques: Analyses et prévisions conjoncturelles, N°35, Décembre 2008
- Kubiak, Yann; INSEE Dir. Lorraine: Bilan de l’année économique 2007 : La Lorraine se replace dans le sillage national, in: Economie Lorraine, N°134-135, Juin 2008
- Linz, Stefan u.a.: Preisentwicklung im Jahr 2008, in: Statistisches Bundesamt Deutschland (Hrsg.), Reihe Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 1/2009, S. 91-105
- Lübbers, Peter: Bevölkerungsentwicklung in der Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 03/2008
- Moreau, Gérard; INSEE Dir. Lorraine : La Lorraine dans la Grande Région: La nouvelle frontière, in: Economie Lorraine, N°128, Mai 2008
- OCDE (Ed.): Luxembourg. Etudes économiques de l’OCDE, Volume 2008/12, Juin 2008
- Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Der saarländische Arbeitsmarkt im Dezember 2008 – Rückblick auf Entwicklungen im Jahr 2008 – Erwartungen an das Jahr 2009; Presseinformation 002/2009
- Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Der rheinland-pfälzische Arbeitsmarkt im Dezember 2008 – Rückblick auf Entwicklungen im Jahr 2008 – Erwartungen an das Jahr 2009; Presseinformation 003/2009
- Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Der saarländische Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Januar 2009; Presseinformation 004/2009
- Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.): Der rheinland-pfälzische Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Januar 2009; Presseinformation 005/2009
- Schomacker, Christine u.a.: Schulische und berufliche Qualifikation von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2008, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Ausgabe 11/2008
- Schulten, Thorsten: Europäischer Tarifbericht des WSI 2007/2008, in: WSI-Mitteilungen 9/2008
- STATEC – Service central de la statistique et des études économiques (Hrsg.): L’économie luxembourgeoise en 2007 et évolution conjoncturelle récente. Note de Conjoncture n° 1-2008, Luxembourg, Juin 2008

- STATEC – Service central de la statistique et des études économiques (Hrsg.): La situation économique au Luxembourg. Evolution récente et perspectives. Note de Conjoncture n° 2-2008, Luxembourg, Novembre 2008
- STATEC – Service central de la statistique et des études économiques (Hrsg.): Conjoncture Flash Janvier 2009
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.): Aufträge der saarländischen Industrie im 4. Quartal 2008 um ein Viertel eingebrochen. Presse-Info Nr. 11/2009 vom 17.02.2009
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.): Die saarländische Wirtschaft 2008. Ein vorläufiger Jahresrückblick, Saarbrücken, Dez. 2008
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.): Die saarländische Wirtschaft im Jahr 2007. Ein Jahresrückblick, in: Statistisches Quartalsheft Saarland, Ausgabe II/2008
- Statistisches Amt Saarland (Hrsg.): Saarländische Wirtschaft wuchs 2008 real um 1,7 Prozent. Presse-Info Nr. 10/2009 vom 06.02.2009
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Jahresumsatz der Industrie trotz Einbruchs im vierten Quartal im Plus; Zahl der Beschäftigten stieg erneut an. Pressemitteilung Nr. 20/2009 vom 20.02.2009
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Rheinland-Pfalz – ein Ländervergleich in Zahlen. Reihe „Statistische Analysen“, N°8-2008
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Rheinland-pfälzische Wirtschaft wuchs im Jahr 2008 um 1,1 Prozent; Erwerbstätigkeit erreichte im Jahr 2008 neuen Höchststand. Pressemitteilung Nr. 16/2009 vom 06.02.2009
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Wirtschafts atlas Rheinland-Pfalz, Bad Ems 2008
- Timm, Ulrike: Wohnsituation in Deutschland 2006 – Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung, in: Statistisches Bundesamt Deutschland, Reihe „Wirtschaft und Statistik“, Ausgabe 2/2008
- Wille, Christian; Bläser, Ralf: Grenzgänger im Großherzogtum Luxemburg, in: Geographische Rundschau, Heft 1/2009

Anhang: Methodische Anmerkungen

Quelle: Eurostat

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß der wirtschaftlichen Aktivität. Es ist definiert als der Wert aller produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen abzüglich des Wertes der zu deren Generierung verbrauchten Güter und Dienstleistungen. Die Berechnung der **jährlichen Wachstumsrate des BIP-Volumens** soll Vergleiche der Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl über die Zeit hinweg als auch zwischen Ländern unterschiedlicher Größe ermöglichen. Zur Berechnung der Wachstumsrate des BIP in Volumeneinheiten wird das in aktuellen Preisen gemessene BIP zu Preisen des Vorjahres bewertet und die so berechneten Volumenänderungen das Niveau eines Referenzjahres angewendet; daraus ergibt sich eine sog. verkettete Reihe. Dies bewirkt, dass Preisänderungen keinen Einfluss auf die Wachstumsrate ausüben.

Humanressourcen in Wissenschaft und Technik (HRST) – Begriffe

Die Erfassung der HRST und ihrer Untergruppen erfolgt nach den Leitlinien des Canberra-Handbuchs (OECD, Paris, 1994) anhand des Bildungsabschlusses und der beruflichen Tätigkeit.

- ▶ **HRST – Humanressourcen in Wissenschaft und Technik**, Personen, die:
 - ▶ einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs erfolgreich abgeschlossen haben (ISCED '97 Bereich 5a, 5b oder 6) und/oder
 - ▶ in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind (ISCO '88 COM Gruppe 2 oder 3).
- ▶ **HRSTE – HRST mit wissenschaftlich-technischem Bildungsabschluss**
HRSTE werden definiert als Personen, die einen wissenschaftlichen-technischen Studiengang des Tertiärbereichs erfolgreich abgeschlossen haben (ISCED '97, Bereich 5a, 5b oder 6). Nach § 71 des Canberra-Handbuchs zählen folgende Spezialisierungen zu den sieben allgemeinen wissenschaftlich-technischen Studiengängen: Naturwissenschaften, Ingenieur- und Technologiewissenschaften, Medizin, Agrarwissenschaften, Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften und sonstige Berufe.
- ▶ **HRSTO – HRST mit wissenschaftlich-technischer Berufstätigkeit**
Personen, die in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind: Wissenschaftler (ISCO '88 COM Gruppe 2) oder Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe (ISCO '88 COM Gruppe 3).
- ▶ **HRSTC – Kernbestand der Humanressourcen in Wissenschaft und Technik**
Personen, die einen wissenschaftlich-technischen Studiengang des Tertiärbereichs erfolgreich abgeschlossen haben (ISCED '97 Bereich 5a, 5b oder 6) und in einem wissenschaftlich-technischen Beruf tätig sind (ISCO '88 COM Gruppe 2 oder 3).

Hochtechnologiesektoren und wissensintensive Dienstleistungen

► **Spitzentechnologiesektoren und hochwertige Technologie nutzende Sektoren des Verarbeitenden Gewerbes**

24 Herstellung von chemischen Erzeugnissen; 29 bis 35 Maschinenbau, Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen; sonstiger Fahrzeugbau

► **Wissensintensive Dienstleistungen**

61 Schifffahrt; 62 Luftfahrt; 64 Nachrichtenübermittlung; 65 bis 67 Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung); 70 bis 74 Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen; 80 Erziehung und Unterricht; 85 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen; 92 Kultur, Sport und Unterhaltung

ISCED-Klassifikation

Da die Struktur der Bildungssysteme in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist, ist ein Rahmen für die Erhebung und Meldung von Bildungsdaten mit vergleichbarem Inhalt eine Voraussetzung für internationale Vergleichbarkeit. Die **ISCED – internationale Standardklassifikation für das Bildungswesen** – bildet die Grundlage für die Erhebung von Bildungsdaten. ISCED-97, die neueste Fassung, unterscheidet sieben Bildungsebenen, von ISCED 0, Vorschulbildung, bis ISCED 6, die zweite Stufe des Tertiärbereichs, die zu einer höheren Forschungsqualifikation führt (Promotion).

ISCED 0: Vorschulbereich – Vor dem Primarbereich, in den meisten Ländern keine Besuchspflicht.

ISCED 1: Primarbereich – Je nach Land beginnt er im Alter von 4 bis 7 Jahren und erstreckt sich in der Regel auf 5 oder 6 Jahre.

ISCED 2: Sekundarstufe I – In diesem Bereich besteht in allen untersuchten Ländern Schulpflicht. Das Ende dieser Stufe fällt meist mit dem Ende der Vollzeit-Schulpflicht zusammen.

ISCED 3: Sekundarstufe II – Beginnt üblicherweise im Alter von 15 oder 16 Jahren nach Ende der Vollzeit-Schulpflicht. Viele Ausbildungsgänge ermöglichen den Übergang zu ISCED 5.

ISCED 4: Post-Sekundarbereich (nicht tertiär) – Diese Ausbildungsgänge bilden aus internationaler Sicht die Schnittstelle zwischen der Sekundarstufe II und dem Tertiärbereich. Sie dienen dazu, das Wissen der ISCED-3-Absolventen zu erweitern. Typische Beispiele sind Studiengänge, die Studierende auf ein Studium auf Niveaustufe 5 vorbereiten sollen, während andere Bildungsgänge die Studierenden direkt auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.

ISCED 5: Erste Stufe des Tertiärbereichs (führt nicht direkt zu einer höheren Forschungsqualifikation), umfasst Bildungsgänge von mindestens zwei Jahren Dauer.

ISCED 6: Zweite Stufe des Tertiärbereichs, umfasst Bildungsgänge, die zu einer höheren Forschungsqualifikation führen (z. B. Promotion) und die weiterführende Studien und eigene Forschung und nicht nur die Teilnahme an Lehrveranstaltungen beinhalten.

Kaufkraftparitäten und internationale Volumenvergleiche

Die Unterschiede zwischen den BIP-Werten verschiedener Länder, selbst nach Umrechnung in eine gemeinsame Währung mit Hilfe von Wechselkursen, sind nicht allein auf unterschiedliche Waren- und Dienstleistungsvolumina zurückzuführen. Auch die Preisniveauelemente trägt einen beträchtlichen Anteil dazu bei. Wechselkurse werden von zahlreichen Faktoren bestimmt, die Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten beeinflussen, wie z. B. internationaler Handel, Inflationserwartungen und Zinsgefälle. Deshalb ist die Konvertierung mit Wechselkursen bei länderübergreifenden Vergleichen nur eingeschränkt sinnvoll. Für einen genaueren Vergleich ist es erforderlich, spezielle Umrechnungsfaktoren zu verwenden, um die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern auszuschalten. Kaufkraftparitäten (KKP) sind solche Umrechnungsfaktoren, die Wirtschaftsindikatoren von nationalen Währungen in eine künstliche gemeinsame Währung konvertieren, Kaufkraftstandard (KKS) genannt. KKP lassen sich daher dazu verwenden, das BIP sowie andere wirtschaftliche Aggregate (z. B. Konsumausgaben für bestimmte Produktgruppen) verschiedener Länder in vergleichbare Ausgabenvolumina umzurechnen, die dann in KKS-Einheiten ausgedrückt werden.

Durch die Einführung des Euro sind zum ersten Mal direkte Preisvergleiche zwischen den Ländern der Eurozone möglich geworden. Der Euro hat jedoch in den einzelnen Ländern der Eurozone abhängig vom nationalen Preisniveau unterschiedliche Kaufkraft. Zur Berechnung von reinen Volumenaggregaten in KKS müssen daher weiterhin KKP auch für die Mitgliedsstaaten berechnet werden, die der Eurozone angehören.

In ihrer einfachsten Form sind KKP Preisverhältnisse zwischen Preisen für ein und dieselbe Ware oder Dienstleistung in verschiedenen Ländern in deren jeweiliger Landeswährung (z.B. kostet ein Brot in Frankreich 1,87 Euro, in Deutschland 1,68 Euro und 95 Pence im Vereinigten Königreich usw.). Für die Preiserhebungen wird ein Korb vergleichbarer Waren und Dienstleistungen verwendet. Diese sind so ausgewählt, dass sie die gesamte Breite der Waren und Dienstleistungen repräsentieren und die Verbrauchsstrukturen der verschiedenen Länder berücksichtigen. Die einfachen Preisverhältnisse auf Produktebene werden anschließend aggregiert zu KKP für Produktgruppen, dann für den gesamten Verbrauch und schließlich für das BIP. Um einen Bezugswert für das Berechnungsverfahren der KKP festzulegen, wird gewöhnlich ein Land als Basisland benutzt und auf 1 gesetzt. Für die Europäische Union ist die Auswahl eines einzelnen Landes als Basis ungeeignet. Deshalb wird in der EU der KKS als künstliche gemeinsame Referenzwährungseinheit verwendet, um das Volumen der Wirtschaftsaggregate im räumlichen Vergleich in realen Werten darzustellen.

Leider ist die Berechnung von regionalen Umrechnungsfaktoren auf absehbare Zeit aus Kostengründen nicht möglich. Stünden solche regionalen KKP zur Verfügung, würde das BIP in KKS für zahlreiche periphere und ländliche Regionen der EU höher ausfallen als bei Verwendung von nationalen KKP. Ein Ranking der Regionen kann sich verändern, wenn man in KKS statt in Euro rechnet. So liegt z. B. im Jahr 2005 die schwedische Region Östra Mellansverige mit einem BIP je Einwohner von 27 806 Euro vor der spanischen Region Madrid, die 27 220 Euro verzeichnet. In KKS jedoch liegt Madrid mit 29 998 KKS je Einwohner vor Östra Mellansverige, welches 23 621 KKS je Einwohner aufweist. Von der Verteilung her gesehen führt die Verwendung von KKS statt Euro zu einer Glättung, da Länder mit einem sehr hohen BIP je Einwohner in der Regel auch ein relativ hohes Preisniveau aufweisen. Die

Spannweite des BIP je Einwohner der NUTS-2-Regionen in der EU-27 sowie Kroatien sinkt dadurch von etwa 73 900 in Euro auf etwa 62 400 in KKS.

Das BIP je Einwohner in KKS ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der NUTS-Ebene-2-Regionen im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union.

Lebenslanges Lernen

Lebenslanges Lernen bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die angegeben haben, sie hätten vier Wochen vor der Erhebung an einer Ausbildung bzw. einem Unterricht teilgenommen (Zähler). Der Nenner besteht aus der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse und schließt diejenigen aus, die auf die Frage Teilnahme an Ausbildung bzw. Unterricht nicht geantwortet haben. Zähler und Nenner stammen beide aus der EU-Arbeitskräfteerhebung. In der hier dargestellten Statistik nicht enthalten ist das informelle, also das selbstgesteuerte Lernen (Selbststudium mit Hilfe von Druckerzeugnissen, computergestütztes Lernen, internetgestütztes Online-Lernen, Besuch von Bibliotheken usw.).